

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-01-002	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 07.11.2018)	<p>Von Zeile 2 bis 12:</p> <p><u>Kinder und Jugendliche sind neugierig, entdecken und entwickeln ihre Persönlichkeit, ihre Fähig- und Fertigkeiten, gehen Risiken ein und lernen über Erfolge und empfundene Misserfolge in möglichst freien und kreativen Prozessen.</u> Bildung ist derein wichtiger Schlüssel zumzu einem demokratischen und selbstbestimmten Leben.Das beginnt mit der Sprache, derSchulische Bildung und Erziehung beinhalten <u>nicht nur Sprachen und die</u> Möglichkeit sich auszudrücken.Das gilt für den Umgang mit Stift und Papier, für, nicht nur Lesen und Schreiben und die Grundrechenarten. Unser Verständnis von Bildung ist aberbedeutet viel <u>breitermehr.</u> <u>Bildungseinrichtungen sollen Kindern und Jugendlichen begleiten und ihnen die Welt zeigen.</u> Schule soll Kinder und Jugendliche auf ein Lebensie, eingebettet in dieserdas <u>gesamte familiäre, kulturelle, soziale, ökologische, ökonomische und politische Leben, befähigen, diese Welt vorbereitenmitzugestalten.</u> Das heißtsetzt voraus, die Gesellschaft zu verstehen, sich darin zurechtzufinden. Das heißt, um den eigenen Weg in der Gesellschaft zu machen, Möglichkeiten nutzendarin zu <u>könnengehen. In einer guten Schule gehen Bildung, Erziehung und selbstSelbstermächtigung Hand in der Lage zu sein, die Gesellschaft mitzugestaltenHand.</u> <u>[Zeilenumbruch]</u> Deshalb muss Schule zwei Dinge leisten: Zum einen soll sie allen Schüler*innen durch qualitativ hochwertigen Unterricht, <u>moderne und sich entwickelnde Pädagogik</u> und gute Ganztagskonzepte die nötigen Kenntnisse <u>mitgeben</u> und Kompetenzen mitgeben, um gut auf das Leben nach der Schule vorbereitet zu sein<u>ausbauen.</u> Zum anderen soll sie als Abbild und Teil unserer Gesellschaft Kinder zu mündigen</p> <p>Von Zeile 17 bis 18:</p> <p>alle zu schaffen. Wir wollen eine Schule nach dem Grundsatz: Es ist egal, aus welchem Elternhaus Du kommst, es stehen Dir alle Wege in unsere Gesellschaft offen.</p>	<p>mod. Ü.: Kinder und Jugendliche sind neugierig, entdecken und entwickeln ihre Persönlichkeit, ihre Fähig- und Fertigkeiten, gehen Risiken ein und lernen über Erfolge und empfundene Misserfolge in möglichst freien und kreativen Prozessen. Bildung ist ein wichtiger Schlüssel zu einem demokratischen und selbstbestimmten Leben - und ein Menschenrecht. Schulische Bildung und Erziehung beinhalten nicht nur Sprachen und die Möglichkeit sich auszudrücken, nicht nur Lesen und Schreiben und die Grundrechenarten. Bildung bedeutet viel mehr. Bildungseinrichtungen sollen Kindern und Jugendlichen begleiten und ihnen die Welt zeigen. Schule soll sie, eingebettet in das gesamte familiäre, kulturelle, soziale, ökologische, ökonomische und politische Leben, befähigen, diese Welt mitzugestalten. Das setzt voraus, die Gesellschaft zu verstehen, sich darin zurechtzufinden, um den eigenen Weg darin zu gehen. In einer guten Schule gehen Bildung, Erziehung und Selbstermächtigung Hand in Hand. Deshalb muss Schule zwei Dinge leisten: Zum einen soll sie allen Schüler*innen durch qualitativ hochwertigen Unterricht, moderne und sich entwickelnde Pädagogik und gute Ganztagskonzepte die nötigen Kenntnisse mitgeben und Kompetenzen ausbauen. Zum anderen soll sie als Abbild und Teil unserer Gesellschaft Kinder zu mündigen...</p>

L-01-002-2	Özcan Mutlu (Berlin-Mitte KV)	<p>Von Zeile 2 bis 5:</p> <p>„<u>Gute Bildung ist ein Menschenrecht und</u> Bildung ist der Schlüssel zum Leben. Das beginnt mit der Sprache. Gute Bildung ist mehr als der Möglichkeit sich auszudrücken. Das gilt für den Umgang mit Stift und Papier, für Lesen und Schreiben und die Grundrechenarten. Unser Verständnis von Bildung ist aber-viel breiter. [Leerzeichen] Schule soll Kinder</p>	erledigt durch mod Ü L-01-002
L-01-003	Jutta Schmidt Stanojevic (Fraktion Grüne xhain)	<p>In Zeile 3 einfügen:</p> <p>Bildung ist der Schlüssel zum Leben <u>und ein Menschenrecht. Der gleichberechtigte Zugang zu guter Bildung, die Förderung aller Kinder und Jugendlichen- unabhängig von ihrer Herkunft, Fluchterfahrung, ihrer physischen und psychischen Voraussetzungen, ihrer sexuellen Identität und den finanziellen Möglichkeiten ihrer Eltern ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und hat für uns oberste Priorität.</u> <u>Bildung steht im Zusammenhang mit politischer und kultureller Teilhabe, Selbstbestimmung, Freiheit und Gesundheit. Die Schule muss zu einem fröhlichen, inklusiven Lern- und Lebensort werden.</u> Das beginnt mit der Sprache, der Möglichkeit sich</p>	erledigt durch mod Ü L-01-002
L-01-004	Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)	<p>Von Zeile 4 bis 5:</p> <p>auszudrücken. Das gilt für den Umgang<u>beginnt</u> mit Stift und Papier, für Lesen und Schreiben<u>dem Erwerb sprachlicher, kommunikativer</u> und die Grundrechenarten<u>mathematisch-naturwissenschaftlicher Grundkompetenzen.</u> [Leerzeichen]</p>	erledigt durch mod Ü L-01-002

<p>L-01-005</p>	<p>AG Bunt-Grün (beschlossen am: 16.11.2018)</p>	<p>Von Zeile 5 bis 7 einfügen:</p> <p>Grundrechenarten. Unser Verständnis von Bildung ist aber viel breiter. <u>In der Schule sollen sich die Schüler*innen bestmöglich entfalten.</u> Schule soll Kinder und Jugendliche auf ein Leben in dieser Welt vorbereiten. Das heißt, die Gesellschaft zu verstehen, sich darin zurechtzufinden <u>und an ihr bewusst und handlungsorientiert zu partizipieren.</u> Das heißt, den eigenen Weg in der Gesellschaft zu</p> <p>Von Zeile 12 bis 17:</p> <p>sein. Zum anderen soll sie als Abbild und Teil unserer Gesellschaft <u>Kinder allen Kinder, unabhängig von der familiären Migrationsgeschichte oder des sozio-ökonomischen Hintergrundes, barrierefreie, echte Bildungschancen bieten und sie so zu mündigen Bürger*innen mit einem Höchstmaß an Urteilskraft</u> heranwachsen lassen, die aktiv und inklusiv unsere Demokratie und Gesellschaft mitgestalten. Dazu müssen Schulen die Möglichkeiten und Ressourcen haben – aber auch <u>institutionelle Diskriminierungen abbauen, die Haltung entwickeln – defizitäre Perspektive auf Kinder, die nicht der bürgerlichen Schicht angehören oder migrantisiert werden, kritisch hinterfragen und abbauen, Mehrsprachigkeit sowie migrationsbedingte Kompetenzen als Ressourcen wertschätzen und konzeptionell in den Schulalltag und Unterricht einbinden. Die Schule muss – ohne auf die Kultur oder den sozialen Status, reduzierende oder festschreibende Zuschreibungen - jedes Kind individuell zu betrachten, vom Kind aus zu denken, Kinder dort abzuholen, wo sie stehen und so ihren Teil dazu beitragen, Chancengerechtigkeit sich an der Lebenswelt der Lernenden orientieren, die Stärken des Kindes fördern und Chancengerechtigkeit für alle zu schaffen.</u> Wir wollen eine Schule nach dem Grundsatz: Es ist egal, aus welchem</p>	<p>5-7 Übernahme</p> <p>12-17 mod Übernahme: sein. Zum anderen soll sie als Abbild und Teil unserer Gesellschaft allen Kindern, unabhängig von der familiären Migrationsgeschichte oder des sozio-ökonomischen Hintergrundes, barrierefreie, echte Bildungschancen bieten und sie so zu mündigen Bürger*innen mit einem Höchstmaß an Urteilskraft heranwachsen lassen, die aktiv und inklusiv unsere Demokratie und Gesellschaft mitgestalten. Dazu müssen Schulen die Möglichkeiten und Ressourcen haben – aber auch institutionelle Diskriminierungen abbauen., die defizitäre Perspektive auf Kinder, die nicht der bürgerlichen Schicht angehören oder migrantisiert werden, kritisch hinterfragen und abbauen, Mehrsprachigkeit sowie migrationsbedingte Kompetenzen als Ressourcen müssen wertgeschätzt und konzeptionell in den Schulalltag und Unterricht eingebunden werden. Die Schule muss – ohne auf die Kultur oder den sozialen Status reduzierende oder festschreibende Zuschreibungen - jedes Kind individuell betrachten, vom Kind aus denken, Kinder dort abholen, wo sie stehen. Sie muss sich an der Lebenswelt der Lernenden orientieren, die Stärken des Kindes fördern und Chancengerechtigkeit für alle schaffen. Wir wollen eine Schule nach dem Grundsatz: Es ist egal, aus welchem</p>
<p>L-01-014</p>	<p>Özcan Mutlu (Berlin-Mitte KV)</p>	<p>In Zeile 14 einfügen:</p> <p>mitgestalten. Dazu müssen Schulen <u>selbst inklusiv sein und</u> die Möglichkeiten und Ressourcen haben – aber auch die</p>	<p>Übernahme</p>

L-01-014-2	Björn Simon Selle (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV)	<p>In Zeile 14 einfügen:</p> <p>mitgestalten.</p> <p><u>Nur was wär´ all die Belehrung, ohne die Kinder- und Jugendlichen einzubinden? Wo sich die kommunalen Strukturen zur Beteiligung anbieten und man praktisch doch am besten lernt sowie verinnerlicht? Wer über demokratische Schule denkt, hat dies mit den Schüler*innen zu tun! In einigen Bezirken bietet sich diesen die Möglichkeit, an der dortigen Politik mitzubestimmen – mittels einem Antragsrecht, einem Kinder- und Jugendparlament zugesprochen, ganz als stelle es eine Fraktion in der BVV. In diesen Parlamenten treffen teils konträre Ansichten aufeinander, zuweilen poltert es, aber am Ende steht ein Kompromiss, der an die BVV herangetragen wird. Auf solche Weise erhalten Schüler*innen einen Eindruck von politischen Mechanismen, verinnerlichen den demokratischen Prozess und den anschließenden Verwaltungsgang. Hierfür bietet sich die kommunale Ebene an, weil dort Politik sehr konkret verhandelt wird. Kindern und Jugendlichen Parlamente zur Verfügung zu stellen, von welchen sie direkt Einfluss nehmen, darin liegt der Kern zur Internalisierung demokratischer und freiheitlicher Prinzipien. Die entsprechenden Institutionen braucht es in ganz Berlin! Nebst dem bedarf es einer Verbesserung jener Beteiligungsstrukturen, die den Schüler*innen bereits zur Verfügung stehen, um sich im Bezirk einzubringen: Gerade den Bezirksschülerausschüssen muss Personal bereit gestellt werden, dass den engagierten Schüler*innen inhaltlich zur Seite steht, sie über die öde Verwaltungsarbeit hinaus, ebenfalls thematisch unterstützt, indem z.B. auf Veränderungen im Bezirk hingewiesen wird. Letztlich geschieht die Partizipation der Schüler*innen neben dem schulischen Wirren. Oftmals erweisen sich diese als Hindernis, was es zu überwinden gilt.</u></p>	<p>mod. Ü. füge nach 582 ein: " Überdies bedarf es berlinweit der Einführung von Kinder- und Jugendparlamenten. Diese wollen wir mit einem Antragsrecht für die BVV ausstatten. Die bereits vorhandenen Beteiligungsstrukturen brauchen Personal, das den Engagierten inhaltlich zur Seite steht. Außerdem dürfen schulische Verpflichtungen die Partizipation nicht hemmen."</p>
L-01-018	Corinna Balkow (KVV Charlottenburg Wilmersdorf)	<p>In Zeile 18 einfügen:</p> <p>Elternhaus Du kommst, es stehen Dir alle Wege in unserer Gesellschaft offen.</p>	<p>Übernahme</p>

L-01-023	Jelisaweta Kamm (Grüne Jugend Berlin-Mitte, KV Berlin-Mitte)	<p>In Zeile 23 einfügen:</p> <p>und es in einzelnen Schulen sogar mehr als 20 Prozent sind.</p> <p><u>Die Wahl der Schulform ist keine endgültige Entscheidung für einen beruflichen Werdegang. Wir begrüßen die Vielfalt der Bildungsformen in Berlin und streben an, dass jeder Schüler nach Neigung, Begabung und Lernform eine geeignete Institution für seinen Werdegang findet. Um die Schüler optimal auf der Suche nach ihrem Weg zu unterstützen, müssen wir in unserer Gesellschaft an der Akzeptanz der diversen Bildungswege arbeiten. Schüler*innen soll früh vermittelt werden, sodass eine Gleichwertigkeit und Toleranz zwischen akademischen, betrieblichen und allen anderen Ausbildungen besteht. Diese Gleichwertigkeit muss sowohl vom Lehrpersonal, als auch von allen beteiligten Akteuren gelebt, thematisiert und vermittelt werden. Wir ermutigen so Schüler*innen einen individuellen Berufsweg zu finden und ein selbstbestimmtes und erfülltes Berufsleben zu entwickeln.</u></p>	<p>mod Übernahme: Wir begrüßen die Vielfalt von Abschlüssen in Berlin und streben an, dass jede*r Schüler*in nach Neigung, Begabung und Lernform seinen Weg findet. Um die Schüler*innen dabei optimal zu unterstützen, müssen wir in unserer Gesellschaft an der Akzeptanz der diversen Bildungswege arbeiten. Schüler*innen soll früh vermittelt werden, dass eine Gleichwertigkeit zwischen akademischen, betrieblichen und allen anderen Ausbildungen besteht. Diese Gleichwertigkeit muss sowohl vom Lehrpersonal, als auch von allen beteiligten Akteur*innen gelebt, thematisiert und vermittelt werden. Wir ermutigen so Schüler*innen, einen ihren individuellen Weg in ein selbstbestimmtes und erfülltes Berufsleben zu finden.</p>
L-01-023-2	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 16.11.2018)	<p>In Zeile 23 einfügen:</p> <p>und es in einzelnen Schulen sogar mehr als 20 Prozent sind. <u>Einige verlassen die Schule - z.T. trotz Schulabschluss - als funktionale Analphabet*innen (In Berlin leben schätzungsweise 320.000 Menschen im Alter von 18 bis 64 Jahren, die nicht oder nur wenig lesen und schreiben können.). Auch das wollen wir nicht hinnehmen.</u></p>	<p>Übernahme (vor L-01-23)</p>

L-01-025	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 16.11.2018)	<p>Von Zeile 25 bis 31:</p> <p>Grundanliegen grüner Politik und zieht sich durch alle Politikfelder. Wir wollen keine <u>Segregation in Reichen- und Armenvierteln</u>, keine Ausgrenzung nach (zugeschriebener) Herkunft oder Religion, keine Benachteiligung von Kindern, weil sie in so genannte bildungsferne oder bildungsnah<u>bildungs(institutions)ferne</u> Familien geboren werden. Das zu erreichen, geht nur mit einem breiten, <u>intersektionalen</u> Ansatz, der viele Politikfelder einbezieht. Gerade in Zeiten, in denen Spaltung <u>und Diskriminierung</u> das Mittel der Wahl von Rechtspopulisten ist, arbeiten wir für gegenseitigen Austausch und Verständnis über die verschiedenen Grenzen der Gesellschaft hinweg<u>ein weltoffenes, inklusives Miteinander</u>. Uns ist bewusst, dass die Bildungspolitik</p>	<p>mod Übernahme:</p> <p>Grundanliegen grüner Politik und zieht sich durch alle Politikfelder. Wir wollen keine Segregation in Reichen- und Armenvierteln, keine Ausgrenzung nach (zugeschriebener) Herkunft oder Religion, keine Benachteiligung von Kindern, weil sie in so genannte bildungs(institutions)ferne Familien geboren werden. Das zu erreichen, geht nur mit einem breiten, intersektionalen Ansatz, der viele Politikfelder einbezieht. Gerade in Zeiten, in denen Spaltung und Diskriminierung das Mittel der Wahl von Rechtspopulist*innen ist, arbeiten wir für ein weltoffenes, inklusives Miteinander. Uns ist bewusst, dass die Bildungspolitik</p>
L-01-027	Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)	<p>Von Zeile 27 bis 28:</p> <p>keine Benachteiligung von Kindern, weil sie in so genannte bildungsferne oder bildungsnah Familien geboren werden.<u>S. 1: In Zeile 27 und an allen weiteren Stellen wird die Begrifflichkeit „bildungsferne Eltern/Familien“ durch „Kinder/Eltern/Familien in schwierigen Situationen“ bzw. „arme Kinder/Eltern/Familien“ ersetzt.</u> <u>An dieser Stelle soll der Satz heißen:</u> <u>keine Benachteiligung von Kindern, weil sie in Familien in schwieriger Lage geboren wurden.</u> Das zu erreichen geht nur mit einem breiten Ansatz, der viele</p>	
L-01-028	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 07.11.2018)	<p>In Zeile 28 einfügen:</p> <p>Familien geboren werden <u>oder weil sie behindert sind</u>. Das zu erreichen geht nur mit einem breiten Ansatz, der viele</p>	<p>Ü modÜbernahme: ... oder Kinder mit Behinderung sind.</p>

L-01-030	Arndt Adler (Berlin-Mitte KV)	<p>In Zeile 30:</p> <p>Rechtspopulisten <u>Rechtspopulist*innen</u> ist, arbeiten wir für gegenseitigen Austausch und Verständnis über die</p>	erledigt durch mod Ü L-01-25
L-01-039	Özcan Mutlu (Berlin-Mitte KV)	<p>In Zeile 39 einfügen:</p> <p>schaffen, dass dies in unseren Schulen gelebt <u>und vorgelebt</u> werden kann.</p>	Übernahme
L-01-039-3	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 16.11.2018)	<p>Nach Zeile 39 einfügen:</p> <p><u>Deshalb werden wir uns zunächst dafür einsetzen, dass dieses Ziel Eingang in die Schulprogramme der Schulen findet, fester Bestandteil der Lehrer*innenaus- /-fort- und weiterbildung wird, in Schulbüchern konsequent Berücksichtigung findet und in interne und externe Evaluationen (Schulinspektion) mit einbezogen wird.</u></p> <p>Von Zeile 44 bis 46:</p> <p>Chancengerechtigkeit und mehr Qualität. Die Gemeinschaftsschule gibt die Möglichkeit, vom Kind aus zu denken, jedes Kind nach den eigenen Stärken und Schwächen zu fördern und zu dem <u>bestmöglichen</u> Abschluss zu führen, der für das Kind der passendste ist. Gleichzeitig ist die</p> <p>In Zeile 50 einfügen:</p> <p>Hintergründen begegnen, kennen und schätzen lernen. <u>Wir wollen, dass alle Gemeinschaftsschulen und Integrierte Sekundarschulen (ISS) mit einer gymnasialen Oberstufe ausgestattet werden. Zudem wollen wir perspektivisch bis 2030 alle Schulformen nach dem Vorbild "Eine Schule für Alle" angleichen.</u></p>	<p>Teil 1: Zurückgezogen</p> <p>Teil 2: erledigt durch mod Ü zeile 40-63</p> <p>Teil 3: erledigt durch mod Ü Zeile 382-412</p>

L-01-040	Dirk Jordanu.a. (Berlin-Kreisfrei KV)	<p>Von Zeile 40 bis 50:</p> <p>Die Gemeinschaftsschule ist die Schulform, in der unsere Vorstellungen von guter Bildungspolitik am besten verwirklicht werden können. Es sind die Länder mit nicht gegliederten Schulsystemen, die die besten Ergebnisse bei internationalen Vergleichsstudien erzielen. Ein nicht gegliedertes Schulsystem führt also offensichtlich zu mehr Chancengerechtigkeit und mehr Qualität. Die Gemeinschaftsschule gibt die Möglichkeit, vom Kind aus zu denken, jedes Kind nach den eigenen Stärken und Schwächen zu fördern und zu dem Abschluss zu führen, der für das Kind der passendste ist. Gleichzeitig ist die Gemeinschaftsschule die Schulform, die am besten die Gesellschaft als Ganzes abbildet, Bildungsgerechtigkeit und Durchlässigkeit ermöglicht, egal woher Kinder kommen. Die Gemeinschaftsschule sorgt dafür, dass sich Kinder aus unterschiedlichen sozio-kulturellen Hintergründen begegnen, kennen und schätzen lernen.</p> <p><u>Dabei haben wir alle Schulen im Blick, egal welcher Schulform. Um „Qualität für alle“ zu erreichen, müssen sich alle Schule weiterentwickeln, manche mehr, manche weniger. Wir haben in Berlin zu wenig gute Schulen und zu viele Schulen in schwieriger Lage. Wir sehen, dass Qualität und Erfolg von Schulen, die ähnliche Strukturdaten bei den Schüler*innen habe, sehr unterschiedlich sein können. Darin steckt eine wichtige Botschaft: Wenn Schulen Probleme haben, liegt es nicht an den Kindern! Diskriminierung und Stigmatisierung von ohnehin schon benachteiligten Kindern werden im Gegenteil noch verstärkt, wenn man Schulen vermittelt, dass sie die falschen Kinder haben und dass man ihnen nur die guten beimischen müsse. Gerade diese Kinder müssen spüren, dass sie die richtigen sind, dass sie gewollt sind!</u></p>	erledigt durch mod Ü L-01-040-2
----------	---	--	---------------------------------

L-01-040-2	Robin Völker (Berlin-Neukölln KV)	<p>Von Zeile 40 bis 41:</p> <p>Die Gemeinschaftsschule ist die <u>einzig</u>e Schulform, in der unsere Vorstellungen von guter Bildungspolitik am besten verwirklicht werden können. Es sind die Länder mit nicht</p>	<p>mod Ü 40-63: Dass Kinder möglichst lange gemeinsam lernen und sich somit in einem Umfeld bewegen, das die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegelt, ist dafür ein wichtiger Faktor. Langes gemeinsames Lernen befördert Inklusion – und das bedeutet für uns nicht nur, Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Regelschulen zu unterrichten, sondern jedes Kind so zu nehmen, wie es ist. Unser Ziel sind inklusive Schulen in einer inklusiven Gesellschaft. Beides bedingt sich gegenseitig. Ein gegliedertes Schulsystem erschwert dieses Ziel. Darum arbeiten wir daran, soziale Segregation zu überwinden.</p> <p>Jedes Kind mit all seinen Möglichkeiten und Potenzialen individuell im Blick zu haben, vom Kind aus zu denken und jedes Kind nach den eigenen Stärken und Schwächen zu fördern, ist dabei essentiell; genauso wie Lehrkräfte, die ihren Unterricht binnendifferenziert gestalten. Viele Berliner Schulen haben sich bereits diesen Zielen verschrieben und wir unterstützen jede einzelne Schule, die in diesem Sinne arbeitet. Weil diese Ziele in Gemeinschaftsschulen am besten umgesetzt werden können, ist dies die Schulform in der unsere Vorstellung von Bildungspolitik am besten verwirklicht wird. Darum setzen wir uns weiter für unser Ziel, die „eine Schule für alle ein“ – also langes gemeinsames Lernen in vielfältigen Gemeinschaftsschulen.</p> <p>Wir setzen darauf, durch finanzielle Anreize, Ermöglichen und stärkere Förderung alle Schulen von diesem Konzept zu überzeugen. Gleichzeitig richten wir unsere Politik darauf aus, längeres gemeinsames Lernen für alle Kinder zu erreichen.</p> <p>Abstimmung Gemeinschaftsschulen I</p>
L-01-043	Vito Dabisch (Berlin-Kreisfrei KV)	<p>In Zeile 43:</p> <p>erzielen. Ein nicht gegliedertes Schulsystem führt also offensichtlich zu <u>ist eine notwendige Bedingung für</u> mehr</p>	<p>erledigt durch mod Ü L-01-040-2</p>

L-01-051	Bernd Schwarz (Berlin-Reinickendorf KV)	<p>Von Zeile 51 bis 56 löschen:</p> <p>Wir bekennen uns zur UN-Behindertenrechtskonvention und denken „Inklusion“ gleichzeitig viel breiter. Es geht für uns nicht nur um die Idee, Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Regelschulen zu unterrichten— Inklusion bedeutet für uns vielmehr jedes Kind so zu nehmen, wie es ist, unabhängig von (zugehörigem) Migrationshintergrund, Namen, Religion, „Hautfarbe“, Außerem, sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität, sozio-ökonomischem Hintergrund, Alter oder Behinderung. Es geht darum, Schule zu einem Ort zu machen, an dem</p>	erledigt durch mod Ü L-01-570
L-01-053	Jutta Schmidt Stanojevic (Bezirksgruppe Frieke)	<p>In Zeile 53:</p> <p>an Regelschulen zu unterrichten – .Inklusion bedeutet für uns vielmehr jedes Kind so zu</p> <p>In Zeile 56 einfügen:</p> <p>Hintergrund, Alter oder Behinderung. <u>Wir wollen das die Schulen zu einem Lebensort für Schüler*innen mit und ohne Behinderungen werden. Dafür müssen die notwendigen finanziellen, inhaltlichen, baulichen und personellen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dazu ist es notwendig die finanziellen Mittel für den sonderpädagogischen Förderbedarf an den tatsächlichen Förderbedarf der Schüler*innen anzupassen. Außerdem sollen ausreichend barrierefreie Lehr- und Lernmittel zur Verfügung gestellt werden. Wir werden uns dafür einsetzen das ein umfassendes Inklusionskonzept erarbeitet wird.</u>Es geht darum, Schule zu einem Ort zu machen, an dem</p>	erledigt durch mod Ü L-01-570

L-01-054	Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)	<p>Von Zeile 54 bis 56:</p> <p>nehmen, wie es ist, unabhängig von-(zugeschriebenem) Migrationshintergrund,- Namen, Religion, „Hautfarbe“, Außerem, sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität, sozio-ökonomischem Hintergrund, Alter oder Behinderung- sozialer oder ethnischer Herkunft, kultureller Traditionen, religiöser Überzeugung, sexueller Orientierung, geschlechtlicher Identität oder von Behinderungen. <u>Es geht darum, Schule zu einem Ort zu machen, an dem</u></p>	erledigt durch mod Ü L-01-570
L-01-054-2	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 16.11.2018)	<p>In Zeile 54:</p> <p>nehmen<u>akzeptieren</u>, wie es ist, unabhängig von (zugeschriebenem) Migrationshintergrund, Namen, Religion,</p>	Ü
L-01-059	Dirk Jordan u.a. (Berlin-Kreisfrei KV)	<p>Von Zeile 59 bis 63:</p> <p>Ziel- Darum arbeiten wir daran, die damit verbundene soziale Segregation zu überwinden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, unser Ziel, die „eine Schule für alle“, zu erreichen — also langes gemeinsames Lernen in vielfältigen Gemeinschaftsschulen. Dabei ist uns bewusst, dass dies nur gelingen kann, wenn wir unsere Politik darauf ausrichten und uns gemeinsam mit Schulen und Eltern auf diesen Weg machen. weil es die tiefe soziale Spaltung in der Gesellschaft eher verstärkt als dämpft. Wir halten daher an unserem Ziel des längeren gemeinsamen Lernens in vielfältigen integrierten Schulen für alle fest.</p>	erledigt durch mod Ü L-01-040-2

L-01-059-2	Vito Dabisch u.a. (LAG Bildung)	<p>Von Zeile 59 bis 62:</p> <p>Ziel. Darum arbeiten<u>möchten</u> wir <u>es mittelfristig transformieren und arbeiten</u> daran, die damit verbundene soziale Segregation <u>zwischen Schulen</u> zu überwinden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, unser Ziel, die „eine Schule für alle“, zu erreichen – also langes gemeinsames Lernen in vielfältigen [Leerzeichen], <u>sozial durchmischten</u> Gemeinschaftsschulen. Dabei ist uns bewusst, dass dies nur gelingen kann, wenn wir unsere Politik <u>aktiv</u> darauf <u>und auf die Überwindung von sozialer Spaltung</u> ausrichten und uns gemeinsam mit</p>	
L-01-061	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 13.11.2018)	<p>Von Zeile 61 bis 63:</p> <p>langes gemeinsames Lernen in vielfältigen Gemeinschaftsschulen. Dabei ist uns bewusst, dass<u>Damit</u> dies nur gelingen kann, wenn<u>werden</u> wir unsere Politik darauf ausrichten und uns gemeinsam mit <u>Schüler*innen</u>, Schulen und Eltern auf diesen Weg machen. <u>Dabei ist uns bewusst, dass Inklusion auch Geld kostet. Dafür möchten wir finanzielle Mittel bereitstellen. Wir wollen mehr Geld, mehr Personal und Weiterbildungen für gelingende Inklusion!</u></p>	erledigt durch mod Ü L-01-040-2 Ü
L-01-061-2	Meike Paula Berg (Berlin-Neukölln KV)	<p>Von Zeile 61 bis 63 löschen:</p> <p>langes gemeinsames Lernen in vielfältigen Gemeinschaftsschulen. Dabei ist uns bewusst, dass dies nur gelingen kann, wenn wir unsere Politik darauf ausrichten und uns gemeinsam mit Schulen und Eltern auf diesen Weg machen.</p>	erledigt durch mod Ü L-01-040-2

L-01-063	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 07.11.2018)	<p>In Zeile 63:</p> <p>Schulen und, Eltern <u>und Schüler*innen</u> auf diesen Weg machen.</p>	Ü
L-01-063-2	Tobias Balke (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)	<p>Nach Zeile 63 einfügen:</p> <p><u>Darüber wollen wir in den nächsten Jahren die Debatte mit der gesamten Stadtgesellschaft intensiv weiterführen und in Entscheidungsalternativen münden lassen. Die Berliner*innen sollen zeitgleich zur nächsten Abgeordnetenhauswahl in einem Volksentscheid die wesentlichen Fragen zur Zukunft der Schulformen endgültig klären. Bei dieser direktdemokratischen Entscheidung werden alle Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen Berlin völlig frei in ihrer Positionierung und ihrem Engagement sein. Wir fordern alle anderen Parteien Berlins auf, es bei ihren Mitgliedern ebenso zu halten.</u></p>	zurückgezogen
L-01-067	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 16.11.2018)	<p>Von Zeile 67 bis 69 einfügen:</p> <p>Initiativen öffnen und Kooperationen mit Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, <u>dem Volkshochschulen und Musikschulen</u> sowie mit Familienzentren stärken, die Mensa zum Treffpunkt auch für ältere Menschen machen und Kooperationen mit Unternehmen oder Künstler*innen fördern. <u>Dazu werden wir die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen und bei der Raumvergabe- und Nutzung die schulische Eigenverantwortung ausbauen und bürokratische Hürden abbauen.</u></p>	<p>mod. Ü.: -zufügen in Z. 67 nach "der Kinder- und Jugendarbeit": ", dem Volkshochschulen und Musikschulen" -zufügen in Z. 294 nach "Gardening-Projekte genutzt wird": "Dazu werden wir die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen und bei der Raumvergabe- und Nutzung die schulische Eigenverantwortung ausbauen und bürokratische Hürden abbauen."</p>
L-01-068	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 07.11.2018)	<p>In Zeile 68 einfügen:</p> <p>mit <u>Kitas und</u> Familienzentren stärken, die Mensa zum Treffpunkt auch für ältere Menschen machen und</p>	Ü

L-01-069	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 13.11.2018)	In Zeile 69 einfügen: Kooperationen mit <u>gemeinnützigen</u> Unternehmen oder Künstler*innen fördern.	mod Ü: Wir wollen die Räumlichkeiten für Vereine und Initiativen öffnen und die Mensa zum Treffpunkt auch für ältere Menschen machen. Wir wollen mehr und engere Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit sowie mit Familienzentren und wir wollen Kooperationen mit Betrieben und Künstler*innen fördern.
L-01-069-2	Jutta Schmidt Stanojevic (Bezirksgruppe Frieke)	In Zeile 69 einfügen: Kooperationen mit Unternehmen oder Künstler*innen <u>und Sportvereinen zu</u> fördern.	Ü

<p>L-01-069-3</p>	<p>AG Bunt-Grün (beschlossen am: 16.11.2018)</p>	<p>Nach Zeile 69 einfügen:</p> <p>Starke Eltern – starke Kinder</p> <p>In Zeile 77 einfügen:</p> <p>nicht nur das Kind, sondern im Zweifel die Familie dort abzuholen, wo sie ist. <u>Hier gilt es, Elternarbeit mit Erwachsenenbildung zu verknüpfen. Dies kann durch eine verstärkte Kooperation zwischen Schulen und Volkshochschulen gelingen. Volkshochschulen sind Einrichtungen für Erwachsenenbildung; ihre Expertise in diesem Bereich soll an Schulen mehr Anerkennung und Raum bekommen. In VHS-Kursen, die speziell für Eltern mit Kindern im schulpflichtigen oder Kita-Alter konzipiert werden sollten, könnte eine Auseinandersetzung mit schul- und bildungsbezogenen Themen erfolgen und dabei könnten den Eltern vielfältige Wege aufgezeigt werden, wie sie den Bildungsweg ihrer Kinder proaktiv mitgestalten und begleiten können. Dabei könnten den Eltern verschiedene Formen der Mitwirkungsmöglichkeiten vorgestellt werden, damit sie ihre demokratischen Einflussmöglichkeiten an Schulen ausschöpfen können. Auch ist es uns sehr wichtig, dass alle Eltern, die nicht im deutschen Bildungssystem sozialisiert worden sind, die Möglichkeit erhalten, neben ggf. der deutschen Sprache entsprechend ihres Sprachniveaus schul- und bildungsbezogenes Wissen anzueignen.</u></p>	<p>mod Ü ohne neue Überschrift:</p> <p>Dabei gilt es, Elternarbeit mit Erwachsenenbildung zu verknüpfen, damit Eltern den Bildungsweg ihrer Kinder proaktiv mitgestalten können und ihre demokratischen Einflussmöglichkeiten an Schulen ausschöpfen können. Eltern, die nicht im deutschen Bildungssystem sozialisiert worden sind, sollen die Möglichkeit erhalten, sich neben der deutschen Sprache entsprechend ihres Sprachniveaus schul- und bildungsbezogenes Wissen anzueignen.</p>
<p>L-01-070</p>	<p>AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 07.11.2018)</p>	<p>In Zeile 70:</p> <p>Und: Gute Schule funktioniert nicht ohne enge <u>nur in enger</u> Zusammenarbeit mit den Eltern <u>Familien</u>. Eltern sind von</p>	<p>Ü</p>

L-01-072	Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)	<p>Von Zeile 72 bis 75:</p> <p>wesentlich an der erfolgreichen Bildung ihrer Kinder beteiligt. Sie sind idealerweise beteiligt, arbeiten eng an der Gestaltung der Schule mit, unterstützen bei Schulfeiern, machen sich Gedanken über die Weiterentwicklung der Schule, bringen sich bei Elternabenden ein. Nicht immer können wir das erwarten. <u>Wir unterstützen daher, die Entwicklung von Erziehungspartnerschaften zwischen den Schulen und Eltern, in denen sie sich über die jeweiligen Verantwortungen und Zielsetzungen zusammen mit den Kindern regelmäßig vereinbaren und austauschen. Es ist sehr wünschenswert, wenn die Rolle der Eltern über die Teilnahme an Elternabende oder Unterstützungen bei Schulfeiern u.a. hinausgeht, wir wissen aber, dass wir das nicht immer erwarten können.</u> Gerade dann ist es wichtig, dass Schulen durch</p>	erledigt durch mod. Ü. L-01-73
L-01-073	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 07.11.2018)	<p>Von Zeile 73 bis 77:</p> <p>beteiligt, <u>arbeiten/wirken</u> eng an der Gestaltung der Schule mit, unterstützen bei Schulfeiern, machen sich Gedanken über die Weiterentwicklung der Schule, bringen sich bei Elternabenden ein. Nicht immeralle können wir das erwarten<u>dies leisten</u>. Gerade dann ist es wichtig, dass Schulen durch eine begleitende Familienarbeit geholfen wird<u>und Familien durch Bildungsbegleiter*innen empowert werden</u>, aktive Elternarbeit machen zu können, um nicht nur das Kind, sondern im Zweifel die Familie dort abzuholen, wo sie ist. <u>Wir sind uns bestehender innerschulischer Hierarchien bewusst, wollen sie abbauen und Erziehungs- und Bildungspartnerschaft in Schule lebendig machen.</u></p>	<p>mod. Ü. Und: "Gute Schule funktioniert nur in enger Zusammenarbeit mit den Familien. Diese sind von Anbeginn an der wichtigste Schlüssel für ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und wesentlich an der erfolgreichen Bildung der Kinder beteiligt. Wir unterstützen daher die Entwicklung und Stärkung von Erziehungspartnerschaft zwischen Schulen und Familien, in denen diese sich – auch zusammen mit den Kindern – regelmäßig und kompetenzorientiert über die jeweiligen Zielsetzungen und Wege einigen. Wichtig ist uns, dass sich eine gute soziale Durchmischung in der mitwirkenden Elternarbeit, ob in Gremien oder bei Schulfeiern, an allen Schulen widerspiegelt; denn nicht alle Eltern können das immer leisten. Gerade dann sollen Schulen durch eine begleitende Familienarbeit und Familien durch Bildungsbegleiter*innen empowert werden, aktive Elternarbeit machen zu können, um nicht nur das Kind, sondern im Zweifel die Familie dort abzuholen, wo sie ist."</p> <p>mod.Ü: füge ein in Z. 574: "Wir sind uns bestehender innerschulischer Hierarchien bewusst, wollen sie abbauen und Erziehungs- und Bildungspartnerschaft in Schule lebendig machen."</p>

L-01-075	Vito Dabisch u.a. (LAG Bildung)	<p>In Zeile 75:</p> <p>ein. <u>Nicht Umso wichtiger ist es, dass durch sozial durchmischte Schulen Elternarbeit an allen Schulen möglich ist, denn nicht alle Eltern können das immer leisten und nicht immer können wir das erwarten.</u> Gerade dann ist es wichtig, dass Schulen durch</p>	erledigt durch mod Ü L-0-173
L-01-080	AG Kinder, Jugend und Familien (beschlossen am: 07.11.2018)	<p>In Zeile 80 einfügen:</p> <p>viele Gebäude sind marode, von Chancengerechtigkeit <u>und Inklusion</u> kann für viele Kinder und Jugendliche</p>	Ü
L-01-082	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 13.11.2018)	<p>In Zeile 82 einfügen:</p> <p>kleiner Schritte, <u>aber auch einiger grundlegender Reformen</u>, bedarf, um Dinge zu verbessern. Der Weg zu konkreten Maßnahmen beginnt mit</p>	zurückgezogen
L-01-084	Dirk Jordan (LAG Bildung)	<p>In Zeile 84:</p> <p>Berliner Schulen im permanenten Ausnahmezustand <u>Berliner Schulen brauchen Unterstützung und eine andere Schulpolitik</u></p>	<p>modÜ:</p> <p>Raus aus dem Ausnahmezustand: Für eine andere Berliner Schulpolitik</p>

L-01-085	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 07.11.2018)	<p>In Zeile 85 einfügen:</p> <p>In Berlin leisten Tausende von Lehrer*innen, <u>Erzieher*innen, Sozialpädagog*innen, pädagogische Unterrichtshelfer*innen, Betreuer*innen, Schulhelfer*innen, Schulleiter*innen und Mitarbeiter*innen der Schulaufsicht</u> tagtäglich einen großartigen Job. Sie arbeiten</p> <p>In Zeile 89:</p> <p><u>Lehrer*inPädagog*in</u> ist, sieht sich jeden Tag einer Vielzahl von Widerständen ausgesetzt.</p>	Ü
L-01-089	Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)	<p>In Zeile 89:</p> <p>Lehrer*in ist, sieht sich jeden Tag einer Vielzahl von Widerständen ausgesetzt<u>vor großen Herausforderungen.</u></p>	Ü
L-01-090	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 07.11.2018)	<p>In Zeile 90 löschen:</p> <p>Das zentrale Problem der Berliner Schule ist seine Leistungsschwäche auf allen Ebenen. Seit</p>	<p>mod Ü:</p> <p>Das zentrale Problem ist: Die Qualität des Berliner Schulsystems schafft es nicht, alle Schüler*innen zum für sie bestmöglichen Abschluss zu bringen. Seit</p>
L-01-090-2	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 13.11.2018)	<p>In Zeile 90:</p> <p>Das zentrale Problem<u>Die Grenzen</u> der Berliner Schule ist seine Leistungsschwäche auf allen Ebenen<u>Aussagekraft von aktuellen Studien zu Schüler*innenleistungen sind uns bewusst. Häufig werden hier wichtige soziale Komponenten der schulischen Bildung vernachlässigt. Dennoch geben die Studien Anhaltspunkte zur Verbesserung von Schule, die wir nutzen wollen.</u></p>	erledigt durch mod Ü L-01-91

L-01-090-3	Dirk Jordan (LAG Bildung)	<p>In Zeile 90:</p> <p>Das zentrale Problem der Berliner Schule ist seine Leistungsschwäche auf allen Ebenen, <u>dass die Frage nach der Verantwortung für die eigene Leistung nicht im Mittelpunkt steht</u>. Seit</p>	erledigt durch L-01-90
L-01-091	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 16.11.2018)	<p>In Zeile 91:</p> <p>Beginn der internationalen und nationalen Vergleiche, <u>welche wir durchaus kritisch sehen</u>, von Schülerleistungen <u>Schüler*innenleistungen</u> ist deutlich</p> <p>In Zeile 94:</p> <p>seit Jahrzehnten schlechtere Ergebnisse <u>Bewertungen bei gleicher Leistung erhalten</u> und Abschlüsse habend <u>die Schulen ohne Abschluss verlassen</u>. Die neuesten Ergebnisse der</p>	<p>mod Ü: Seit Beginn der internationalen und nationalen Vergleiche von Schülerleistungen, die wir im Hinblick auf die Grenzen ihrer Aussagekraft durchaus kritisch sehen, weil häufig wichtige soziale Komponenten der schulischen Bildung vernachlässigt werden, ist deutlich...</p> <p>mod Ü: "seit Jahrzehnten schlechtere Ergebnisse und Abschlüsse haben und oft bei gleicher Leistung schlechter bewertet werden. Dies bleibt ein Problem, das wir gezielt angehen wollen.</p>
L-01-093	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 07.11.2018)	<p>In Zeile 93 einfügen:</p> <p>Besonders gravierend ist, dass <u>arme</u> Kinder und Jugendliche mit so genanntem Migrationshintergrund</p>	Ü
L-01-101	Dirk Jordan (LAG Bildung)	<p>In Zeile 101 einfügen:</p> <p>bisher nur in Ansätzen, <u>In deren Mittelpunkt muss die Unterrichtsqualität in allen Schulen aller Schulformen stehen. Die Schulform selber sichert sie nicht, die zentrale Rolle dafür kommt vielmehr den Pädagog*innen zu.</u></p>	Ü

L-01-111	Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)	<p>Von Zeile 111 bis 112 einfügen:</p> <p>Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen herrscht Fachkräftemangel. Die Schulen beteiligen sich bisher zu wenig an der Ausbildung dieser Fachkräfte. <u>2S. 3: In den Zeilen 111/112 den Satz:</u> <u>Die Schulen beteiligen sich bisher zu wenig an der Ausbildung dieser Fachkräfte. streichen oder erklären.</u></p>	erledigt durch Ü 111-2
L-01-111-2	Meike Paula Berg (Berlin-Neukölln KV)	<p>Von Zeile 111 bis 115:</p> <p>Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen herrscht Fachkräftemangel. Die Schulen beteiligen sich bisher zu wenig an der Ausbildung dieser Fachkräfte. Was wir nun brauchen, sind kurzfristige Lösungen, um die Lage in den Schulen zu verbessern. Wir dürfen darüber aber nicht die langfristige Perspektive aus den Augen verlieren. Der akute Ausnahmezustand darf nicht zum Dauerzustand werden. <u>Die Senatsverwaltung muss Rahmenbedingungen schaffen, damit diese Fachkräfte auch in Schulen ausgebildet werden können. Was wir nun brauchen, sind kurzfristige Lösungen, um die Lage in den Schulen zu verbessern. Wir dürfen darüber aber nicht die langfristige Perspektive aus den Augen verlieren. Der akute Ausnahmezustand darf nicht zum Dauerzustand werden.</u></p>	Ü
L-01-114	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 07.11.2018)	<p>Von Zeile 114 bis 115 löschen:</p> <p>nicht die langfristige Perspektive aus den Augen verlieren. Der akute Ausnahmezustand darf nicht zum Dauerzustand werden.</p>	zurückgezogen

L-01-118	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 07.11.2018)	<p>Von Zeile 118 bis 119:</p> <p>die Klassenzimmer, von den Decken bröseln der Putz, <u>von Barrierefreiheit wenig zu sehen</u>. Guter Unterricht <u>ist, eine kreative Entwicklung und gelingender Ganztags sind</u> unter diesen Bedingungen kaum möglich. Und das ist nur die eine Hälfte des-Problems <u>der Herausforderung</u>. <u>Denn</u> Berlin wächst, immer</p>	Ü
L-01-120	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 13.11.2018)	<p>In Zeile 120 einfügen:</p> <p>mehr Kinder kommen in die Schule. Es ist höchste Zeit, dass wir <u>mehr</u> Geld in die Hand nehmen und</p>	Ü
L-01-123	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 07.11.2018)	<p>Von Zeile 123 bis 125 löschen:</p> <p>Auch die Spaltung zwischen und innerhalb von Schulen bereitet uns große Sorge— sowohl innerhalb von Bezirken als auch berlinweit. Von Chancengerechtigkeit kann häufig kaum die Rede sein.</p>	zurückgezogen
L-01-123-2	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 16.11.2018)	<p>In Zeile 123:</p> <p>Auch die <u>Spaltung soziale Segregation und die soziale Entmischung</u></p>	<p>mod. Ü.: Auch die Spaltung zwischen und innerhalb von Schulen bereitet uns große Sorge— sowohl innerhalb von Bezirken als auch berlinweit. Von Chancengerechtigkeit kann häufig kaum die Rede sein. Füge ein in Z. 123: "Ein weiterer Aspekt bereitet uns große Sorge. Soziale Segregation und soziale Entmischung nehmen immer weiter zu – und zwar sowohl im Hinblick auf Stadtquartiere als auch im Hinblick auf Schulen. So übersteigt der Anteil von Kindern und Jugendlichen of Color oder mit familiärer Migrationserfahrung bereits jetzt in vielen Innenstadtbezirken 50 Prozent. Von Chancengerechtigkeit kann häufig kaum die Rede sein."</p>

L-01-126	Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)	<p>Von Zeile 126 bis 127:</p> <p>Schon in Grundschulen sind die Bedingungen sehr unterschiedlich. Das liegt zum einen am Umfeld der Grundschulen, an den Kiezen und der jeweiligen Wohnbevölkerung. Aber auch daran, weil die Lebensbedingungen im Umfeld der Schulen sehr unterschiedlich sind. Es liegt aber auch daran.</p>	Ü
L-01-129	Stefan Ziller (KV Marzahn-Hellersdorf)	<p>In Zeile 129 einfügen:</p> <p>Bedingungen die besten Ressourcen zur Verfügung haben. <u>Mit einer Qualitätsoffensive für unsere Grundschulen wollen wir allen Kindern von Beginn ein bestmögliches Lernumfeld schaffen. In allen Schulen im Bonus-Programm müssen mindestens zwei Erwachsene im Unterricht dabei sein – es muss aber nicht immer eine zweiter Lehrer*in pro Klasse sein. Auch Förderlehrer*innen, Logopäd*innen, Therapeut*innen, Heilpädagog*innen und Psycholog*innen können die nötigen Kompetenzen mitbringen.</u> Bei den weiterführenden Schulen ist</p>	erledigt durch Ü L-01-325
L-01-130	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 07.11.2018)	<p>In Zeile 130:</p> <p>ein regelrechter Kampf <u>Wettbewerb</u> unter Eltern um die Plätze an den „guten“ Schulen Berlins entbrannt.</p> <p>Von Zeile 134 bis 135 löschen:</p> <p>sammeln sich häufig Kinder, die es schwieriger haben, zum Beispiel weil sie nicht die nötige Unterstützung von zuhause bekommen.</p>	<p>modÜ:</p> <p>...ein regelrechter Wettlauf unter...</p> <p>zweiter Teil: erledigt durch 135</p>

L-01-130-2	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 13.11.2018)	<p>In Zeile 130 einfügen:</p> <p>ein regelrechter Kampf unter Eltern <u>und Schüler*innen</u> um die Plätze an den „guten“ Schulen Berlins entbrannt.</p>	Ü
L-01-135	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 16.11.2018)	<p>In Zeile 135 löschen:</p> <p>Unterstützung von-zuhause bekommen.</p>	Ü
L-01-136	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 07.11.2018)	<p>In Zeile 136:</p> <p>Eine <u>zweiteandere</u> Dimension der Spaltung macht uns auch zunehmend Sorgen. In Berlins Schulen nimmt</p> <p>Von Zeile 139 bis 143:</p> <p>Hintergrund, Alter oder Behinderung zu. Es geht aber nicht nur um Diskriminierung zwischen Schüler*innen. Auch Lehrkräfte bewerten Schüler*innen unterschiedlich, je nachdem <u>ob und</u> welcher Religion sie angehören, <u>ob sie behindert, arm oder reich sind</u>, ob sie Mohammad oder Michael heißen oder ob sie mit oder ohne Kopftuch auf der Schulbank sitzen. Gleichzeitig nehmen auch die verbalen und handgreiflichen Attacken gegen Lehrer*innen <u>das Schulpersonal</u> zu. So machen auch Lehrer*innen <u>Pädagog*innen</u> viel zu oft</p>	<p>Ü Zeile 136</p> <p>Zeile 139-143 erledigt durch mod Ü L-01-136-3</p>

L-01-136-2	Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)	Von Zeile 136 bis 139: Eine zweite Dimension der Spaltung macht uns auch zunehmend Sorgen. In Berlins Schulen nimmt Diskriminierung aufgrund von (zugeschriebenem) Migrationshintergrund, Namen, Religion, „Hautfarbe“, Äußerem, sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität, sozio-ökonomischem Hintergrund, Alter oder Behinderung zu. <u>Auch in Berlins Schulen wird das Klima rauer. Diskriminierung, Mobbing, Gewaltvorfälle u.a. nehmen zu bzw. werden häufiger gemeldet.</u> Es geht aber nicht nur um Diskriminierung zwischen	erledigt durch mod Ü 136-3
------------	-----------------------------------	--	----------------------------

L-01-136-3	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 16.11.2018)	<p>Von Zeile 136 bis 143:</p> <p>Eine zweite Dimension der Spaltung macht uns auch zunehmend Sorgen. In Berlins Schulen nimmt Diskriminierung aufgrund von (zugeschriebenem) Migrationshintergrund, Namen, Religion, „Hautfarbe“, Äußerem, sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität, sozio-ökonomischem Hintergrund, Alter oder Behinderung zu. Es geht aber nicht nur um Diskriminierung zwischen Schüler*innen. Auch Lehrkräfte bewerten Schüler*innen unterschiedlich, je nachdem welcher Religion sie angehören, ob sie Mohammad oder Michael heißen oder ob sie mit oder ohne Kopftuch auf der Schulbank sitzen. Gleichzeitig nehmen auch die verbalen und handgreiflichen Attacken gegen Lehrer*innen zu. So machen auch Lehrer*innen in</p> <p><u>In Berlins Schulen gibt es nach wie vor Diskriminierung aufgrund von (zugeschriebenem) Migrationshintergrund, Namen, Religion, „Hautfarbe“, Äußerem, sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität, sozio-ökonomischem Hintergrund oder Behinderung. Lehrkräfte bewerten Schüler*innen ungerecht, weil sie muslimischen Schüler*innen oder Schüler*innen, deren Eltern keine Akademiker*innen sind, Kompetenzen und Fähigkeiten absprechen oder sogar Defizite zuschreiben. Auch machen auch Lehrer*innen of Colour / bzw. mit (zugeschriebenem) Migrationshintergrund viel zu oft</u></p>	<p>mod Ü: In Berlins Schulen gibt es nach wie vor Gewaltvorfälle, Mobbing und Diskriminierung aufgrund von (zugeschriebenem) Migrationshintergrund, Namen, Religion, „Hautfarbe“, Äußerem, sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität, sozio-ökonomischem Hintergrund oder Behinderung. Lehrkräfte bewerten Schüler*innen ungerecht, weil sie muslimischen Schüler*innen oder Schüler*innen, deren Eltern keine Akademiker*innen sind, Kompetenzen und Fähigkeiten absprechen oder sogar Defizite zuschreiben. Auch machen auch Pädagog*innen of Colour bzw. mit (zugeschriebenem) Migrationshintergrund viel zu oft...</p>
L-01-140	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 13.11.2018)	<p>Von Zeile 140 bis 142:</p> <p>Schüler*innen. Auch Lehrkräfte bewerten Schüler*innen unterschiedlich, je nachdem welcher Religion sie angehören, ob sie Mohammad oder Michael heißen oder ob sie mit oder ohne Kopftuch auf der Schulbank sitzen. <u>entlang diverser Diskriminierungsmuster unterschiedlich.</u> Gleichzeitig nehmen auch die verbalen und handgreiflichen</p>	<p>erledigt durch mod ÜL-01-136-3</p>

L-01-144	Klemens Grieschop (Berlin-Pankow KV)	<p>In Zeile 144 einfügen:</p> <p>Diskriminierungserfahrungen in Berliner Schulen.</p> <p><u>Die Schulleiter*innen werden verpflichtet für die Lehrkräfte in den Regelklassen Fortbildungen zum sprachsensiblen Umgang mit Migrationskindern anzubieten. Für die schulinternen Fortbildungen (SchILF) zur Inklusion eignen sich die Präsenztage, in denen Lehrer*innen zu Beginn des Schuljahres nach den Sommerferien zur Vorbereitung des Unterrichts in der Schule anwesend sein müssen.</u></p>	Abstimmung
L-01-144-2	Bettina Jarasch und Sebastian Walter (KV Pankow / KV Tempelhof- Schöneberg)	<p>In Zeile 144 einfügen:</p> <p>Diskriminierungserfahrungen in Berliner Schulen.</p> <p><u>Nur ein Bruchteil der Lehrkräfte, der Eltern sowie der Schüler*innen wagt es jedoch, sich gegen diskriminierende Benachteiligungen und Demütigungen zu wehren. Dies hat aber Konsequenzen: Diskriminierungserfahrungen wirken sich nicht nur negativ auf die körperliche und seelische Gesundheit aus. Bei den Schüler*innen gefährden sie auch Lernerfolge, Bildungschancen und den Umgang im Schulalltag. Es gibt viele gute Projekte, aber keinen systematischen Umgang mit Diskriminierung. Vielerorts fehlen klare Interventions- und Beschwerdestrukturen und eine Strategie für den Umgang mit Vielfalt.</u></p>	Ü

L-01-145	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 16.11.2018)	<p>Von Zeile 145 bis 146:</p> <p>Diese Spaltungen wollen wir überwinden— sowohl die Spaltung zwischen den Schulen als auch die Spaltungen und Diskriminierungen in den Schulen. <u>Die institutionelle, aber auch direkte Diskriminierung möchten wir an Schulen überwinden, indem Themen wie „rassismuskritische Pädagogik“, „Pädagogik der Vielfalt“ bzw. „Diversity Education“ bereits während des Lehramtstudiums, aber auch nach der Ausbildung im Rahmen von Weiter- /Fortbildungen von Lehrkräften verpflichtend werden.</u></p>	ModÜ: In 236 nach [Lehramtstudium]: "an allen Hochschulen" einfügen
L-01-146	Jonas Krone (Berlin- Steglitz/Zehlendorf KV)	<p>In Zeile 146 einfügen:</p> <p>die Spaltungen und Diskriminierungen in den Schulen.</p> <p><u>Schule soll ein Ort frei von Angst sein. Gewalt und Mobbing an Schulen wollen wir deshalb entschieden entgegnetreten. Dazu wollen wir zusammen mit Schüler*innen, Eltern und Lehrer*innen eine berlinweite Strategie gegen Mobbing und Gewalt entwickeln und an den Schulen, in den Bezirken und im Land konsequent umsetzen.</u></p>	mod. Ü. nach L-01-591-3 "Auch Gewalt und Mobbing an Schulen treten wir entschieden entgegen. Bestehende Maßnahmen und Programme müssen auf ihre Wirksamkeit überprüft und unter Beteiligung von pädagogischem Personal, Schüler*innen und Eltern weiter entwickelt werden."
L-01-146-2	Bettina Jarasch und Sebastian Walter (KV Pankow / KV Tempelhof- Schöneberg)	<p>In Zeile 146 einfügen:</p> <p>die Spaltungen und Diskriminierungen in den Schulen. <u>Unser Ziel ist es, das Recht auf diskriminierungsfreie Bildung sicherzustellen. Wir wollen, dass an jeder Berliner Schule eine demokratische Schulkultur und ein wertschätzendes Schulklima möglich wird.</u></p>	Ü

L-01-147	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 07.11.2018)	<p>In Zeile 147:</p> <p>Nicht zuletzt sind Berlins Schulen nicht auf die Zukunft vorbereitet. Diese<u>Denn diese</u> Zukunft ist <u>auch</u></p> <p>In Zeile 158 einfügen:</p> <p>Zukunft vorzubereiten, die sie in der Realität erwartet, <u>und sie in die Lage zu versetzen, diese Zukunft zu gestalten</u>. Digitalisierung bringt große</p>	<p>ModÜ:</p> <p>Übernahme erster Teil</p> <p>Zweiter Teil erledigt durch: Ü 147-4</p>
L-01-147-2	Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)	<p>Von Zeile 147 bis 160 löschen:</p> <p>Nicht zuletzt sind Berlins Schulen nicht auf die Zukunft vorbereitet. Diese Zukunft ist digital, Berlins Schulen sind es nicht. Das erste, was Schulen brauchen, ist stabiles und schnelles Internet. Alle Schulen müssen WLAN in ihren Gebäuden bekommen. Weiter geht es mit der „Hardware“. Wenn noch nicht mal der Kopierer funktioniert, ist an eine gute Ausstattung mit Computern nicht zu denken, geschweige denn an Geräte, die im Unterricht von den Schüler*innen genutzt werden könnten. Auch das nötige Personal fehlt. Es ist Lehrkräften nicht zuzumuten, auch noch zu Techniker*innen zu werden. Zukunft bedeutet aber auch, dass pädagogische Ansätze überdacht und neu konzipiert werden. Digitalisierung muss Pädagogik folgen, nicht andersherum. Digitalisierung bedeutet auch die Auseinandersetzung mit Datenmanipulation und neuen Machtstrukturen in der Gesellschaft. Kein Tablett ersetzt Erfahrungen im echten Leben. Berlins Schulen zukunftsfest zu machen heißt, Kinder auf die Zukunft vorzubereiten, die sie in der Realität erwartet. Digitalisierung bringt große Chancen, aber auch Risiken mit sich. Wir wollen die Chancen nutzen, ohne die Risiken aus den Augen zu verlieren.</p>	zurückgezogen

L-01-147-3	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 16.11.2018)	<p>Von Zeile 147 bis 148:</p> <p>Nicht zuletzt<u>Momentan sind</u> sind Berlins Schulen nicht <u>auf die Gegenwart und noch weniger</u> auf die Zukunft vorbereitet: <u>Der Anteil von Kindern und Jugendlichen übersteigt in vielen Innenstadtbezirken bereits jetzt die 50 Prozent. Diese Zukunft ist digital, Berlins Schulen sind es nicht</u>Und auch in Digitalisierung müssen wir investieren. Das erste, was Schulen brauchen, ist stabiles und</p> <p>Von Zeile 152 bis 160:</p> <p>Schüler*innen genutzt werden könnten. Auch das nötige <u>IT</u>-Personal fehlt. Es ist Lehrkräften nicht zuzumuten, auch noch zu Techniker*innen zu werden. Zukunft bedeutet aber auch, dass pädagogische Ansätze überdacht und neu konzipiert werden. Digitalisierung muss Pädagogik folgen, nicht andersherum<u>Digitale Medien sind zur Qualitätssteigerung im Rahmen der Unterrichtsgestaltung sinnvoll einzusetzen.</u> Digitalisierung bedeutet auch die Auseinandersetzung mit Datenmanipulation und neuen Machtstrukturen in der Gesellschaft. <u>So muss Schule auf kritischen Umgang mit Medien und Medieninhalten vorbereiten.</u> Kein Tablett ersetzt Erfahrungen im echten Leben. Berlins Schulen zukunftsfest zu machen heißt, Kinder auf die Zukunft vorzubereiten, die sie in der Realität erwartet. Digitalisierung bringt große Chancen, aber auch Risiken mit sich. Wir wollen die Chancen nutzen, ohne die Risiken aus den Augen zu verlieren.</p>	<p>Mod Ü:</p> <p>ausschließlich nach Ende von L-01-147-4 Einfügen "So muss Schule auf kritischen Umgang mit Medien und Medieninhalten vorbereiten."</p>
------------	---	--	---

L-01-147-4	Jörg Staudemeyer (Berlin-Kreisfrei KV)	<p>Von Zeile 147 bis 159:</p> <p>Nicht zuletzt sind Berlins Schulen nicht auf die Zukunft vorbereitet. Diese Zukunft ist digital, Berlins Schulen sind es nicht. Das erste, was Schulen brauchen, ist stabiles und schnelles Internet. Alle Schulen müssen WLAN in ihren Gebäuden bekommen. Weiter geht es mit der „Hardware“. Wenn noch nicht mal der Kopierer funktioniert, ist an eine gute Ausstattung mit Computern nicht zu denken, geschweige denn an Geräte, die im Unterricht von den Schüler*innen genutzt werden könnten. Auch das nötige Personal fehlt. Es ist Lehrkräften nicht zuzumuten, auch noch zu Techniker*innen zu werden. Zukunft bedeutet aber auch, dass pädagogische Ansätze überdacht und neu konzipiert werden. Digitalisierung muss Pädagogik folgen, nicht andersherum. Digitalisierung bedeutet auch die Auseinandersetzung mit Datenmanipulation und neuen Machtstrukturen in der Gesellschaft. Kein Tablett ersetzt Erfahrungen im echten Leben. Berlins Schulen zukunftsfest zu machen heißt, Kinder auf die Zukunft vorzubereiten, die sie in der Realität erwartet. Digitalisierung bringt große Chancen, aber auch Risiken mit sich. – und eigentlich auch nicht auf die Gegenwart – vorbereitet. Diese Zukunft ist digital, Berlins Schulen sind es nicht. In den meisten Schulten gibt es noch nicht einmal einen Internet-Zugang und WLAN mit ausreichender Kapazität, wie sie für flächendeckende Nutzung digitaler Medien benötigt werden. An eine gute Ausstattung mit Computern ist ebenfalls nicht zu denken, geschweige denn an Geräte, die im Unterricht und zuhause von den Schüler*innen und Lehrkräften genutzt werden könnten. Auch das für die Wartung von Hard- und Software nötige Personal fehlt. Lehrer*innen müssen digitale Arbeitsmittel und -methoden beherrschen, es ist ihnen aber nicht zuzumuten, auch noch zu Techniker*innen zu werden. Zukunft bedeutet aber auch, dass fach- und allgemeinpädagogische Ansätze überdacht und neu konzipiert werden. Digitalisierung bringt große Chancen für die Schule ebenso wie für die Gesellschaft, aber auch Risiken mit sich. Wir wollen die Chancen nutzen, ohne die Risiken aus den</p>	Ü
------------	--	--	---

L-01-149	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 13.11.2018)	<p>In Zeile 149:</p> <p>schnelles Internet. Alle Schulen müssen <u>belastbares WLAN in ihren Gebäuden im gesamten Gebäude</u> bekommen. Weiter geht es mit</p>	erledigt durch Ü L-01-147-4
L-01-155	Björn Simon Selle (Berlin- Tempelhof/Schöneberg KV)	<p>In Zeile 155 einfügen:</p> <p>folgen, nicht andersherum. <u>Allerdings dürfen wir nicht dem Trugschluss unterliegen. Digitalisierung als ein rein technisches Problem zu begreifen. Unsere bisherige Vorstellung von einer geregelten, klaren Arbeitswelt wird an ihr zerbrechen. Sie wird uns mehr freie Zeit zur Verfügung stellen, die wir zur Selbstverwirklichung nutzen können. Sie fordert damit unser bisheriges Belohnungssystem heraus, welches auf extrinsischer Motivation beruht und schon in der Schule als Leitbild dient. In einer mehr und mehr digitalisierten Welt findet dieses System endgültig keine Existenzberechtigung mehr. Berlin muss sohin neue Wege einschlagen. Schule lege daher den Schwerpunkt darauf, die intrinsische zu fördern und folglich zum bestehen im digitalen Wandel befähigen.</u> <u>Ob wir nun die Automation gebrauchen, neue Freiheiten zu erlangen oder zu von Reizen überfluteten, motivationslosen Datenstränge verkommen - Wir stehen an einem Wendepunkt. Eine moderne Schule bietet die Grundlage, diesen Kampf zu unseren Gunsten zu entscheiden.</u></p>	mod. Ü., füge nach 521 ein: "Wir dürfen nicht dem Trugschluss unterliegen, Digitalisierung als eine rein technische Herausforderung zu begreifen. In einer digitalisierten Welt nimmt die intrinsische Motivation eine noch bedeutendere Stellung ein. Berlin soll daher auf die Förderung dieser seinen Schwerpunkt legen."
L-01-156	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 13.11.2018)	<p>Von Zeile 156 bis 157:</p> <p>Datenmanipulation und neuen Machtstrukturen in der Gesellschaft. Kein Tablett ersetzt Erfahrungen im echten Leben. <u>Datenschutz und neuen Machtstrukturen in der Gesellschaft.</u> Berlins Schulen zukunftsfest zu machen heißt, Kinder auf die</p>	mod Ü: "und muss sich mit Datenschutz und Machtstrukturen beschäftigen" wird hinter mod Ü 147-3 angehängt Streichung erledigt durch Ü L-01-147-4

L-01-156-2	Arndt Adler (Berlin-Mitte KV)	<p>Von Zeile 156 bis 157 löschen:</p> <p>Datenmanipulation und neuen Machtstrukturen in der Gesellschaft. Kein Tablett ersetzt Erfahrungen im echten Leben. Berlins Schulen zukunftsfest zu machen heißt, Kinder auf die</p>	erledigt durch Ü L-01-147-4
L-01-176	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 16.11.2018)	<p>Von Zeile 176 bis 178:</p> <p>ebenfalls den Weg in den Berliner Schuldienst geebnet. Darüber hinaus <u>wollen wir stärker den Quereinstieg für "verwandte Berufsgruppen" wie Kindheitspädagog*innen öffnen. Auch</u> wollen wir schneller ausländische Abschlüsse anerkennen. Für nötige Prüfungen dafür wollen wir die Kosten übernehmen. Entsprechende Sprachkenntnisse <u>Sprachkenntnisse, mindestens C1 GER,</u> müssen vor Beginn des Dienstes in der Schule</p> <p>In Zeile 185 löschen:</p> <p>zu finden: jemand, der beim Kopieren oder als Klausurenaufsicht unterstützt, braucht keine</p>	<p>mod Ü: Zeile 176 bis 178:</p> <p>ebenfalls den Weg in den Berliner Schuldienst geebnet. Darüber hinaus wollen wir stärker den Quereinstieg für "verwandte Berufsgruppen" wie Kindheitspädagog*innen öffnen. Auch wollen wir schneller ausländische Abschlüsse anerkennen. Für nötige Prüfungen dafür wollen wir die Kosten übernehmen. Entsprechende Sprachkenntnisse müssen vor Beginn des Dienstes in der Schule</p> <p>Streichung in Zeile 185: Ü</p>
L-01-181	Manuel Honisch (Berlin-Kreisfrei KV)	<p>In Zeile 181:</p> <p>stärker bewerben, samt Möglichkeit, <u>Damit verbunden muss ein verbindliches Angebot zur späteren Nachqualifizierung</u> <u>Nachqualifizierung in einem zweiten Fach sein.</u> Wenn Stellen nicht</p>	Ü

L-01-185	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 07.11.2018)	In Zeile 185 löschen: zu finden: jemand, der beim Kopieren oder als Klausuraufsicht unterstützt, braucht keine	Erledigt durch zweiter Zeil L-01-176
L-01-193	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 16.11.2018)	In Zeile 193 einfügen: Lehramtsstudium absolviert haben, attraktiv sind, <u>z.B. durch Reduzierung der Pflichtstundenzahl</u> , damit sich hier der Bedarf an	erledigt durch Ü L-01-202
L-01-196	Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV)	In Zeile 196 einfügen: Quereinsteiger*innen gibt. <u>Alle befristeten Willkommenslehrkräfte sind sofort zu entfristen. Sie sind ein unabdingbarer Bestandteil der Durchgängigen Sprachbildung in multiprofessionellen Klassenteams zur Integration geflüchteter, traumatisierter Migrationskinder in das Bildungssystem. Sie leisten einen entscheidenden Beitrag zur sozialen Integration und zur inklusiven Bildung der Migrationskinder.</u> <u>Lehrer*innen ohne volle Lehrbefähigung (LoVL) muss die Möglichkeit gegeben werden, sich mittels Fort- und Weiterbildung (Training-on-the-Job) so fortzubilden, dass sie die volle Lehrbefähigung und das gleiche Lehrergehalt erhalten wie mittels 1./2. Staatsexamen eingestellte Lehrer*innen. Voraussetzung dafür ist am Ende der Weiterbildung eine Unterrichtslehrprobe, die von der Schulleitung und der Schulaufsicht begutachtet und bewertet wird.</u>	ModÜ: Alle befristeten Willkommenslehrkräfte wollen wir sofort entfristen. Sie sind ein unabdingbarer Bestandteil in multiprofessionellen Klassenteams zur Sprachbildung und Integration geflüchteter und traumatisierter Kinder. Lehrer*innen ohne volle Lehrbefähigung (LoVL) wollen wir die Möglichkeit geben, sich mittels Fort- und Weiterbildung so fortzubilden, dass sie die volle Lehrbefähigung und das gleiche Gehalt erhalten wie klassisch ausgebildete Lehrkräfte. (ggf. Abstimmung?)

L-01-197	Stefanie Remlinger (KV Pankow)	<p>Von Zeile 197 bis 202:</p> <p>Wir wollen eine weitere Möglichkeit nutzen, qualifiziertes Personal an Berliner Schulen zu bekommen. Wenn sich für ausgewählte Schulen mit besonderem Fachkräftemangel und hohem Anteil von Kindern aus sogenannten bildungsfernen Familien genügend voll qualifizierte Lehrkräfte melden, um die Lehrkräfteausstattung auf 110 Prozent zu steigern, werden diese zusätzlichen zehn Prozent der Schule zur Entlastung des Kollegiums (kleinere Klassen, geringere Stundendeputate) zur Verfügung gestellt.</p> <p><u>Für unsere schwierigsten Schulen erproben wir ein völlig neues Instrument der Lehrkräftegewinnung: Das Lehrkräfte-Crowdfunding: Der Senat soll gemeinsam mit ausgewählten Schulen mit besonderem Fachkräftemangel einen bundesweiten Pitch ausloben, um jeweils eine qualifizierte und motivierte Gruppe von Lehrkräften zu gewinnen. Denn wir brauchen Pädagog*innen, die Lust und Ehrgeiz haben, gerade an solchen Schulen etwas zu bewegen. Als Anreiz wird vereinbart, dass alle zusätzlichen gewonnenen Lehrkräfte zur Entlastung des ganzen Kollegiums (kleinere Klassen, geringere Stundendeputate) zusätzlich eingesetzt werden.</u></p>	<p>mod Ü: Für unsere schwierigsten Schulen erproben wir ein völlig neues Instrument der Lehrkräftegewinnung: <u>Die Teambewerbung</u>: Der Senat soll gemeinsam mit ausgewählten Schulen mit besonderem Fachkräftemangel einen bundesweiten <u>schulspezifische Kampagne</u> ausloben, um jeweils eine qualifizierte und motivierte Gruppe von Lehrkräften zu gewinnen. Denn wir brauchen Pädagog*innen, die Lust und Ehrgeiz haben, gerade an solchen Schulen etwas zu bewegen. Als Anreiz wird vereinbart, dass alle zusätzlichen gewonnenen Lehrkräfte zur Entlastung des ganzen Kollegiums (kleinere Klassen, geringere Stundendeputate) zusätzlich eingesetzt werden.</p>
L-01-202	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 07.11.2018)	<p>In Zeile 202 einfügen:</p> <p>Stundendeputate) zur Verfügung gestellt. <u>Unser Ziel ist es, die Unterrichtsverpflichtung dauerhaft abzusenken. Personalaufbau und Qualitätsverbesserungen gehen Hand in Hand.</u></p>	<p>Ü, aber in Z.225</p>
L-01-202-2	Lisa Paus (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)	<p>In Zeile 202 einfügen:</p> <p>Stundendeputate) zur Verfügung gestellt. <u>Wir halten auch am Ziel von Doppelsteckung zur gelingenden Binnendifferenzierung fest.</u></p>	<p>mod Ü in Z. 225 nach L-01-022:</p> <p>... gestellt. Darüber hinaus halten wir auch am Ziel von Doppelsteckung zur gelingenden Binnendifferenzierung fest. in Z 225 nach L-01-202</p>

L-01-203	Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)	<p>In Zeile 203 löschen:</p> <p>Entlastung wollen wir auch schaffen, indem wir den Aufbau von so-genannten</p>	Ü
L-01-205	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 07.11.2018)	<p>Von Zeile 205 bis 206:</p> <p>sind ohnehin ein großer Gewinn für Schulen und-entlasten gleichzeitig Lehrkräfte. Wir setzen uns deshalb für Sozialarbeit an allen Schulen <u>von mindestens einer Vollzeitstelle pro Schule</u> ein. Gleiches gilt z.B. für Techniker*innen</p>	Ü der Streichungen Ergänzung erledigt durch Ü L-01-206-2
L-01-206	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 13.11.2018)	<p>In Zeile 206 einfügen:</p> <p>uns deshalb für Sozialarbeit an allen Schulen ein. <u>Perspektivisch ist der Bedarf aber höher und muss abgedeckt werden.</u> <u>Die Anzahl der Sozialarbeiter*innenstellen soll sich aus dem Bedarf der Schüler*innenschaft ergeben.</u> Gleiches gilt z.B. für Techniker*innen</p>	erledigt durch Ü L-01-206-2

L-01-206-2	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 16.11.2018)	<p>In Zeile 206 einfügen:</p> <p>uns deshalb für Sozialarbeit an allen Schulen ein. <u>Sie sind auch fester Bestandteil des multiprofessionellen Teams jeder Schule. Den Bedarf an Schulsozialarbeit alleine an den Faktoren Lernmittelfreiheit und "nichtdeutscher Herkunftssprache", die eine an sich problematische Kategorisierung darstellt, festzumachen, verkehrt daher den Anspruch der Schulsozialarbeit. Denn Schulsozialarbeiter*innen sind für alle Schüler*innen und Familien, unabhängig von sozialer Herkunft und der Familiensprache da. Sie beraten, begleiten und unterstützen das Kollegium, die Familien und Schüler*innen. Aber die Vielzahl von intransparenten Finanzierungsmodellen (Bonusprogramm, School turnaround usw.) sorgen für prekäre und unsichere Arbeitsplätze. Daher setzen wir uns dafür ein, dass jede Schule mit Schulsozialarbeiter*innenstelle (keine Zwangsteilzeitstellen) entsprechend des Bedarfs ihrer Schüler*innen ausgestattet werden. Weiter werden wir uns dafür einzusetzen, dass dabei alle Arbeitsverträge entfristet werden und damit die Prekarität von Schulsozialarbeiter*innen endlich ein Ende findet.</u></p>	Ü
L-01-208	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 16.11.2018)	<p>In Zeile 208 einfügen:</p> <p>wollen wir langfristig eine bessere Ausstattung von Schulen ermöglichen. <u>Dazu werden wir uns dafür einsetzen, dass unabhängig von der Schulform alle Schulen mit mindestens einer Vollzeitstelle im Schulsekretariat als Grundausrüstung ausgestattet wird</u></p>	Ü

L-01-210	Meike Paula Berg (Berlin-Neukölln KV)	<p>Von Zeile 210 bis 216:</p> <p>Künstler*innen, wenn sie einen Zugang zu Kindern und Jugendlichen haben. Entlastung ist auch möglich, wenn die Auswertung der zentralen Prüfungen und Vergleichsarbeiten nicht von den Lehrer*innen selbst durchgeführt werden müsste. Wichtig ist, dass wir hier keine prekären Jobs schaffen, sondern Arbeitsplätze, die Menschen Perspektiven geben und gleichzeitig zur Entlastung des pädagogischen Personals beitragen. Ebenso sollte geprüft werden, ob die Entwicklung von Beispiel- Curricula auf der Grundlage der neuen Lehrpläne in den Schulen Anklang fände. <u>Entlastung ist auch möglich, wenn die Auswertung der Lernausgangslagen und Vergleichsarbeiten nicht von den Lehrer*innen selbst durchgeführt werden müssten. Wichtig ist, dass wir hier keine prekären Jobs schaffen, sondern Arbeitsplätze, die Menschen Perspektiven geben und gleichzeitig zur Entlastung des pädagogischen Personals beitragen. Ebenso sollte geprüft werden, ob die Entwicklung von Beispiel- Curricula auf der Grundlage der neuen Lehrpläne in den Schulen Anklang fände.</u></p>	Ü
L-01-212	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 13.11.2018)	<p>In Zeile 212 einfügen:</p> <p>Lehrer*innen selbst durchgeführt werden müsste. <u>Die Korrekturen müssen dennoch von ausgebildeten Personen durchgeführt werden, so könnten z.B. im Fach Deutsch die Klausuren von Germanist*innen korrigiert werden. Für diese Gruppe wären dann auch Perspektiven in der Konzeption von Lehrmaterialien oder der fachlichen Evaluation von Unterricht möglich.</u> Wichtig ist, dass wir hier keine prekären</p>	Ü
L-01-216	Meike Paula Berg (Berlin-Neukölln KV)	<p>In Zeile 216 einfügen:</p> <p>Anklang fände. <u>Dies würde die Kolleg*innen in der Entwicklung schulinterner Curricula entlasten.</u></p>	Ü

L-01-217	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 07.11.2018)	In Zeile 217: Der <u>Die</u> derzeitige Ausnahmezustand <u>Problemlage</u> darf nicht zum Dauerproblem <u>Dauerzustand</u> werden. Darum ist für uns klar: In Zeile 221 einfügen: kommenden fünf Jahren ein Lehramtsstudium aufnehmen, wollen wir <u>bei erfolgreichem Abschluss</u> eine Einstellungsgarantie im	Ü
----------	--	---	---

L-01-217-2	Jörg Staudemeyer (Berlin-Kreisfrei KV)	<p>Von Zeile 217 bis 225:</p> <p>Der derzeitige Ausnahmezustand darf nicht zum Dauerproblem werden. Darum ist für uns klar: Nicht-pädagogisches Personal, das wir nun einstellen, muss dauerhaft an den Schulen bleiben können. Zusätzlich muss die Ausstattung mit Lehrkräften schnell wieder angehoben werden. Für alle Studierenden, die derzeit an Berliner Hochschulen auf Lehramt studieren oder in den kommenden fünf Jahren ein Lehramtsstudium aufnehmen, wollen wir eine Einstellungsgarantie im Berliner Schulbetrieb geben. Das kann dazu führen, dass in einigen Jahren eine Ausstattung mit Lehrkräften auch deutlich über 100 Prozent eintritt. Sollte dies der Fall sein, wollen wir diese Situation zur Qualitätsverbesserung an Berlins Schulen nutzen, zum Beispiel durch die Einführung von Teamzeiten anstelle der Unterrichtsverpflichtung von Lehrkräften. <u>zu keine dauerhaften negativen Folgen haben. Darum ist für uns klar: Qualifiziertes nicht-pädagogisches Personal, das wir nun einstellen, muss dauerhaft an den Schulen bleiben können. Qualifikationsdefizite bei den in Schnellkursen ausgebildeten Quereinsteiger*innen müssen so schnell und gründlich wie möglich ausgeglichen werden. Zusätzlich muss die Ausstattung mit Lehrkräften schnell wieder angehoben werden.</u> Arbeit</p>	zurückgezogen
L-01-221	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 13.11.2018)	<p>In Zeile 221 einfügen:</p> <p>kommenden fünf Jahren ein Lehramtsstudium aufnehmen, wollen wir eine <u>Referendariats- und</u> Einstellungsgarantie im</p>	Ü

L-01-221-2	Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)	<p>In Zeile 221:</p> <p>kommenden fünf Jahren ein Lehramtsstudium aufnehmen, <u>und die Prüfung bestehen</u>, wollen wir eine Einstellungsgarantie im</p>	erledigt durch Ü L-01-217
L-01-223	Meike Paula Berg (Berlin-Neukölln KV)	<p>Von Zeile 223 bis 229:</p> <p>mit Lehrkräften auch deutlich über 100 Prozent eintritt. Sollte dies der Fall sein, wollen wir diese Situation zur Qualitätsverbesserung an Berlins Schulen nutzen, zum Beispiel durch die Einführung von Teamzeiten anstelle der Unterrichtsverpflichtung von Lehrkräften. Arbeit im Team wollen wir generell stärken und uns für eine Kultur des gemeinsamen Arbeitens statt des Einzelkämpfer-Daseins von Lehrer*innen einsetzen – dabei entstehen Synergien und so sparen Lehrkräfte beispielsweise durch gemeinsame Unterrichtsplanung Zeit, die sie an anderer Stelle für die Schüler*innen einsetzen können.</p> <p><u>Sollte dies der Fall sein, wollen wir diese Situation zur Qualitätsverbesserung an Berlins Schulen nutzen, zum Beispiel durch Teamzeiten und einer Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung von Lehrkräften auf 21 Unterrichtsstunden. Arbeit im Team wollen wir generell stärken und uns für eine Kultur des gemeinsamen Arbeitens statt des Einzelkämpfer-Daseins von Lehrer*innen einsetzen – dabei entstehen Synergien und so sparen Lehrkräfte beispielsweise durch gemeinsame Unterrichtsplanung Zeit, die sie an anderer Stelle für die Schüler*innen einsetzen können.</u></p>	<p>mod Ü im Anschluss an Ü L-01-223-2</p> <p>[beispielsweise durch] Teamzeiten und einer Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung. Arbeit im Team wollen wir generell stärken und uns für eine Kultur des gemeinsamen Arbeitens statt des Einzelkämpfer-Daseins von Lehrer*innen einsetzen – dabei entstehen Synergien und so sparen Lehrkräfte beispielsweise durch gemeinsame Unterrichtsplanung Zeit, die sie an anderer Stelle für die Schüler*innen einsetzen können.</p>

L-01-223-2	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 16.11.2018)	<p>Von Zeile 223 bis 224:</p> <p>mit Lehrkräften auch deutlich über 100 Prozent eintritt. Sollte dies der Fall sein, wollen <u>Dieses Potential soll in verschiedenen Bereichen genutzt werden. Natürlich muss zuerst darauf geachtet werden, dass Ausfälle vermieden werden. Die zusätzlichen Stunden könnten in vielen Klassen Doppelbesetzungen zu ermöglichen um sich intensiver um die Kinder und Jugendliche kümmern zu können. Außerdem können</u> wir diese Situation zur Qualitätsverbesserung an Berlins Schulen nutzen, zum Beispiel <u>beispielsweise</u> durch</p>	<p>mod Ü: Dieses Potential soll in verschiedenen Bereichen genutzt werden. Natürlich muss zuerst darauf geachtet werden, dass Ausfälle vermieden werden. Die zusätzlichen Stunden könnten in vielen Klassen genutzt werden, um Doppelbesetzungen zu ermöglichen, um sich intensiver um die Kinder und Jugendliche kümmern zu können. Außerdem können wir diese Situation zur Qualitätsverbesserung an Berlins Schulen nutzen, [beispielsweise durch] (weiter mit L-01-223)</p>
L-01-230	Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)	<p>Von Zeile 230 bis 235 löschen:</p> <p>Um die Ausbildung auf eine gute fachliche Grundlage zu stellen, wollen wir mit den Hochschulen Berlins in Verhandlungen treten, um den Quereinstiegsmaster noch attraktiver zu machen, zum Beispiel durch die Möglichkeiten, ihn auch in Teilzeit zu absolvieren. Generell ist uns wichtig, dass das Studium verstärkt auch moderne Unterrichtsmethoden aufgreift, die über den klassischen Frontalunterricht hinausgehen. Das gilt zum Beispiel für fächerübergreifendes Lernen oder für das Einbeziehen außerschulischer Lernorte.</p>	zurückgezogen
L-01-236	Jonas Krone (Berlin- Steglitz/Zehlendorf KV)	<p>Von Zeile 236 bis 237:</p> <p>Sowohl beim Quereinstieg als auch beim regulären Lehramtsstudium wollen wir die Inhalte diversitätssensibler und rassismuskritischer gestalten <u>im regulären Lehramtsstudium wollen wir Antidiskriminierung auf den Lehrplan bringen</u> – damit Lehrer*innen Diskriminierung</p>	<p>mod Ü: im regulären Lehramtsstudium wollen wir Antidiskriminierung stärker auf den Lehrplan bringen</p>

L-01-236-2	Bettina Jarasch und Sebastian Walter (KV Pankow / KV Tempelhof-Schöneberg)	<p>In Zeile 236 einfügen:</p> <p>Sowohl beim Quereinstieg als auch beim regulären Lehramtsstudium <u>sowie bei der Fort- und Weiterbildung</u> wollen wir die Inhalte</p>	Ü
L-01-241	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 13.11.2018)	<p>In Zeile 241:</p> <p>Lehrerzimmern vertreten – sie verstärkt durch gezielte Kampagnen anzuwerben <u>Förderungsprogramme zu unterstützen</u>, ist nicht nur</p>	mod Ü: durch gezielte Kampagnen zu werben und mit Förderungsprogrammen zu unterstützen
L-01-245	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 16.11.2018)	<p>In Zeile 245 einfügen:</p> <p>betroffenen Schüler*innen starke Partner*innen <u>und Vorbilder</u> an die Seite.</p>	Ü
L-01-245-2	Bettina Jarasch und Sebastian Walter (KV Pankow / KV Tempelhof-Schöneberg)	<p>In Zeile 245 einfügen:</p> <p>betroffenen Schüler*innen starke Partner*innen an die Seite. <u>Wir werden zudem einen besseren Diskriminierungsschutz im Berliner Schulgesetz verankern und wir wollen eine niedrigschwellige, unabhängige Beschwerdestelle einrichten. Zentral ist, dass die Schulleitungen dazu verpflichtet werden, gemeinsam mit allen Beteiligten Strategien für den Umgang mit Vielfalt und gegen Diskriminierung zu entwickeln. Für diese Aufgabe wollen wir die Schulleitungen gezielt unterstützen und auch entlasten.</u></p>	Ü

L-01-246	Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)	<p>Von Zeile 246 bis 252 löschen:</p> <p>Gutes Personal gewinnen wir vor allem durch attraktive Arbeitsbedingungen. Die Bezahlung von Lehrkräften ist im Land Berlin vergleichsweise gut, dies wollen wir aber auch für andere Berufsgruppen in Schulen wie beispielsweise für Erzieher*innen erreichen. Dass angestellte Lehrkräfte gegenüber Beamten insbesondere im Hinblick auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder die finanzielle Versorgung im Ruhestand noch deutlich schlechter gestellt sind, lässt sich jedoch nicht leugnen. Wir wollen deshalb prüfen, inwiefern diese finanziellen Nachteile für angestellte Lehrkräfte ausgeglichen werden können.</p>	<p>mod Ü: Text bleibt bestehen, der letzte Satz wird allerdings wie folgt umformuliert: Wir wollen deshalb prüfen, inwiefern diese finanziellen Nachteile zuerst für alle angestellten Fachkräfte in den Schulen und dann für alle anderen angestellte Beschäftigte im öffentlichen Dienst des Landes Berlin ausgeglichen werden können.</p>
L-01-248	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 13.11.2018)	<p>Von Zeile 248 bis 252:</p> <p>Berufsgruppen in Schulen wie beispielsweise für Erzieher*innen erreichen. Dass angestellte Lehrkräfte gegenüber Beamten insbesondere im Hinblick auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder die finanzielle Versorgung im Ruhestand noch deutlich schlechter gestellt sind, lässt sich jedoch nicht leugnen. Wir wollen deshalb prüfen, inwiefern diese finanziellen Nachteile für angestellte Lehrkräfte ausgeglichen werden können. <u>Dafür wollen wir Geld in die Hand nehmen. Verbeamtungen wollen wir weiterhin nicht.</u></p>	zurückgezogen
L-01-258	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 13.11.2018)	<p>In Zeile 258 einfügen:</p> <p>Lehrer*innen in den ersten Jahren weniger Unterrichtsverpflichtung <u>bei voller Bezahlung</u> haben – denn gerade in</p>	Ü

L-01-258-2	Meike Paula Berg (Berlin-Neukölln KV)	<p>In Zeile 258 einfügen:</p> <p>Lehrer*innen in den ersten Jahren weniger Unterrichtsverpflichtung <u>bei vollem Lohnausgleich</u> haben – denn gerade in</p>	erledigt durch L-01-258
L-01-268	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 13.11.2018)	<p>In Zeile 268 einfügen:</p> <p>den nächsten zehn Jahren insgesamt 5,5 Milliarden Euro zur Verfügung. <u>Dieses Geld reicht aber nicht aus. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass mehr Geld bereitgestellt wird.</u></p>	<p>Mod.Ü:</p> <p>Sollte dieses Geld nicht ausreichen, werden wir mehr Geld bereit stellen.</p>
L-01-268-2	Jutta Schmidt Stanojevic (Bezirksgruppe Frieke)	<p>In Zeile 268 einfügen:</p> <p>den nächsten zehn Jahren insgesamt 5,5 Milliarden Euro zur Verfügung. <u>Neben der großflächigen Sanierung von Schulen müssen die Schulen die Möglichkeit haben kleinere Baumaßnahmen wie Akustikmaßnahmen in Mensen usw. in Eigenverantwortung zu vergeben. Dazu ist es notwendig die finanziellen Mittel für den baulichen Unterhalt von Schulgebäuden, die die Schulen schon jetzt erhalten zu erhöhen und die Vergaberichtlinien zu vereinfachen und die personellen Voraussetzungen in den Vergabestellen zu schaffen.</u></p>	<p>ModÜ:</p> <p>Alles übernehmen und ersetzen "Vergabestellen" durch "Verwaltung"</p>

L-01-270	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 07.11.2018)	<p>Von Zeile 270 bis 272 einfügen:</p> <p>ein Ort des Lernens, sondern auch des Lebens. Wir wollen mehr Ganztagschulen <u>und Inklusion</u> ermöglichen – dazu müssen aber auch die Schulgebäude ein geeigneter Ort sein. Ein Ort zum Lernen und Arbeiten, aber auch zum Essen und Ausruhen; ein Ort zur Bewegung <u>und kreativen Entfaltung</u>, aber auch mit <u>reizarmen</u></p> <p>In Zeile 275 einfügen:</p> <p>offen sein. <u>Von Kinder mitgestaltete Lern- und Lebensorte zeichnen sich auch eine entsprechend positive Innenausstattung aus.</u> Diese räumliche Lernumgebung wird nicht umsonst als „Dritter Pädagoge“</p>	<p>mod Ü zusammen mit L-01-270-2: ein Ort des Lernens, sondern auch des Lebens. Wir wollen flächendeckend kostenlose Ganztagschulen und Inklusion ermöglichen – dazu müssen aber auch die Schulgebäude ein geeigneter Ort sein. Ein Ort zum Lernen und Arbeiten, aber auch zum Essen und Ausruhen; ein Ort zur Bewegung und kreativen Entfaltung, aber auch mit reizarmen</p> <p>Zeile 275 Ü</p>
L-01-270-2	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 13.11.2018)	<p>Von Zeile 270 bis 271:</p> <p>ein Ort des Lernens, sondern auch des Lebens. Wir wollen mehr fordern <u>flächendeckend kostenlose</u> Ganztagschulen ermöglichen – dazu müssen aber auch die Schulgebäude ein geeigneter Ort sein. Ein Ort zum Lernen und</p>	<p>erledigt durch mod Ü L-01-270</p>
L-01-278	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 13.11.2018)	<p>In Zeile 278 einfügen:</p> <p>ganztägigen <u>und inklusiven</u> Schulbetrieb. Die Mensen müssen darauf ausgerichtet sein, täglich für alle</p>	<p>Ü</p>

L-01-280	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 07.11.2018)	<p>In Zeile 280:</p> <p>stellen zu können. Nicht nur die Schüler*innen, auch die Lehrkräfte brauchen das <u>pädagogische Personal braucht</u> bei einem</p>	Ü
L-01-280-2	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 16.11.2018)	<p>In Zeile 280 einfügen:</p> <p>stellen zu können. <u>Möglichst alle Lebensmittel müssen regional und saisonal eingekauft werden. Außerdem soll mindestens eins der Essensangebote vegan sein. Bei Kindern mit Allergien soll die Schule Lösungen finden.</u> Nicht nur die Schüler*innen, auch die Lehrkräfte brauchen bei einem</p>	mod Ü: Wir wollen, dass mehr Lebensmittel regional und saisonal eingekauft werden und es täglich auch vegetarische und vegane Essensangebote gibt, sowie für Schüler*innen mit Allergien und Unverträglichkeiten individuelle Lösungen gefunden werden.
L-01-281	Stefan Ziller (KV Marzahn-Hellersdorf)	<p>In Zeile 281 einfügen:</p> <p>Ganztagesbetrieb mehr Rückzugsraum. <u>Aber auch sichere Schulwege müssen bei neu entstehenden Schulen von Beginn an mitgedacht werden. Es kann nicht sein, dass durch Abstimmungsprobleme zwischen Bezirken und Verkehrslenkung Berlin Kinder unnötigen Gefahren ausgeliefert werden.</u></p>	Ü
L-01-285	Taylan Kurt (KV Mitte)	<p>In Zeile 285:</p> <p>Ideenwettbewerbe. Wir <u>Neue Schulstandorte sollen dabei nicht vorhandene soziale Infrastruktur in den Bezirken verdrängen. Ist dies aufgrund der Flächenknappheit und gesetzlicher Regelungen zur fußläufigen Erreichbarkeit von Schulen unvermeidbar, fordern wir adäquate Ersatzflächen für die von der Verdrängung betroffene soziale Infrastruktur im Sozialraum. Dafür</u> suchen <u>wir</u> die besten, kreativsten Lösungen mit den höchsten ökologischen</p>	Ü

L-01-288	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 16.11.2018)	<p>Von Zeile 288 bis 289:</p> <p>Photovoltaik, intelligenter Leittechnik, mit Fassadenbegrünung und Schulgarten. <u>Dabei Bei allen Neubauten soll darauf geachtet werden, dass diskriminierende Praxen nicht von der Architektur der Schulgebäude reproduziert werden. So sollen genderneutrale Toiletten gebaut werden. Wir sprechen uns hier für abgeschlossene Einzelkabinen mit kleinem Waschbecken aus. Im Schulbetrieb soll darauf geachtet werden, dass mindestens ein Toilettenraum weiterhin ein Schutzraum für Mädchen/ Frauen*, inter- und trans Kinder bleibt. Wenn Umkleiden gebaut werden ist diese Komponente mitzudenken. Wir wollen wir nach Hamburger Vorbild Schulen bauen, die dem gesamten Kiez offen stehen. Nicht nur die</u></p>	<p>mod Ü: Bei allen Neubauten soll darauf geachtet werden, dass diskriminierende Praktiken nicht von der Architektur der Schulgebäude reproduziert werden. Dies ist insbesondere bei Toiletten und Umkleideräumen zu beachten. Wir erwarten, dass die Senatsverwaltung hierzu ein Konzept vorlegt. Wir wollen nach Hamburger Vorbild...</p>
L-01-295	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 07.11.2018)	<p>In Zeile 295 einfügen:</p> <p>Entwicklung teilhaben und Schulbauten immer mit Beteiligungsverfahren durchgeführt werden. <u>Neubauten, Erweiterungen und auch zu sanierende Schulen wollen wir barrierefrei gestalten.</u></p>	<p>mod Ü nach L01-301: "Neubauten und Erweiterungen müssen barrierefrei gestaltet werden."</p>
L-01-295-2	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 16.11.2018)	<p>In Zeile 295 einfügen:</p> <p>Entwicklung teilhaben und Schulbauten immer mit Beteiligungsverfahren durchgeführt werden. <u>Es ist notwendig, die Mehrfachnutzung der Schulräume von Anfang an im Zuge der Schulsanierung und des Schulneubaus konzeptionell mitberücksichtigen.</u></p>	<p>Ü</p>

L-01-301	Jonas Krone (Berlin- Steglitz/Zehlendorf KV)	<p>In Zeile 301 einfügen:</p> <p>Sanierungen sowie den baulichen Unterhalt der Schulen verantwortlich.</p> <p><u>Wir finden es skandalös, dass gerade Schulen als öffentliche Gebäude viel zu häufig nicht barrierefrei sind und behinderte Schüler*innen so grundsätzlich ausgeschlossen werden. Im Zuge der großen Sanierungspläne muss Berlin hier tätig werden und die Bezirke beim Abbau von Barrieren aktiv und finanziell unterstützen.</u></p>	Übernahme mit "Schüler*innen mit Behinderung"
L-01-317	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 07.11.2018)	<p>In Zeile 317:</p> <p>Mehr Qualität Ganztag und mehr Chancengerechtigkeit müssen Hand in Hand gehen</p>	<p>modÜ</p> <p>"Qualität und Chancengerechtigkeit brauchen guten Ganztag"</p>

L-01-318	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 07.11.2018)	<p>Von Zeile 318 bis 321:</p> <p>Wir wollen, dass alle Kinder bestmögliche Lernbedingungen haben. Das geht am besten in Ganztagschulen und mit einer engen Verzahnung von Schule und Jugendhilfe. Dazu braucht es mehr gutes Personal, bessere Arbeitsbedingungen für pädagogische Fachkräfte, einen besseren Zustand der Gebäude und eine gute sozio-kulturelle Mischung der Kinder in den Schulen. Eine gute Ganztagschule zeichnet sich nicht nur durch einen guten Unterricht aus. Lernen in einer Ganztagschule eröffnet den Schülerinnen und Schülern viele Möglichkeiten für unterschiedliche Lern- und Lebenserfahrungen, die über den täglichen Unterricht hinausgehen. Dabei werden insbesondere die emotionalen, sozialen und kognitiven Kompetenzen der Kinder gefördert und gestärkt. Wir unterstützen das Berliner Bündnis für Qualität im Ganztag und werden seine Forderung unterstützen, dass der Personalschlüssel schrittweise von derzeit 1:22 auf 1:15 (ein*e Erzieher*in für 15 Schüler*innen) verbessert wird. Die Personalausstattung ist auch hier von sehr großer Bedeutung. Nur mit einer guten Ausstattung kann auf die Bedürfnisse und Bedarfe der Schüler*innen gut eingegangen werden. Lernen gelingt umso besser, wenn die Beziehungsebenen zwischen den Kindern und Jugendlichen sowie den Erwachsenen in der Ganztagschule stimmen. Dazu bedarf es ein mehr an Wahlmöglichkeiten für die Schüler*innen.</p> <p><u>Die ergänzende Förderung und Betreuung ist kein Aufbewahrungsort für Kinder, sondern muss als Lern- und Aufenthaltsort für die Schüler*innen weiter an Attraktivität gewinnen. Eine ganztägig lernende Schule setzt neue Maßstäbe, die es zu verwirklichen gilt. Insbesondere die Öffnung des Nachmittagsmoduls für alle Schüler*innen an der Grundschule bietet eine Chance, den Berliner Ganztag nochmal neu zu formieren. Wir wollen den Ganztag qualitativ weiterentwickeln und gemeinsam mit allen Beteiligten Standards entwickeln, wie der Ganztag noch besser gelingen kann, um diese im Rahmen von kooperativer Schulentwicklung zu verwirklichen. Hier ist die Schulaufsicht vor Ort ebenso gefordert wie die Schulleitungen, das Schulpersonal, die freien Träger der Jugendhilfe sowie die Eltern und insbesondere die Schüler*innen. Denn der Ganztag an Schulen ist mehr als eine staatlich finanzierte Nachmittagsbetreuung. Um Schulen bei der Ganztagsentwicklung besser zu unterstützen bildet der Ausbau der Serviceagentur „ganztägig lernen“ eine wichtige</u></p>	<p>mod Ü Wir wollen, dass alle Kinder bestmögliche Lernbedingungen haben. Grüne Schulpolitik setzt auch auf Ganztagschulen mit einem gut rhythmisierten Schultag und mehr Wahlmöglichkeiten der Schüler*innen. Lernen in einer Ganztagschule setzt neue Maßstäbe und eröffnet den Schüler*innen viele Möglichkeiten für vielfältige Lern- und Lebenserfahrungen, die über täglich guten Unterricht hinausgehen. Dabei werden insbesondere die emotionalen, sozialen und kognitiven Kompetenzen der Kinder gefördert und gestärkt. Qualitätsentwicklung im Ganztag und die Entwicklung von Schulqualität gehören zusammen, deshalb müssen verbindliche Qualitätsstandards für die Berliner Schulen entwickelt werden. Um Schulen bei der Ganztagsentwicklung besser zu unterstützen, bildet der Ausbau der Serviceagentur „ganztägig lernen“ eine wichtige Stütze.</p> <p>Die räumliche Situation ist an den Berliner Schulen dafür erheblich zu verbessern. Es muss uns in einem mehrjährigen Prozess gelingen, dass neben den Klassenräumen weitere Flächen für den Ganztag zur Verfügung stehen. 3 m² je Schüler*in pädagogischer Fläche ist für uns dabei eine Richtschnur.</p> <p>Insbesondere die Öffnung des Nachmittagsmoduls für alle Schüler*innen an der Grundschule bietet eine Chance, die Standards im Berliner Ganztag im Rahmen von kooperativer Schulentwicklung qualitativ weiterzuentwickeln. Hier ist die Schulaufsicht vor Ort ebenso gefordert wie die Schulleitungen, das Schulpersonal, die freien Träger der Jugendhilfe sowie die Eltern und insbesondere die Schüler*innen.</p> <p>Es braucht mehr gutes Personal sowie bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung für pädagogische Fachkräfte. Wir unterstützen auch hier das Berliner Bündnis für Qualität im Ganztag in seiner Forderung, den Personalschlüssel schrittweise von derzeit 1:22 auf 1:15 (ein*e Erzieher*in für 15 Schüler*innen) zu verbessern.</p> <p>Die Kostenbeteiligung bei der ergänzenden Förderung und Betreuung sollte sozialgerechter gestaltet werden. Anstelle der völligen Beitragsfreiheit wollen wir eine vollständige Entlastung der Familien mit Transferbezug und eine gerechtere</p>
----------	---	---	--

L-01-318-2	Dirk Jordan u. a. (LAG Bildung)	Von Zeile 318 bis 323: <p>Wir wollen, dass alle Kinder bestmögliche Lernbedingungen haben. Das geht am besten in Ganztagschulen und mit einer engen Verzahnung von Schule und Jugendhilfe. Dazu braucht es mehr gutes Personal, bessere Arbeitsbedingungen für pädagogische Fachkräfte, einen besseren Zustand der Gebäude und eine gute sozio-kulturelle Mischung der Kinder in den Schulen. Unser Ziel sind vielfältige Gemeinschaftsschulen, unsere Maßnahmen knüpfen aber direkt am aktuellen Schulsystem an, sodass wir zügig zu Verbesserungen kommen können.</p> <p><u>Wir wollen, dass alle Kinder bestmögliche Lernbedingungen haben. Grüne Schulpolitik setzt auch auf Ganztagschulen mit einem gut rhythmisierten Schultag und einem hohen Anspruch. Allein die längere Anwesenheit in der Schule bewirkt wenig, wie alle entsprechenden Studien belegen, es kommt auf die Qualität der Ganztagsangebote an. Dazu gehört dann auch, das gemeinsame Mittagessen ohne Hetze und Lärm. Qualitätsentwicklung im Ganztage und die Entwicklung von Schulqualität gehören zusammen, deshalb müssen verbindliche Qualitätsstandards für die Berliner Schulen entwickelt werden. Außerdem braucht es mehr gutes Personal und bessere Arbeitsbedingungen und der Bezahlung für pädagogische Fachkräfte.</u></p>	erledigt durch mod Ü L-01-318
------------	------------------------------------	--	-------------------------------

L-01-325	Stefan Ziller (KV Marzahn-Hellersdorf)	<p>In Zeile 325:</p> <p>Für unsunsere <u>Qualitätsoffensive Grundschule</u> sind beim Blick auf die Grundschulen drei Dinge zentral: Kurze Beine, kurze Wege –</p> <p>In Zeile 333 einfügen:</p> <p>konzentrieren können. <u>In allen Schulen im Bonus-Programm müssen mindestens zwei Erwachsene im Unterricht dabei sein – es muss aber nicht immer eine zweiter Lehrer*in pro Klasse sein. Auch Förderlehrer*innen, Logopäd*innen, Therapeut*innen, Heilpädagog*innen und Psycholog*innen können die nötigen Kompetenzen mitbringen.</u> Drittens wollen wir, dass Kinder aus ganz unterschiedlichen Familien</p>	Ü
L-01-326	AG KInder, Jugend und Familie (beschlossen am: 07.11.2018)	<p>In Zeile 326 einfügen:</p> <p>die Schulen müssen fußläufig <u>und sicher</u> für Kinder zu erreichen sein. Gute Qualität in allen Schulen –</p> <p>In Zeile 331:</p> <p>Vor allem da, wo Grundschulen besonders viele Kinder aus segenannten-<u>bildungsfernenarmen</u></p> <p>In Zeile 334 einfügen:</p> <p>in der Grundschule zusammen kommen. <u>Gelingende Übergänge von der Kita zur Grundschule sind hier besonders wichtig.</u> Darum wollen wir bei der Festlegung der</p>	<p>ModÜ:</p> <p>Ü 326</p> <p>ModÜ 331: viele Kinder, die Unterstützung brauchen, ...</p> <p>Ü 334</p>

L-01-336	Dirk Jordanu.a. (Berlin-Kreisfrei KV)	<p>Von Zeile 336 bis 342:</p> <p>Sozialstrukturdaten verwenden und Einschulungsbereiche so schneiden, dass die sozio-kulturelle Mischung an den Schulen möglichst ausgeglichen ist. Dabei achten wir darauf, dass Geschwisterkinder durch Änderungen bei den Einschulungsgebieten nicht auf getrennte Schulen gehen müssen. Gerade bei den Grundstufen der Gemeinschaftsschulen wollen wir die soziale Zusammensetzung möglichst ausgewogen gestalten, ohne zu vernachlässigen, dass Grundschulen fußläufig erreichbar sein müssen. Das gilt insbesondere für das Drittel der Schüler*innen, das sich die Schule selbst aussuchen kann. <u>verändern, dass die soziokulturelle Mischung an den Schulen möglichst ausgeglichen ist. Dabei achten wir darauf, dass Geschwisterkinder durch Änderungen bei den Einschulungsgebieten nicht auf getrennte Schulen gehen müssen und dass alle Grundschulen und Grundstufen integrierter Schulen fußläufig erreichbar sind.</u></p>	Ü
L-01-337	Vito Dabisch u.a. (LAG Bildung)	<p>In Zeile 337 einfügen:</p> <p>kulturelle Mischung an den Schulen möglichst ausgeglichen ist.<u>Dazu möchten wir erreichen, dass mehr Kinder die Schule besuchen, in deren Einschulungsbereich sie wohnen. Wenn nötig, soll es Bezirken möglich sein, Einschulungsbereiche festzulegen, die nicht geografisch zusammenhängen.</u> Dabei achten wir darauf, dass</p>	ModÜ: Übernahme erster Satz

<p>L-01-342</p>	<p>Katharina Koufen (Berlin-Pankow KV)</p>	<p>Neuer Titel: Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen von klein an für die Kinder dieser Stadt</p> <p>In Zeile 342 einfügen:</p> <p>das sich die Schule selbst aussuchen kann.</p> <p><u>Und weil wir wollen, dass unterschiedliche Kinder in den Grundschulen zusammen kommen, möchten wir auch für alle von Anfang gerechte Startchancen garantieren. Das heißt vor allem für Kinder, deren Eltern zuhause kein Deutsch sprechen und die keine Kita besuchen, dass sie rechtzeitig vor Schulstart die Chance haben müssen, die Bildungssprache deutsch zu erlernen. Dies ist eigentlich im Berliner Schulgesetz (§55) auch so vorgesehen: Eineinhalb Jahre vor der Einschulung werden die Kinder, die zuhause betreut werden, zur sogenannten "Sprachstandsfeststellung" eingeladen. Zeigt sich ein Förderbedarf, sind die Eltern verpflichtet, ihr Kind für die verbleibenden eineinhalb Jahre in einer Kita anzumelden, wo es Sprachförderung erhält. In der Praxis funktioniert dies allerdings in den allerwenigsten Fällen. Viele Eltern erscheinen nicht zum Test oder melden ihr Kind trotz Aufforderung nicht zur Sprachförderung an (in Berlin-Mitte z.B. folgten weniger als 20 Prozent der Aufforderung). Für die Kinder bedeutet das, von Anfang an in ihren Bildungschancen benachteiligt zu werden. Wir Grünen wollen daher die Verbindlichkeit der vorschulischen Sprachförderung erhöhen, indem wir dem Beispiel Hamburgs folgen: Dort greift bei Kindern mit erheblichem Sprachförderbedarf die vorgezogene Schulpflicht. Und das Modell Hamburg zeigt bereits Wirkung: in den letzten IQB-Ländervergleichen von Oktober 2017 war Hamburg das einzige Bundesland, bei dessen Grundschulkindern sich die Lese- und Schreibkompetenzen verbessert hatten.</u></p>	<p>mod Ü: Weil wir für alle von Anfang gerechte Startchancen wollen, gilt es für Kinder, die zuhause kein Deutsch sprechen und die keine Kita besuchen, dass sie rechtzeitig vor Schulstart die Chance haben müssen, Deutsch zu lernen. Was im Schulgesetz mit der sogenannten "Sprachstandsfeststellung" und anschließend bei Bedarf mit verpflichtender Sprachförderung in der Kita vorgesehen ist, funktioniert in der Praxis in vielen Fällen nicht. Viele Eltern erscheinen nicht zum Test oder melden ihr Kind trotz Aufforderung nicht zur Sprachförderung an. Für die Kinder bedeutet das, von Anfang an in ihren Bildungschancen benachteiligt zu werden. Wir wollen deshalb, dass entsprechende zielgenaue Angebote ausgeweitet werden und drängen darauf, dass das Schulgesetz in Zusammenarbeit mit Jugendämtern und Schülern tatsächlich durchgesetzt wird.</p>
<p>L-01-342-2</p>	<p>Klemens Grieschop (Berlin-Pankow KV)</p>	<p>In Zeile 342 einfügen:</p> <p>das sich die Schule selbst aussuchen kann.</p> <p><u>Notwendig ist die Einstellung von rumänisch und arabisch sprachigen Dolmetscher*innen sowie Sozialarbeiter*innen als Kontaktvermittler*innen zwischen Schule und Elternhaus, die von den Willkommenslehrer*innen in Anspruch genommen werden können, um die Sprachbarrieren zu überwinden.</u></p>	<p>mod. Ü.: füge ein in Z. 342 nach ", das sich die Schule aussuchen kann": ", dafür braucht es auch Dolmetscher*innen etc."</p>

L-01-345	Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)	<p>In Zeile 345 löschen:</p> <p>weiterführende Schule – in Berlin entweder ein Gymnasium, eine so-genannte „Integrierte</p>	Ü
L-01-347	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 07.11.2018)	<p>In Zeile 347:</p> <p>zunehmend zu einem Nervenkrigeiner Belastung für die Schüler*innen und ihre Eltern Familien, weil der Übergang auf</p> <p>In Zeile 351:</p> <p>bildungsferneren bildungsferneren Familien kommen. Diese Entwicklung sorgt bei vielen Eltern für Angst und</p>	Ü 347
L-01-349	Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)	<p>In Zeile 349:</p> <p>dass selbst mit einem Schnitt von 1,3 sehr guten Notendurchschnitt der Übergang auf die Wunschschule nicht mehr sicher</p>	Ü
L-01-350	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 16.11.2018)	<p>In Zeile 350 einfügen:</p> <p>ist. <u>Weiterhin zeigen Bildungsstudien, dass Schüler*innen mit Diskriminierungserfahrungen den Schulwechsel als besonders belastend erleben, da sie sich erneuten Stereotypisierungen ausgesetzt fühlen.</u> An anderen Schulen kommen viele Kinder mit schlechteren Noten zusammen, die häufig aus</p>	Ü, aber in Zeile 351 nach "kommen."

L-01-351	Robin Völker (Berlin-Neukölln KV)	<p>In Zeile 351 einfügen:</p> <p>bildungsferneren Familien kommen. <u>Derzeit beobachten wir die Folgen eines entfesselten Schulmarktes.</u> Diese Entwicklung sorgt bei vielen Eltern für Angst und</p>	zurückgezogen
L-01-353	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 16.11.2018)	<p>Von Zeile 353 bis 355:</p> <p>Diese Situation wollen wir nicht länger hinnehmen. Wir wollen das Elternwahlrecht stärken, indem wir allen Kindern gleichermaßen ermöglichen, eine Wunschschule zu besuchen. Dies ist momentan <u>Die Wunschschule zu besuchen ist</u> viel zu häufig nur den Kindern möglich, die einen guten bis sehr guten Notenschnitt</p>	ModÜ: Wir wollen allen Kindern gemeinsam mit ihren Eltern gleichermaßen ermöglichen, sich die Wunschschule auszuwählen. Dies ist momentan ...
L-01-358	Dirk Jordanu.a. (Berlin-Kreisfrei KV)	<p>Von Zeile 358 bis 361:</p> <p>Deshalb wollen wir bei Übernachfrage an weiterführenden Schulen die Schulen motivieren, neben Geschwisterkindern und Härtefällen sowie Kindern, die in einer Gemeinschaftsschule aus der eigenen Unterstufe kommen, die Aufnahme der Kinder stärker anhand ihres Profils und einer guten sozialen Mischung festzumachen. <u>erreichen, dass neben Geschwisterkindern und Härtefällen sowie Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf weitere 50 Prozent der Plätze im Losverfahren vergeben werden – wenn Schulen einen höheren Anteil lösen wollen, auch mehr. Wegen der weitreichenden Konsequenzen dieses Vorschlags, wollen wir sie in einem öffentlichen Verfahren mit allen Beteiligten erörtern und fordern die Senatsverwaltung auf, die Details für eine rechtssichere Umsetzung dieses Vorschlags dafür auszuarbeiten. Unabhängig davon bleibt es dabei, dass Kinder, die in einer Gemeinschaftsschule oder ISS aus der eigenen Unterstufe kommen, zuerst aufgenommen werden und nur die dann noch freien Plätze zu 50% verlost werden.</u></p>	ModÜ: Deshalb wollen wir bei Übernachfrage an weiterführenden Schulen die Schulen motivieren, neben Geschwisterkindern, Härtefällen und Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf sowie Kindern, die in einer Gemeinschaftsschule oder Grundstufe einer ISS aus der eigenen Unterstufe kommen, die Aufnahme der Kinder stärker anhand ihres Profils und einer guten sozialen Mischung festzumachen. Weitere 50... (...) ... Chancen haben. Wir fordern die Senatsverwaltung auf, die Details für eine rechtssichere Umsetzung dieses Vorschlags auszuarbeiten. Aufgrund der weit reichenden Konsequenzen dieses Vorschlags wollen wir in einem öffentlichen Verfahren alle Beteiligten informieren und das neue Verfahren erklären. Nach 5 Jahren soll überprüft werden, ob dadurch das Ziel einer besseren sozialen Durchmischung erreicht worden ist.

L-01-358-2	Robin Völker (Berlin-Neukölln KV)	<p>In Zeile 358:</p> <p>Deshalb wollen wir<u>sollen</u> bei Übernachtung an weiterführenden Schulen die Schulen motivieren,</p>	erledigt durch mod Ü L-01-358
L-01-358-3	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 16.11.2018)	<p>Von Zeile 358 bis 361:</p> <p>Deshalb wollen wir bei Übernachtung an weiterführenden Schulen die Schulen motivieren, neben Geschwisterkindern und Härtefällen sowie Kindern, die in einer Gemeinschaftsschule aus der eigenen Unterstufe kommen, die Aufnahme der Kinder stärker anhand ihres Profils und einer guten sozialen Mischung festzumachen.</p> <p><u>Deshalb wollen wir staatliche Schulen, ähnlich wie private Schulen dazu verpflichten für eine soziale Durchmischung zu sorgen, die die des Bezirkes widerspiegelt. Dabei sollen Geschwisterkinder, Härtefälle und Kinder, die in einer Gemeinschaftsschule aus der Unterstufe kommen, vorrangig berücksichtigt werden. Der Senat kann die Schulen dabei unterstützen, indem ein einheitliches, flächendeckendes Vergabeverfahren ausgearbeitet wird, das die oben genannten Aspekte zum Kern hat.</u></p>	erledigt durch mod Ü L-01-358
L-01-362	Vito Dabisch u.a. (LAG Bildung)	<p>Von Zeile 362 bis 363:</p> <p>Weitere 50<u>75</u> Prozent der Plätze sollen dann im <u>rechtssicheren</u> Losverfahren vergeben werden – wenn Schulen einen höheren Anteil losen wollen, auch mehr. <u>Wir wählen dieses Verfahren auch aufgrund seiner Rechtssicherheit.</u> So stellen wir sicher, dass alle Kinder die</p>	erledigt durch mod Ü L-01-358

L-01-362-2	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 16.11.2018)	<p>Von Zeile 362 bis 365 löschen:</p> <p>Weitere 50 Prozent der Plätze sollen dann im Losverfahren vergeben werden— wenn Schulen einen höheren Anteil lösen wollen, auch mehr. So stellen wir sicher, dass alle Kinder die gleichen Chancen haben. Wir fordern die Senatsverwaltung auf, die Details eines entsprechenden Konzeptes auszuarbeiten.</p>	erledigt durch mod Ü L-01-358
L-01-374	Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)	<p>Von Zeile 374 bis 376:</p> <p>Die ohnehin schon unverbindlichen Förderprognosen <u>Förderprognose</u> am Ende der Grundschule wollen wir durch die eine verpflichtende Schullaufbahnberatung ersetzen; <u>Schullaufberatungergänzen</u>, bei der alle möglichen Abschlüsse und Laufbahnen inklusive der beruflichen späteren beruflichen Bildung vermittelt werden sollen. <u>Es ist an der Zeit, deutlich zu machen, dass das Abitur nicht zwangsläufig für alle Schüler*innen der richtige Weg ist.</u></p>	<p>mod Ü:</p> <p>erster Teil: Die Förderprognose am Ende der Grundschule wollen wir durch die verpflichtende Schullaufbahnberatung auf Grundlage einer schriftlichen Einschätzung ersetzen, bei der alle möglichen Abschlüsse und Laufbahnen inklusive der späteren beruflichen Bildung vermittelt werden sollen. Es ist an der Zeit, deutlich zu machen, dass das Abitur nicht zwangsläufig für alle Schüler*innen der richtige Weg ist und andere Abschlüsse auch gute, ggf sogar bessere Startchancen ins Berufsleben bieten.</p>
L-01-375	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 07.11.2018)	<p>In Zeile 375 einfügen:</p> <p>die verpflichtende Schullaufbahnberatung ersetzen, bei der <u>individuell, diskriminierungsfrei und kultursensibel</u> alle möglichen Abschlüsse und</p>	Ü

L-01-378	Robin Völker (Berlin-Neukölln KV)	<p>Von Zeile 378 bis 382:</p> <p>Ist der Übergang geschafft, beginnt die Zeit in einer der weiterführenden Schulen. Unsere Berliner Schullandschaft steht auf zwei gleichwertigen Säulen. Die eine Säule besteht aus integrierten Schulformen: das sind Grundschulen, Gemeinschaftsschulen, Integrierte Sekundarschulen und berufliche Schulen. Die andere Säule ist das allgemeinbildende Gymnasium.</p> <p><u>Ist der Übergang geschafft, beginnt die Zeit in einer der weiterführenden Schulen. Hier stehen den Berliner Schüler*innen die folgenden Schulformen zur Verfügung: Integrierte Sekundarschulen, berufliche Schulen, Gymnasien und Gemeinschaftsschulen.</u></p>	<p>ModÜ: Ist der Übergang geschafft, beginnt die Zeit in einer der weiterführenden Schulen. Unsere Berliner Schullandschaft ermöglicht zwei Wege zu den gleichen Schulabschlüssen: Der eine Weg führt über die integrierten Schulformen: Integrierte Sekundarschulen, berufliche Schulen und Gemeinschaftsschulen. Der andere Weg führt über das allgemeinbildende Gymnasium.</p>
----------	---	---	---

L-01-382	Dirk Jordanu.a. (Berlin-Kreisfrei KV)	<p>Von Zeile 382 bis 386:</p> <p><u>Unter diesen drei allgemeinbildenden Oberschulformen enthält u.E. die Gemeinschaftsschule die meisten Potenziale, Schule von den Kindern und Jugendlichen her zu denken. Durch die konsequente Binnendifferenzierung sind die Gemeinschaftsschulen näher an individualisierten Lernformen als andere Schulen. Um die Möglichkeit zu schaffen, noch individueller auf jedes Kind eingehen zu können, wollen wir, dass Gemeinschaftsschulen auch nach der 8. Klasse von der Bewertung mittels Ziffernnoten abweichen können. Die Sekundarschulverordnung sollte entsprechend verändert werden. Gemeinschaftsschulen zeigen wie erfolgreich der Gedanke des längeren gemeinsamen Lernens sein kann, aber auch wie anspruchsvoll diese Arbeit ist. Darum wollen wir die bestehenden Gemeinschaftsschulen darin unterstützen, noch besser zu werden und gleichzeitig daran arbeiten, dass noch mehr Gemeinschaftsschulen in Berlin entstehen. Da auch der Erfolg einer Gemeinschaftsschule mit dem Engagement und der Kompetenz des Kollegiums steht und fällt, wollen wir, dass die Senatsschulverwaltung zusammen mit der GEW eine umfassende Werbe- und Fortbildungskampagne starten, um für neue Gemeinschaftsschulen zusätzliche Lehrkräfte zu gewinnen.</u></p> <p>Wir begrüßen es, dass mit der Neufassung des Schulgesetzes die Gemeinschaftsschule als Regelschule festgeschrieben wird – dafür haben wir lange gekämpft. Damit haben alle Schulformen eine rechtlich gesicherte Basis, von der aus wir die Berliner Schulen weiter entwickeln wollen, damit an allen Schulen bessere Qualität möglich wird. <u>Wir wollen, dass alle Gemeinschaftsschulen und Integrierten Sekundarschulen Wege zu allen Abschlüssen ermöglichen, gegebenenfalls auch durch Kooperationen. Außerdem wollen wir beim Neubau von Schulen darauf achten, dass künftig – wie im Koalitionsvertrag bereits verankert – vor allem Gemeinschaftsschulen, also Campuslösungen, geplant werden. Hierauf werden wir bei der Planung in den Bezirken achten. Wir verkennen aber auch nicht, dass es auch unter den Gemeinschaftsschulen große Unterschiede gibt. Gute Schule muss in jedem Einzelfall, an jedem Standort immer wieder von neuem erarbeitet werden. Zahlreiche integrierte Schulen benötigten auch künftig verlässliche Unterstützung, um ihren Schulentwicklungsprozess</u></p>	<p>ModÜ - Abstimmung Gemeinschaftsschulen II</p> <p>Unter den allgemeinbildenden Oberschulformen hat die Gemeinschaftsschule die meisten Potenziale, Schule von den Kindern und Jugendlichen her zu denken. Durch die konsequente Binnendifferenzierung sind die Gemeinschaftsschulen näher an individualisierten Lernformen als andere Schulen. Um die Möglichkeit zu schaffen, noch individueller auf jedes Kind eingehen zu können, wollen wir, dass Gemeinschaftsschulen auch nach der 8. Klasse von der Bewertung mittels Ziffernnoten abweichen können. Die Sekundarschulverordnung sollte entsprechend verändert werden. Gemeinschaftsschulen zeigen wie erfolgreich der Gedanke des längeren gemeinsamen Lernens sein kann, aber auch wie anspruchsvoll diese Arbeit ist. Darum wollen wir die bestehenden Gemeinschaftsschulen darin unterstützen, noch besser zu werden und gleichzeitig daran arbeiten, dass noch mehr Gemeinschaftsschulen in Berlin entstehen. Da auch der Erfolg einer Gemeinschaftsschule mit dem Engagement und der Kompetenz des Kollegiums steht und fällt, wollen wir, dass die Senatsschulverwaltung zusammen mit der GEW eine umfassende Werbe- und Fortbildungskampagne startet, um für neue Gemeinschaftsschulen zusätzliche Lehrkräfte zu gewinnen. Wir begrüßen es, dass mit der Neufassung des Schulgesetzes die Gemeinschaftsschule als Regelschule festgeschrieben wird – dafür haben wir lange gekämpft. Damit haben alle Schulformen eine rechtlich gesicherte Basis, von der aus wir die Berliner Schulen weiter entwickeln wollen, damit an allen Schulen bessere Qualität möglich wird. Wir wollen, dass alle Gemeinschaftsschulen und Integrierten Sekundarschulen Wege zu allen Abschlüssen ermöglichen, das bedeutet auch, diesen Schulen eine eigene Oberstufe zu ermöglichen, wenn dies gewünscht ist oder gegebenenfalls auch durch Kooperationen den Weg zum Abitur frei zu machen. Außerdem wollen wir beim Neubau von Schulen darauf achten, dass künftig – wie im Koalitionsvertrag bereits verankert – vor allem Gemeinschaftsschulen oder Campuslösungen geplant werden. Hierauf werden wir bei der Planung in den Bezirken achten. ISSen und Gymnasien wollen wir ermöglichen, sich auch ohne Grundstufe in Gemeinschaftsoberschulen weiterzuentwickeln. Um die Weiterentwicklung von Gemeinschaftsschulen zu fördern, wollen wir ein Qualitätsprogramm Gemeinschaftsschule auflegen, damit alle Gemeinschaftsschulen allen</p>
----------	---	--	--

L-01-387	Dirk Jordanu.a. (Berlin-Kreisfrei KV)	<p>Von Zeile 387 bis 394 löschen:</p> <p>Wir sind der Überzeugung: Wenn Schüler*innen länger gemeinsam lernen und der Weg zu allen Bildungsabschlüssen möglichst lange offen gehalten wird, trägt das zu guter individueller Förderung bei. Gemeinschaftsschulen sind deshalb aus Sicht von Bündnis 90/Die Grünen die Schulform der Zukunft. Sie leben den Gedanken des längeren gemeinsamen Lernens am erfolgreichsten. Wir werden Eltern diesen Weg aber weiterhin nicht vorschreiben, sondern setzen darauf, durch positive Anreize, Ermöglichen und Unterstützen neuer und bestehender Gemeinschaftsschulen, mehr Menschen von diesem Konzept zu überzeugen. Gleichzeitig richten wir unsere Politik darauf aus, längeres gemeinsames Lernen für alle Kinder zu erreichen.</p>	erledigt durch ModÜ L-01-382
L-01-391	Meike Paula Berg (Berlin-Neukölln KV)	<p>In Zeile 391 einfügen:</p> <p>erfolgreichsten. <u>Während Integrierte Sekundarschulen Schulkinder noch in Niveaustufen einteilen können, lernen Schüler*innen an Gemeinschaftsschulen wirklich integriert, gemeinsam und voneinander.</u> Wir werden Eltern diesen Weg aber weiterhin nicht vorschreiben, sondern</p>	erledigt durch ModÜ L-01-382
L-01-391-2	Meike Paula Berg (Berlin-Neukölln KV)	<p>Von Zeile 391 bis 393:</p> <p>erfolgreichsten. Wir werden Eltern diesen Weg aber weiterhin nicht vorschreiben, sondern setzen darauf, durch positive Anreize, Ermöglichen und Unterstützen neuer und bestehender Gemeinschaftsschulen, mehr Menschen von diesem Konzept zu überzeugen. Gleichzeitig<u>Daher</u> richten</p>	erledigt durch ModÜ L-01-382

L-01-391-3	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 16.11.2018)	<p>Von Zeile 391 bis 394:</p> <p>erfolgreichsten. Wir werden Eltern diesen Weg aber weiterhin nicht vorschreiben, sondern setzen darauf, durch positive Anreize, Ermöglichen und Unterstützen neuer und bestehender Gemeinschaftsschulen, mehr Menschen von diesem Konzept zu überzeugen. Gleichzeitig richten wir unsere Politik darauf aus, längeres gemeinsames Lernen für alle Kinder zu erreichen. Ein solcher Übergang muss gut gepöant und wohl überlegt sein. Wir möchten viele Menschen mitnehmen und hoffen durch eine Stärkung der Gemeinschaftsschulen positive Beispiele und Anreize zu setzen. Mittelfristig brauchen wir aber eine grundlegende Reform des Schulsystems, um Grundschulen, Gymnasien und ISS ebenfalls in Gemeinschaftsschulen umzuwandeln. Wir möchten prüfen, welche Schritte dafür nötig sind, welche Nebenwirkungen diese Reform haben könnte und wie diese abgedeckt werden können. Außerdem soll geprüft werden, welche anderen Reformen notwendig sind und gemeinsam in Angriff genommen werden können. Wir möchten diese Reformen gut planen und vorbereiten, um sie dann bestmöglich umzusetzen. Dabei möchten wir mit anderen Parteien und Akteur*innen im Bildungsbereich im Dialog zu sein. Bis dahin:</p>	erledigt durch ModÜ L-01-382
------------	---	--	------------------------------

L-01-395	Dirk Jordanu.a. (Berlin-Kreisfrei KV)	<p>Von Zeile 395 bis 412 löschen:</p> <p>Wir wollen die bestehenden Gemeinschaftsschulen darin unterstützen, noch besser zu werden und gleichzeitig daran arbeiten, dass noch mehr Gemeinschaftsschulen in Berlin entstehen. Wir wollen, dass alle Gemeinschaftsschulen Wege zu allen Abschlüssen ermöglichen, gegebenenfalls auch durch Kooperationen. Dies gilt auch für ISSen, die bereit sind, sich zu einer Gemeinschaftsschule weiterzuentwickeln. ISSen und Gymnasien wollen wir ermöglichen, sich auch ohne Grundstufe in Gemeinschaftsoberschulen weiterzuentwickeln. Um die Weiterentwicklung von Gemeinschaftsschulen zu fördern, wollen wir in Qualitätsprogramm Gemeinschaftsschule auflegen, damit alle Gemeinschaftsschulen allen Schüler*innen optimale Lernbedingungen bieten können. Der Bedarf an gezielter Unterstützung beginnt mit der Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule, z.B. im Fusionsprozess, aber auch beim Aufbau einer Oberstufe. Hierfür wollen wir finanzielle Mittel und Personal zur Verfügung stellen. Auch die Gemeinschaftsschulen, die mit schwierigen Situationen zu kämpfen haben, wollen wir damit unterstützen. Um die Möglichkeit zu schaffen, noch individueller auf jedes Kind eingehen zu können, wollen wir, dass Schulen auch nach der 8. Klasse von der Bewertung mittels Ziffernnoten abweichen können. Die Sekundarschulverordnung sollte entsprechend verändert werden. Außerdem wollen wir beim Neubau von Schulen darauf achten, dass künftig – wie im Koalitionsvertrag bereits verankert – vor allem Gemeinschaftsschulen geplant werden. Hierauf werden wir bei der Planung in den Bezirken achten.</p>	erledigt durch ModÜ L-01-382
L-01-400	Vito Dabisch u.a. (LAG Bildung)	<p>In Zeile 400 einfügen:</p> <p>sich auch ohne Grundstufe in Gemeinschaftsoberschulen weiterzuentwickeln. <u>Gemeinschaftsschulen mit und ohne Grundstufe werden wir finanziell stärker unterstützen, damit Schulen sich sukzessive in sozial durchmischte Schulformen weiterentwickeln, in denen Kinder nicht nach Leistung separiert werden.</u> Um die</p>	erledigt durch ModÜ L-01-382

L-01-410	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 13.11.2018)	<p>Von Zeile 410 bis 411:</p> <p>werden. Außerdem wollen wir beim Neubau von Schulen darauf achten, dass künftig —wie im Koalitionsvertrag bereits verankert— vor allem <u>nur noch</u> Gemeinschaftsschulen geplant werden. Hierauf</p>	erledigt durch mod Ü L-01-382
L-01-410-2	Meike Paula Berg (Berlin-Neukölln KV)	<p>Von Zeile 410 bis 411:</p> <p>werden. Außerdem wollen wir beim Neubau von Schulen darauf achten, dass künftig —wie im Koalitionsvertrag bereits verankert— vor allem <u>ausschließlich</u> Gemeinschaftsschulen geplant werden. Hierauf</p>	erledigt durch ModÜ L-01-382
L-01-413	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 13.11.2018)	<p>Von Zeile 413 bis 414:</p> <p>Lehrer*innen an Gymnasien sind häufig hoch motiviert, wollen für die aufgenommenen Kinder das Beste und mehr Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen. Offensichtlich zögern aber <u>Offensichtlich zögern</u></p>	<p>ModÜ:</p> <p>"Auch an Gymnasien sind viele Lehrer*innen hoch motiviert ..."</p>

<p>L-01-413-2</p>	<p>Dirk Jordanu.a. (Berlin-Kreisfrei KV)</p>	<p>Von Zeile 413 bis 427:</p> <p>Lehrer*innen an Gymnasien sind häufig hoch motiviert, wollen für die aufgenommenen Kinder das Beste und mehr Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen. Offensichtlich zögern aber noch viele Gymnasien, sich der Aufgabe der Inklusion von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu öffnen. Das wollen wir ändern. Gymnasien sollen, genau wie ISSen, vier Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf pro Klasse aufnehmen, wenn es die entsprechenden Anmeldungen gibt. Der oben beschriebene Übergang von der Grundschule auf weiterführende Schulen wird auch die Schüler*innenschaft auf Gymnasien heterogener machen. Unser Ziel ist, dass die Kinder, die einmal auf dem Gymnasium sind, auch dort zum Abschluss kommen. Das bedeutet einerseits, dass Gymnasien künftig alle Schulabschlüsse nicht nur anbieten, sondern auch fördern sollen. Es ist an der Zeit, deutlich zu machen, dass das Abitur nicht zwangsläufig für alle Schüler*innen der richtige Weg ist. Gleichzeitig wollen wir das Probejahr zu Anfang der Gymnasialzeit und das so genannte „Abschulen“, also die Versetzung von Kindern an eine ISS, abschaffen. Verpflichtendes Sitzenbleiben gibt es schon heute nur noch an Gymnasien. In den anderen Schulformen gibt es die Möglichkeit des „freiwilligen Wiederholens“. So wollen wir das auch an Gymnasien einführen. <u>Die beschriebene Unterschiedlichkeit innerhalb einer Schulform gilt auch für Gymnasien. Lehrer*innen an Gymnasien sind häufig hoch motiviert, wollen für die aufgenommenen Kinder das Beste und mehr Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen. Offensichtlich zögern aber noch viele Gymnasien, sich der Aufgabe der Inklusion von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu öffnen. Wir wollen das durch Beratung und Unterstützung ändern und zusammen mit den Gymnasien erreichen, dass alle nach denselben Regeln wie die ISS oder Gemeinschaftsschulen Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf aufnehmen, wenn es die entsprechenden Anmeldungen gibt. Ebenso wollen wir ermöglichen, dass Kinder, die einmal auf dem Gymnasium sind, auch dort zum Abschluss kommen können. Dazu wollen wir Gymnasien durch zusätzliche Fördermittel unterstützen, die von sich aus auf das so genannte „Abschulen“, also die Versetzung von Kindern an eine ISS bei Nicht-Bestehen des Probejahrs, verzichten. Zugleich wollen wir gemeinsamen mit den betroffenen</u></p>	<p>ModÜ: Wir wollen das durch Beratung und Unterstützung ändern, und zusammen mit den Gymnasien erreichen, dass alle nach denselben Regeln wie die ISS oder Gemeinschaftsschulen Kinder mit sonderpädagogischen Förderbedarf tatsächlich aufnehmen, wenn es die entsprechenden Anmeldungen gibt. Auch die Schulaufsicht ist hier in der Pflicht. (Ersetzt ab Z.416: "Das wollen wir ändern....die entsprechenden Anmeldungen gibt.")</p>
<p>L-01-416</p>	<p>Meike Paula Berg (Berlin-Neukölln KV)</p>	<p>Von Zeile 416 bis 417:</p> <p>Förderbedarf zu öffnen. Das wollen wir ändern. Gymnasien sollen<u>Wir wollen, dass Gymnasien</u>, genau wie ISSen, vier Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf pro Klasse aufnehmen <u>müssen</u>, wenn es die entsprechenden</p>	<p>erledigt durch L-01-413-2</p>

L-01-423	Vito Dabisch u.a. (LAG Bildung)	<p>Von Zeile 423 bis 425:</p> <p>zwangsläufig für alle Schüler*innen der richtige Weg ist. Gleichzeitig wollen wir das Probejahr zu Anfang der Gymnasialzeit und das so genannte „Abschulen“, also die Versetzung von Kindern an eine ISS, abschaffen.</p> <p><u>Um eine Gleichwertigkeit zwischen Integrierten Sekundarschulen und Gymnasien herzustellen, möchten wir, dass auch Gymnasien mit den Schüler*innen arbeiten, die sie haben. Wir wissen, wie groß die Belastung durch das Probejahr und das sogenannte „Abschulen“ für die Kinder ist. Deshalb werden wir das Probejahr zu Anfang der Gymnasialzeit und das sogenannte „Abschulen“ von Kindern mit einigen schlechten Zensuren an eine ISS abschaffen. Lehrkräften, die sich Unterstützung wünschen, greifen wir mit Fortbildungsangeboten zu binnendifferenziertem Lernen unter die Arme.</u></p>	<p>mod Ü: Abstimmungspaket Abschulen</p> <p>Um eine Gleichwertigkeit zwischen Integrierten Sekundarschulen und Gymnasien herzustellen, möchten wir, dass auch Gymnasien mit den Schüler*innen arbeiten, die sie haben. Wir wissen, wie groß die Belastung durch das Probejahr und das sogenannte „Abschulen“ für die Kinder ist. Deshalb werden wir das Probejahr zu Anfang der Gymnasialzeit und das sogenannte „Abschulen“ von Kindern mit einigen schlechten Zensuren an eine ISS durch andere Maßnahmen ersetzen, die die Förderung des einzelnen Kindes im Blick haben, so dass alle Kinder, die einmal auf dem Gymnasium sind, auch dort zum Abschluss kommen können. Diese Maßnahmen wollen wir zeitnah gemeinsam mit allen Beteiligten erarbeiten. Lehrkräften, die sich Unterstützung wünschen, greifen wir mit Fortbildungsangeboten zu binnendifferenziertem Lernen unter die Arme.</p>
L-01-425	Robin Völker (Berlin-Neukölln KV)	<p>In Zeile 425 einfügen:</p> <p>von Kindern an eine ISS, <u>möglichst noch in dieser Legislaturperiode</u> abschaffen. Verpflichtendes Sitzenbleiben gibt es schon heute nur</p>	erledigt durch mod Ü L-01-423
L-01-427	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 16.11.2018)	<p>In Zeile 427 einfügen:</p> <p>Wiederholens“. So wollen wir das auch an Gymnasien einführen. <u>Ferner wollen wir, dass an Gymnasien Sprachförderung und / oder Nachhilfeunterricht z.B. in Mathematik, wie es sie an vielen ISSen gibt, angeboten werden, um die Chancengerechtigkeit zu erhöhen.</u> Einige Gymnasien nehmen Kinder</p>	Ü

L-01-428	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 16.11.2018)	<p>Von Zeile 428 bis 429:</p> <p>bereits nach der vierten Klasse auf. Unser Ziel hingegen ist das möglichst lange gemeinsame Lernen. Deshalb wollen wir keine weiteren grundständigen Gymnasien. Diese Praxis wollen wir abschaffen. Wir wollen Grundschulen</p>	<p>mod Ü: Abstimmungspaket Grundständige Gymnasien</p> <p>Einige Gymnasien nehmen Kinder bereits nach der vierten Klasse auf. Unser Ziel hingegen ist das möglichst lange gemeinsame Lernen. Deshalb werden wir eine verbindliche Grundschulzeit von sechs Jahren durchsetzen. Gleichzeitig sehen wir die Flucht von staatlichen Grundschulen mit großer Sorge. Unser Ziel ist, mit einer Qualitätsoffensive unsere Grundschulen mindestens so attraktiv zu machen wie Schulen in nicht-öffentlicher Trägerschaft oder die Gymnasien, die heute in der fünften Klasse beginnen.</p>
L-01-429	Manuel Honisch (Berlin-Kreisfrei KV)	<p>In Zeile 429 einfügen:</p> <p>Lernen. Deshalb wollen wir keine weiteren grundständigen Gymnasien. <u>Die verbindliche Grundschulzeit soll für alle Kinder wieder sechs Jahre dauern.</u> Wir wollen Grundschulen</p>	<p>erledigt durch mod Ü L-01-428</p>
L-01-429-2	Stefan Ziller (KV Marzahn- Hellersdorf)	<p>Von Zeile 429 bis 430:</p> <p>Lernen. Deshalb wollen wir keine weiteren grundständigen Gymnasien. Wir<u>Die Flucht von staatlichen Grundschulen sehen wir mit großer Sorge. Unser Ziel ist mit einer Qualitätsoffensive unsere Grundschulen mindestens so attraktiv zu machen wie freie Schulen oder die Gymnasien die heute in der fünften Klasse beginnen. Mittelfristig wollen wir die zentrale Gerechtigkeitslücke schließen und</u> Grundschulen noch<u>endlich</u> besser dabei unterstützen, dass sie auch in Klasse fünf und sechs alle Kinder</p>	<p>erledigt durch mod Ü L-01-428</p>
L-01-432	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 13.11.2018)	<p>Von Zeile 432 bis 434 löschen:</p> <p>Es ist uns bewusst, dass wir damit auch neue Anforderungen an die Gymnasien stellen. Darum wollen wir die Gymnasien mit steigender Übernahme neuer Aufgaben auch entsprechend besser ausstatten und befähigen.</p>	<p>zurückgezogen zugunsten von L-01-432-2</p>

L-01-432-2	Meike Paula Berg (Berlin-Neukölln KV)	<p>Von Zeile 432 bis 434:</p> <p>Es ist uns bewusst, dass wir damit auch neue Anforderungen an die Gymnasien stellen. Darum wollen wir die Gymnasien mit steigender Übernahme neuer Aufgaben auch entsprechend besser ausstatten und befähigen.</p> <p><u>Wir wollen die Unterschiede zwischen Gymnasien und anderen Schulformen zunehmend abbauen und mittelfristig nur noch vielfältige Gemeinschaftsschulen in Berlin haben.</u></p>	Abstimmung
L-01-438	Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)	<p>Von Zeile 438 bis 441:</p> <p>wir gezielt unterstützen. Gießkannenartig ausgegossene Bonusprogramme sind dabei aber der falsche Weg. Es gilt vielmehr, jede Schule einzeln anzuschauen und passgenaue Lösungen zu finden. In einer Situation von Lehrer*innen Mangel wollen wir Personal zunächst da einsetzen, wo der Bedarf besonders groß ist. Dazu sollen für diese Schulen die Teile des Bonusprogramms, die sich vor Ort bewährt haben, in die Dauerfinanzierung überführen, so dass die Schulen für neue Maßnahmen freie Mittel im Rahmen des Bonusprogramms bekommen.</p>	Ü
L-01-449	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 13.11.2018)	<p>In Zeile 449 einfügen:</p> <p>unsere Stadt. <u>Die Schulplätze müssen insbesondere für schulische Ausbildungen in Mangelberufen ausgebaut werden, damit Schüler*innen mit schlechteren Schulabschlüssen nicht auf kostenpflichtige, private Alternativen ausweichen müssen. Mittelfristig möchten wir für diese Berufe einen Anspruch auf einen Ausbildungsplatz an einer staatlichen Schule einführen.</u></p>	Ü

L-01-459	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 13.11.2018)	<p>In Zeile 459 einfügen:</p> <p>informieren und durch eine Kampagne, gegebenenfalls auch in Zusammenarbeit mit der IHK <u>und Gewerkschaften</u> oder</p>	Ü
L-01-460	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 16.11.2018)	<p>In Zeile 460:</p> <p>anderen Akteuren<u>Akteur*innen</u>, die berufliche Bildung attraktiver machen.</p>	Ü
L-01-466	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 13.11.2018)	<p>In Zeile 466 einfügen:</p> <p>sie adäquate, anschlussfähige (Aus-)Bildungsangebote machen. <u>Alle Jugendlichen sollen bei diesen Übergängen begleitet werden. Schulen sind mitverantwortlich dafür, dass Jugendliche über ihre Möglichkeiten informiert sind und Anmeldefristen nicht verpassen.</u> Und wir wollen die</p>	mod Ü: Alle Jugendlichen sollen bei diesen Übergängen begleitet werden. Schulen sind mitverantwortlich dafür, dass Jugendliche über ihre Möglichkeiten und entsprechende Anmeldefristen informiert sind.

L-01-469	Jörg Staudemeyer (Berlin-Kreisfrei KV)	<p>In Zeile 469 einfügen:</p> <p>mit Hochschulen und die gemeinsame Entwicklung dualer Studiengänge.</p> <p><u>Generell sind die sich beschleunigenden Veränderungen zu beachten, die mit der digitalen Transformation einhergehen. Berufsbilder verändern sich, manche Berufe verlieren an Bedeutung, während andere neu entstehen. In vielen Branchen werden niedrig qualifizierte Jobs zunehmend durch Roboter ersetzt, während der Bedarf an höher qualifiziertem Personal zunimmt. Auf all dies muss sich die berufliche Bildung beizeiten einstellen, damit sie nicht am Bedarf vorbei ausbildet. Dazu sollte eine Stelle in der Bildungsverwaltung eingerichtet werden, die sich mit den notwendigen Anpassungsmaßnahmen befasst.</u></p>	Ü
L-01-470	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 13.11.2018)	<p>In Zeile 470:</p> <p>Private Schulen in freier Trägerschaft <u>Privatschulen</u></p>	ModÜ Ersetze im ganzen Antrag "Private Schulen/Private Schulen in freier Trägerschaft/Freie Schulen" durch Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft

<p>L-01-470-2</p>	<p>Dirk Jordanu.a. (Berlin-Kreisfrei KV)</p>	<p>In Zeile 470:</p> <p>Private Schulen in freier Trägerschaft</p> <p><u>Grüne Bildungspolitik für uns bedeutet, sich zuerst für ein starkes öffentliches Bildungsangebot einzusetzen ohne die Schulen in freier Trägerschaft zu vernachlässigen. Insbesondere das Selbstbestimmungsrecht und die Organisationshoheit von Schulgründungen aus der Elternschaft heraus haben für uns einen hohen Wert, besonders wenn sie einen emanzipatorischen Charakter und/oder einen reformpädagogischen Bildungsanspruch besitzen. Wir wollen andererseits aber auch ein öffentliches Bildungssystem, das die Vielfalt der pädagogischen Konzepte widerspiegelt und Reformpädagogik sowie echte Beteiligung und Mitbestimmung möglich machen. Auch Schulen in freier Trägerschaft waren oft Vorreiter bei der Erprobung neuer pädagogischer Konzepte und Organisationsformen. Gleichzeitig leisten sie in Berlin einen wichtigen Beitrag bei der Bereitstellung von Schulplätzen. In Berlin werden ca. 35.000 Schüler*innen an 128 freien Schulen unterrichtet, das sind ca. 10 % der Schüler*innen. Das Grundgesetz bietet die Möglichkeit, freie Schulen zu gründen und setzt gleichzeitig dafür den entsprechenden Rahmen. Zentral ist dabei, dass die Schulen nicht die Sonderung von Schüler*innen nach den Besitzverhältnissen der Eltern fördern, d.h. es gilt das umgangssprachlich sogenannte „Sonderungsverbot“. Die vorliegenden Daten zeigen, dass vor allem Kinder aus bildungsnahen Familien freie Schulen besuchen, da der Betrieb der Schulen durch die schlechte öffentliche Finanzierung nur durch die Erhebung eines Schulgeldes von Eltern möglich wird. Kinder aus ärmeren und damit oft aus bildungsferneren Familien sind dadurch an den freien Schulen weniger zu finden. Wir wollen mit den freien Schulen zusammenarbeiten, um die Heterogenität innerhalb der Schulen künftig zu verbessern. Wir wollen mit ihnen klären, wie sie sich für Kinder aus sozial oder finanziell benachteiligten Schichten öffnen und sicherstellen können, dass Kinder von Menschen die Transferleistungen empfangen, ebenfalls in die Schulen aufgenommen werden und nicht vom Schulbetrieb ausgeschlossen werden, sollten die Familien später Transferzahlungen beziehen. Deren Schulgeldbeiträge wollen wir auf null reduzieren und dafür einen staatlichen Ausgleich finanzieren. Dieses ist danach</u></p>	<p>Abstimmungspaket Schulen in nicht-öffentlicher Trägerschaft</p>
<p>L-01-470-3</p>	<p>Vito Dabisch u.a. (LAG Bildung)</p>	<p>Nach Zeile 470 einfügen:</p> <p><u>Privatschulen</u></p> <p>In Zeile 472 einfügen:</p> <p>Bildungsangebot einzusetzen. <u>Deshalb hat die öffentliche Schule für uns sowohl finanziell als auch konzeptionell Priorität.</u> Wir wollen ein Bildungssystem, in dem eine Vielfalt</p>	<p>Abstimmungspaket Schulen in nicht-öffentlicher Trägerschaft</p>

L-01-471	Dirk Jordanu.a. (Berlin-Kreisfrei KV)	Von Zeile 471 bis 474 löschen: Grüne Bildungspolitik bedeutet, sich zuerst und vor allem für ein starkes öffentliches Bildungsangebot einzusetzen. Wir wollen ein Bildungssystem, in dem eine Vielfalt pädagogischer Konzepte Platz hat — soweit es geht innerhalb des öffentlichen Bildungssystems.	erledigt durch 470-2
----------	---	---	----------------------

L-01-474-2	Vito Dabisch u.a. (LAG Bildung)	<p>Von Zeile 474 bis 497:</p> <p><u>In den letzten Jahrzehnten hat Berlin einen Privatschul-Boom beobachtet. Mittlerweile besuchen etwa 10 Prozent aller Schüler*innen nicht mehr die öffentliche Schule. Da wir für ein öffentliches Schulsystem eintreten, finden wir das besorgniserregend. Das Grundgesetz bietet zwar die Möglichkeit, private Schulen zu gründen und setzt aber gleichzeitig enge Rahmen. Private Schulen sind laut Grundgesetz nur erlaubt, wenn sie nicht nach Besitzverhältnissen sondern, Berliner Privatschulen werden aber vor allem von Kindern aus privilegierten Elternhäusern besucht. Die dadurch verstärkte soziale Segregation möchten wir verhindern. Das Sonderungsverbot werden wir konsequent durchsetzen. Deshalb verpflichten wir alle Privatschulen, ein Konzept vorzulegen, wie sie mehr Kinder aus sozial oder finanziell benachteiligten Schichten aufnehmen wollen. Zudem werden wir bei der Zulassung von neuen Privatschulen eine soziale Mischung einfordern und die Zulassungsbedingungen in regelmäßigen Abständen überprüfen. Private Grundschulen unterliegen noch stärkeren grundgesetzlichen Beschränkungen und dürfen nur noch im Ausnahmefall zugelassen werden.</u></p> <p>Private Schulen in freier Trägerschaft waren immer Vorreiter bei der Erprobung neuer pädagogischer Konzepte. Gleichzeitig leisten sie in Berlin einen wichtigen Beitrag bei der Bereitstellung von Schulplätzen. In Berlin werden ca. 35.000 Schüler*innen an 128 dieser Schulen unterrichtet, das sind ca. 10 Prozent der Schüler*innen. Das Grundgesetz bietet die Möglichkeit, private Schulen zu gründen und setzt gleichzeitig enge Rahmen. Zentral ist dabei das so genannte „Sonderungsverbot“. Trotz dieses Verbots zeigen alle vorliegenden Daten, dass in der Realität tatsächlich vor allem Kinder aus bildungsnahen Familien solche Schulen besuchen. Kinder aus ärmeren, bildungsferneren Familien sind wenig zu finden. Wir wollen mit den privaten Schulen in freier Trägerschaft zusammenarbeiten, um die Heterogenität innerhalb der Schulen künftig zu verbessern. Dazu sollen alle existierenden Schulen ein Konzept vorlegen, wie sie sich für Kinder aus sozial oder finanziell benachteiligten Schichten öffnen wollen. Ein zentraler Aspekt dabei ist zu garantieren, dass Kinder von Menschen, die Transferleistungen empfangen, nicht ausgeschlossen werden. Deren Beiträge wollen wir verpflichtend für alle Schulen auf null reduzieren. Um überprüfen zu können, welche Fortschritte gemacht werden, wollen wir mehr Transparenz schaffen. Alle Schulen sollen künftig beispielsweise anhand des Berlinpasses erheben, wie viele Kinder aus finanziell schwächeren Familien auf ihre Schule gehen. Derzeit wird in der Bildungsverwaltung an einem neuen Modell zur Finanzierung von privaten Schulen in Berlin gearbeitet. Wir wollen, dass die Finanzierung künftig stärker die soziale Verantwortungsübernahme widerspiegelt. Das bedeutet konkret, dass freie Schulen, die mehr Kinder aus ärmeren, bildungsfernen Familien unterrichten, stärker durch die</p>	zurückgezogen
------------	------------------------------------	--	---------------

<p>L-01-474-3</p>	<p>Vito Dabisch u.a. (LAG Bildung)</p>	<p>Von Zeile 474-482:</p> <p><u>Private Schulen in freier Trägerschaft waren immer Vorreiter bei der Erprobung neuer pädagogischer Konzepte. Gleichzeitig leisten sie in Berlin einen wichtigen Beitrag bei der Bereitstellung von Schulplätzen. In Berlin werden ca. 35.000 Schüler*innen an 128 dieser Schulen unterrichtet, das sind ca. 10 Prozent der Schüler*innen. Das Grundgesetz bietet die Möglichkeit, private Schulen zu gründen und setzt gleichzeitig enge Rahmen. Zentral ist dabei das so genannte „Sonderungsverbot“. Trotz dieses Verbots zeigen alle vorliegenden Daten, dass in der Realität tatsächlich vor allem Kinder aus bildungsnahen Familien solche Schulen besuchen.Private Grundschulen unterliegen noch stärkeren grundgesetzlichen Beschränkungen und dürfen nur noch im Ausnahmefall zugelassen werden.</u></p> <p>Private Schulen in freier Trägerschaft waren immer Vorreiter bei der Erprobung neuer pädagogischer Konzepte. Gleichzeitig leisten sie in Berlin einen wichtigen Beitrag bei der Bereitstellung von Schulplätzen. In Berlin werden ca. 35.000 Schüler*innen an 128 dieser Schulen unterrichtet, das sind ca. 10 Prozent der Schüler*innen. Das Grundgesetz bietet die Möglichkeit, private Schulen zu gründen und setzt gleichzeitig enge Rahmen. Zentral ist dabei das so genannte „Sonderungsverbot“. Trotz dieses Verbots zeigen alle vorliegenden Daten, dass in der Realität tatsächlich vor allem Kinder aus bildungsnahen Familien solche Schulen besuchen. Kinder aus ärmeren, bildungsferneren Familien sind wenig zu finden. Wir</p>	<p>Abstimmungspaket Schulen in nicht-öffentlicher Trägerschaft</p>
-------------------	--	--	--

L-01-475	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 13.11.2018)	<p>Von Zeile 475 bis 476:</p> <p>Private Schulen in freier Trägerschaft Privatschulen waren immer Vorreiter bei der Erprobung neuer pädagogischer Konzepte. <u>Gleichzeitig leisten An dieser Stelle ist anzumerken, dass in Berlin nur ein geringer Prozentsatz der Privatschulen alternative Schulkonzepte erprobt. Trotzdem erkennen wir an, dass es Privatschulen gibt, die neue Lernmethoden entdecken und ausprobieren. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass einzelne Privatschulen zwar durch ihre Arbeit alternative Lernmethoden sichtbar machen, diese Methoden aber kaum in den Schulbetrieb der staatlichen Schulen überführen.</u></p> <p><u>So kommen sie nur einem kleinen Teil an privilegierten Schüler*innen zu Gute. Diese Praxis sehen wir äußerst kritisch! Schließlich machen Waldorfschulen oder Montessorischulen seit Jahrzehnten gute Erfahrungen mit alternativen Bewertungssystemen und trotzdem werden Schüler*innen an staatlichen Schulen immer noch mit Ziffernnoten bewertet.</u></p> <p><u>Um diese Praxis zu beenden, fordern wir einen Fonds, auf den sich Schulen mit Projekten bewerben können. Die Projekte sollen wissenschaftlich begleitet werden. Nach Beendigung des Projektes sollen die Ergebnisse dem Senat vorgelegt werden, welcher dann entscheidet, ob erprobte Lehr- und Lernmethoden oder Strukturen in den staatlichen Schulbetrieb überführt werden. Bei der Verteilung der Projekte soll darauf geachtet werden, dass dieses Geld verschiedenen Bezirken zu Teil kommt. Gemeinschaftsschulen sowie Schulen mit einem hohen Prozentsatz an Schüler*innen aus Familien mit mindestens einem transferleistungsberechtigten Elternteil, sollen bei der Vergabe bevorzugt werden. Privatschulen leisten in Berlin einen wichtigen Beitrag bei der</u></p> <p>Von Zeile 482 bis 486:</p> <p>Schulen besuchen. Kinder aus ärmeren, bildungsferneren Familien sind wenig zu finden. <u>Die Einhaltung des Sonderungsverbots ist Bedingung für die Existenz privater Schulen.</u> Wir wollen mit den privaten Schulen in freier Trägerschaft zusammenarbeiten, um <u>uns stärker dafür einsetzen, dass Privatschulen diese</u></p>	<p>ModÜ - Nina</p> <p>"Einige dieser Schulen erproben alternative Schulkonzepte, doch selbst, wenn sie damit positive Erfahrung machen, werden diese kaum in den Schulbetrieb der staatlichen Schulen überführt. So kommen sie nur einem kleinen Teil von Schüler*innen zu Gute. Wir fordern deshalb einen Fonds, auf den sich alle Schulen mit Projekten bewerben können, die dann wissenschaftlich begleitet werden. Nach Beendigung des Projektes wird entschieden, ob erprobte Lehr- und Lernmethoden oder Strukturen in den staatlichen Schulbetrieb überführt werden. Bei der Verteilung der Projekte soll darauf geachtet werden, dass diese Gelder stadtweit ausgeglichen verteilt werden und Schulen mit hohem Prozentsatz an Schüler*innen aus Familien mit mindestens einem transferleistungsberechtigten Elternteil sollen bei der Vergabe bevorzugt werden."</p> <p>Außerdem wird im gesamten Text "private Schulen in freier Trägerschaft", "Privatschulen", "freie Schulen" und "Schulen in freier Trägerschaft" ersetzt durch den Begriff "Schulen in nicht-öffentlicher Trägerschaft"</p>
----------	---	--	--

L-01-475-2	Dirk Jordanu.a. (Berlin-Kreisfrei KV)	<p>Von Zeile 475 bis 497 löschen:</p> <p>Private Schulen in freier Trägerschaft waren immer Vorreiter bei der Erprobung neuer pädagogischer Konzepte. Gleichzeitig leisten sie in Berlin einen wichtigen Beitrag bei der Bereitstellung von Schulplätzen. In Berlin werden ca. 35.000 Schüler*innen an 128 dieser Schulen unterrichtet, das sind ca. 10 Prozent der Schüler*innen. Das Grundgesetz bietet die Möglichkeit, private Schulen zu gründen und setzt gleichzeitig enge Rahmen. Zentral ist dabei das so genannte „Sonderungsverbot“. Trotz dieses Verbots zeigen alle vorliegenden Daten, dass in der Realität tatsächlich vor allem Kinder aus bildungsnahen Familien solche Schulen besuchen. Kinder aus ärmeren, bildungsferneren Familien sind wenig zu finden. Wir wollen mit den privaten Schulen in freier Trägerschaft zusammenarbeiten, um die Heterogenität innerhalb der Schulen künftig zu verbessern. Dazu sollen alle existierenden Schulen ein Konzept vorlegen, wie sie sich für Kinder aus sozial oder finanziell benachteiligten Schichten öffnen wollen. Ein zentraler Aspekt dabei ist zu garantieren, dass Kinder von Menschen, die Transferleistungen empfangen, nicht ausgeschlossen werden. Deren Beiträge wollen wir verpflichtend für alle Schulen auf null reduzieren. Um überprüfen zu können, welche Fortschritte gemacht werden, wollen wir mehr Transparenz schaffen. Alle Schulen sollen künftig beispielsweise anhand des Berlinpasses erheben, wie viele Kinder aus finanziell schwächeren Familien auf ihre Schule gehen. Derzeit wird in der Bildungsverwaltung an einem neuen Modell zur Finanzierung von privaten Schulen in Berlin gearbeitet. Wir wollen, dass die Finanzierung künftig stärker die soziale Verantwortungsübernahme widerspiegelt. Das bedeutet konkret, dass freie Schulen, die mehr Kinder aus ärmeren, bildungsfernen Familien unterrichten, stärker durch die öffentliche Hand gefördert werden. Private Schulen mit einer schlechten, sich nicht verbessernden sozialen Durchmischung, sollen künftig weniger öffentliche Mittel als bisher erhalten.</p>	erledigt durch 470-2
L-01-475-3	Robin Völker (Berlin-Neukölln KV)	<p>Von Zeile 475 bis 476:</p> <p>Private Schulen in freier Trägerschaft waren immer Vorreiter bei der Erprobung neuer pädagogischer Konzepte. Gleichzeitig leisten sie in Berlin einen wichtigen Beitrag bei der</p>	<p>ModÜ</p> <p>Private Schulen in freier Trägerschaft waren oft Vorreiter bei der Erprobung neuer pädagogischer Konzepte.</p>

<p>L-01-481</p>	<p>AG Bunt-Grün (beschlossen am: 16.11.2018)</p>	<p>Von Zeile 481 bis 482:</p> <p>Daten, dass in der Realität tatsächlich vor allem Kinder aus bildungsnahen-Familien<u>akademischenFamilien</u> solche Schulen besuchen. Kinder aus ärmeren, bildungsferneren<u>bildungs(institutions)ferneren</u> Familien sind wenig zu finden. Wir</p> <p>In Zeile 485 löschen:</p> <p>Schulen ein Konzept vorlegen, wie sie sich für Kinder aus sozial oder finanziell</p>	<p>Erledigt durch ModÜ L-01-027</p>
<p>L-01-482</p>	<p>GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 16.11.2018)</p>	<p>Von Zeile 482 bis 486:</p> <p>Schulen besuchen. Kinder aus ärmeren, bildungsferneren Familien sind wenig zu finden. Wir wollen mit den privaten Schulen in freier Trägerschaft zusammenarbeiten, um die Heterogenität innerhalb der Schulen künftig zu verbessern. Dazu sollen alle existierenden Schulen ein Konzept vorlegen, wie sie sich für Kinder aus sozial oder finanziell benachteiligten Schichten öffnen wollen. Die Einhaltung des<u>Sonderungsverbots ist Bedingung für die Existenz privater Schulen. Wir wollen uns stärker dafür einsetzen, dass Privatschulen diese Bedingung einhalten. Um die Heterogenität innerhalb der Schulen zu verbessern, müssen Privatschulen künftig ein Konzept vorlegen, wie sie sich für Kinder aus sozial und finanziell benachteiligten Familien öffnen wollen. Die Umsetzung des Konzepts muss innerhalb von fünf Jahren geprüft werden.</u> Ein zentraler Aspekt dabei ist zu garantieren, dass</p>	<p>ModÜ:</p> <p>Die Umsetzung des Konzepts muss innerhalb von fünf Jahren grprüft werden.</p>

L-01-497	Robin Völker (Berlin-Neukölln KV)	<p>In Zeile 497 einfügen:</p> <p>Durchmischung, sollen künftig weniger öffentliche Mittel als bisher erhalten. <u>Dabei wollen wir die Vorgaben des Koalitionsvertrages umsetzen und nicht mehr Geld an Privatschulen geben als bisher. Zusätzliche Mittel werden wir in die öffentlichen Schulen investieren, bei denen der Bedarf am höchsten ist.</u></p>	Abstimmungspaket Schulen in nicht-öffentlicher Trägerschaft
L-01-501	Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)	<p>Von Zeile 501 bis 503:</p> <p>misst, sondern auch die konkrete Situation von Schulen in den Blick nimmt. Ein-Gymnasium<u>Eine Schule</u> mit vielen Kindern aus bildungsnahen Familien hat es leichter, gute Abschlusszahlen vorzuweisen, als eine Gemeinschaftsschule<u>Schule</u>, die per-Definition eine viel heterogenere Schüler*innenschaft</p>	Ü
L-01-504	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 16.11.2018)	<p>In Zeile 504 einfügen:</p> <p>aufweist. Darum setzen wir uns <u>zum einen</u> für eine Mischung unterschiedlicher Instrumente ein, zum</p> <p>In Zeile 507 einfügen:</p> <p>wir sowohl in öffentlichen, wie auch in privaten Schulen anwenden. <u>Zum anderen setzen wir uns dafür ein, dass Schulen den Schüler*innen, die nicht aus akademischen Familien kommen, strukturell die Möglichkeit bieten, ihre Nachteile zu kompensieren, um so die Verantwortung nicht komplett auf die Familien zu delegieren.</u></p>	Ü

L-01-505	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 13.11.2018)	<p>Von Zeile 505 bis 507 einfügen:</p> <p>Beispiel aus <u>Schüler*innenbefragungen</u>. Vergleichsarbeiten, ausgefallenen Stunden und Vor-Ort-Besuchen, um die individuelle Situation von Schulen im Detail betrachten zu können. Diese Instrumente wollen wir sowohl in öffentlichen, wie auch in privaten Schulen anwenden. <u>Die Ergebnisse solcher Untersuchungen sollen als Feedback für Schulen dienen und Verwaltung und Politik ermöglichen, zielgerichteter Problemen entgegenzuwirken. Wir wollen nicht, dass diese Ergebnisse in Form von Ranglisten veröffentlicht werden, um Effekten wie z. B. Stigmatisierung von nigrig gerankten Schulen oder Cream Skimming entgegenzuwirken.</u></p>	Ü
L-01-507	Dirk Jordan u. a. (LAG Bildung)	<p>Nach Zeile 507 einfügen:</p> <p><u>Denn um Schule gestalten zu können, ist es nötig zu wissen, wie es um unsere Schulen bestellt ist. Das geht nur mit guter Forschung und der Erhebung von Daten über unsere Schulen. Mit der Einführung der Lernmittelbefreiung für alle wird uns ein wichtiger Indikator verloren gehen, mit dessen Hilfe es möglich ist, die soziale Mischung von Schulen und Klassen nachzuvollziehen. Wir wollen dieses Defizit künftig durch andere Indikatoren, zum Beispiel den Berlinpass, ersetzen und gleichzeitig weiter in die Forschung zu unseren Schulen investieren.</u></p>	mod Ü: Denn um Schule gestalten zu können, ist es nötig zu wissen, wie es um unsere Schulen bestellt ist. Das geht nur mit guter Forschung und der Erhebung von Daten über unsere Schulen. Mit der Einführung der Lernmittelbefreiung für alle wird uns ein wichtiger Indikator verloren gehen, mit dessen Hilfe es möglich ist, die soziale Mischung von Schulen und Klassen nachzuvollziehen. Wir wollen dieses Defizit künftig durch andere Indikatoren ersetzen und gleichzeitig weiter in die Forschung zu unseren Schulen investieren.
L-01-507-2	Jörg Staudemeyer (Berlin-Kreisfrei KV)	<p>In Zeile 507 einfügen:</p> <p>wir sowohl in öffentlichen, wie auch in privaten Schulen anwenden. <u>Dabei steht im Vordergrund nie die Bewertung der Schule sondern die Identifikation von Verbesserungsbedarf und -potential zum gemeinsamen Nutzen.</u></p>	Ü, vor "Die Ergebnisse solcher Untersuchungen..." aus L-01-505

L-01-514	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 07.11.2018)	<p>In Zeile 514 einfügen:</p> <p>noch viel zu gering. <u>Alle schulischen Fachkräften sollen als Teil ihrer Arbeit Supervision in Anspruch nehmen können.</u></p>	Ü
L-01-514-2	Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)	<p>In Zeile 514 einfügen:</p> <p>noch viel zu gering. <u>Insgesamt ist eine bessere Verzahnung von interner und externer Evaluation als ein vielversprechender Ansatz für Schulentwicklung zu fördern. Schulen undSchulaufsicht müssen in der Nutzung von externen und internen Evaluationsergebnissen künftig noch stärker fachlich unterstützt werden.</u> <u>Die externe Schulevaluation/Schulinspektion stellt ein wichtiges Instrument zur Qualitätsentwicklung dar, das erheblich mehr Potential enthält als bisher sichtbar geworden ist. Dieses lässt sich aber nur nutzen, wenn die erforderlichen Verknüpfungen mit anderen Elementen der Qualitätsentwicklung- und -sicherung planvoll vorgenommen werden. Eine Gesamtstrategie in diesem Sinne gibt es in Berlin bisher nur in Ansätzen.</u></p>	Ü
L-01-516	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 16.11.2018)	<p>In Zeile 516:</p> <p><u>Schüler*innen und Schüler</u> <u>Heutzutage</u> wachsen <u>-heute</u> <u>Kinder</u> in einer wesentlich schnelllebigeren Welt auf als</p>	Ü

L-01-517	Jörg Staudemeyer (Berlin-Kreisfrei KV)	<p>Von Zeile 517 bis 521:</p> <p>jede Generation zuvor. Lehrer*innen stehen vor der Herausforderung, ihre Schüler*innen auf ein Leben in einer digitalisierten Welt vorzubereiten, in der sich viele von ihnen selbst nicht sicher bewegen können. Es ist deshalb zentral, passende Fort- und Weiterbildungsangebote bereitzustellen und die Menschen in der Lehrerausbildung entsprechend vorzubereiten. <u>Ausgelöst durch die Entwicklung digitaler Technologien nimmt die Geschwindigkeit des technischen Fortschritts insgesamt rasant zu; in der Folge verändern sich Kommunikationsbeziehungen und sozioökonomische Bedingungen, alles wird komplexer. Berufsbilder verschwinden und entstehen neu, berufliche Anforderungen steigen. Die inhärente Undurchsichtigkeit der auf Bits und Bytes beruhenden Technik und ihre zunehmende Durchdringung erfordern mehr Kompetenzen, um sie nicht nur bedienen, sondern auch die mögliche Auswirkungen des eigenen Handelns durchschauen und Gefahren abwehren zu können. Die Digitalisierung kann aber auch zu effektiverem Lernen, differenzierterem Unterricht und motivierteren Schülern führen. Auf alle die neuen Aufgaben und Möglichkeiten muss sich das Berliner Schulwesen dringend einstellen und dazu muss die Digitalisierung endlich entschlossen und umfassend in Angriff genommen werden. Lehrer*innen sollen ihre Schüler*innen auf ein Leben in einer digitalisierten Zukunft vorbereiten, die sie noch nicht kennen können. Wir müssen uns daher Gedanken über veränderte Lernziele und -Inhalte ebenso wie über veränderte Unterrichtsformen machen, passende Fort-, Weiterbildungs- und Schulentwicklungsangebote bereitzustellen und die Menschen in der Lehrerausbildung entsprechend vorbereiten.</u></p>	<p>ModÜ Änderungstext wird übernommen, aber</p> <ul style="list-style-type: none"> - Lehrer*innen ersetzt durch pädagogisches Personal - Das "ihre" vor Schülerinnen gestrichen - hinzugefügt: [kennen können] "und sie befähigen, diese Zukunft zu gestalten; dabei können sich viele noch nicht einmal in der Technik von heute sicher bewegen." [Wir müssen uns daher ...]
----------	--	--	--

L-01-523	Jörg Staudemeyer (Berlin-Kreisfrei KV)	<p>Von Zeile 523 bis 527:</p> <p>annähernd auf der Höhe der Zeit ist <u>den Anforderungen eines zukunftsorientierten Unterrichts entspricht</u>. Wir fordern deshalb, dass alle Schulen ausreichende, <u>ihrem jeweiligen Medienkonzept entsprechende</u> Ausstattung mit Computern und anderen Endgeräten bekommen und mit aktueller, zukunftsfähiger Infrastruktur <u>Netzinfrastruktur</u> wie beispielsweise Breitbandanschluss <u>und WLAN in allen Unterrichtsräumen</u> versorgt werden. <u>Zur digitalen Infrastruktur gehören darüber hinaus auch Schulclouds, Lernmanagementsysteme, Medienserver und andere Dienste</u>, die <u>zentral zur Verfügung gestellt werden und sowohl in der Schule als auch zulässt, dass viele Schüler*innen gleichzeitig beispielsweise das WLAN nutzen von Zuhause aus nutzbar sind</u>. Gleichzeitig muss die Hardware <u>Hard- und Software müssen</u> verlässlich gewartet <u>und Lehrer*innen bei ihrer Verwendung unterstützt</u> werden – IT-Personal an allen Schulen ist <u>und eine Support-Hotline sind</u> dafür unumgänglich.</p>	<p>mod Ü mit Einarbeitung von 526:</p> <p>den Anforderungen eines zukunftsorientierten Unterrichts entspricht. Wir fordern deshalb, dass alle Schulen ausreichende, ihrem jeweiligen Medienkonzept entsprechende Ausstattung mit Computern und anderen Endgeräten bekommen und mit aktueller, zukunftsfähiger Netzinfrastruktur wie beispielsweise Breitbandanschluss und WLAN in allen Unterrichtsräumen versorgt werden. Zur digitalen Infrastruktur gehören darüber hinaus auch Schulclouds, Lernmanagementsysteme, Medienserver und andere Dienste, die zentral zur Verfügung gestellt werden und sowohl in der Schule als auch von Zuhause aus nutzbar sind. Die beschaffte Hardware soll in ihrer Produktion, gerade auch wegen der Vorbildfunktion der öffentlichen Institution Schule, sozialen und ökologischen Standards entsprechen. Hard- und Software müssen verlässlich gewartet und Lehrer*innen bei ihrer Verwendung unterstützt werden – IT-Personal an allen Schulen und eine Support-Hotline sind dafür unumgänglich.</p>
L-01-526	Arndt Adler (Berlin-Mitte KV)	<p>In Zeile 526 einfügen:</p> <p>viele Schüler*innen gleichzeitig beispielsweise das WLAN nutzen. <u>Die beschaffte Hardware soll in ihrer Produktion, gerade auch wegen der Vorbildfunktion der öffentlichen Institution Schule, sozialen und ökologischen Standards entsprechen</u>. Gleichzeitig muss die</p>	<p>erledigt durch mod Ü 523:</p>

L-01-527	Jelisaweta Kamm (Grüne Jugend Berlin-Mitte, KV Berlin-Mitte)	<p>In Zeile 527 einfügen:</p> <p>Hardware verlässlich gewartet werden – IT-Personal an allen Schulen ist dafür unumgänglich. <u>Zusätzlich soll durch den bundesweiten Einsatz eines zentralen Bildungsservers, auf der Lehrer ihre erstellten Materialien teilen und diskutieren können. So soll der Umgang mit IT und der pädagogische Austausch gefördert werden.</u></p>	zurückgezogen
L-01-527-2	Karsten Dirk Gloger (Berlin-Kreisfrei KV)	<p>Nach Zeile 527 einfügen:</p> <p><u>Wir wollen deshalb alle Schulen mit einer zukunftsfähigen digitalen Infrastruktur ausstatten. Das bedeutet konkret: die Ausstattung aller Schulklassen mit WLAN fähigen Endgeräten wie z.B. Tablets oder Laptops und beinhaltet selbstverständlich auch die Versorgung aller Schulen mit Breitbandanschluss und einem Leistungsfähigen WLAN Netz in sämtlichen Unterrichtsräumen.</u></p> <p><u>Gleichzeitig muss die Hardware verlässlich gewartet werden – IT-Personal an allen Schulen ist dafür unumgänglich.</u></p>	zurückgezogen

<p>L-01-528</p>	<p>Jörg Staudemeyer (Berlin-Kreisfrei KV)</p>	<p>Von Zeile 528 bis 544:</p> <p>Digitalisierung ist aber nicht nur eine Frage von Computern, WLAN und Smartboards. Es geht darum <u>an der Schule heißt</u>, Schüler*innen auf das Leben in der digitalisierten Welt vorzubereiten. Dabei gilt es, sowohl Chancen als auch Risiken der Digitalisierung zu sehen. Wie auch in anderen Bereichen ist es das Ziel von Bildung, mündige Bürger*innen zu erziehen <u>und ihnen die zur Bewältigung des Lebens und Arbeitens erforderlichen Kompetenzen zu vermitteln</u>. Schüler*innen müssen lernen, wie sie Medien <u>gewinnbringend</u> <u>nutzbringend</u> einsetzen können, aber auch, wie sie beispielsweise Unwahrheiten erkennen oder wie sie, <u>auf Cybermobbing</u> reagieren, wenn sie Cyber-Mobbing erleben <u>Überwachung vermeiden, Identitätsdiebstahl und andere Angriffe abwehren und auch die Rechte anderer Menschen wahren können</u>. Der Einfluss großer Konzerne und der Handel mit Daten sind genauso problematisch wie die Tatsache, dass zu häufiger Medienkonsum zu Konzentrationsschwächen und anderen Verhaltensauffälligkeiten führen kann. <u>Deshalb wollen wir Medienpädagogik und digitale Technik von Anfang an zusammen denken. Denn Digitalisierung ohne Medienpädagogik ist genauso wertlos, wie eine gute Medienpädagogik ohne die entsprechende Technik</u>. Und auch im Hinblick auf die Digitalisierung müssen wir soziale Ungerechtigkeiten im Blick behalten: Schüler*innen aus bildungsfernen Familien werden auch beim digitalen Wissen schnell abgehängt. Nicht alle Familien haben das Geld für mobile Endgeräte, und selbst wenn es Töpfe gibt, aus denen diese dann finanziert werden können, ist das häufig ein Ausschlussmechanismus — denn Eltern wissen häufig nicht, dass sie ihr Kind in einer Laptopklasse anmelden können, obwohl sie das Geld für den Laptop nicht haben. Hier gilt es, Hürden abzubauen; <u>eigene mobile Endgeräte dürfen</u> <u>Der Besitz eines eigenen Geräts darf</u> keine Voraussetzung für den Schulbesuch sein, vielmehr wollen wir Schulen nach und nach damit ausstatten, sodass Schüler*innen sie <u>inner- und außerhalb der Schule</u> kostenlos nutzen können. <u>Auch die Lehrkräfte müssen mit den erforderlichen Geräten ausgestattet werden, wenn wir von ihnen erwarten, dass sie im Unterricht moderne Technik einsetzen. Bei der Beschaffung der elektronischen Ausrüstung dürfen allgemeine digitalisierungspolitische Aspekte wie Datenschutz- und Sicherheit, ökologischer Fußabdruck, Produktionsbedingungen usw. nicht übersehen werden.</u></p>	<p>Ü</p>
<p>L-01-529</p>	<p>GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 13.11.2018)</p>	<p>In Zeile 529 einfügen:</p> <p>darum, Schüler*innen auf das Leben in der digitalisierten Welt vorzubereiten <u>und sie zu digital citizens zu erziehen</u>. Dabei gilt es,</p>	<p>zurückgezogen</p>

L-01-530	Stefan Ziller (KV Marzahn-Hellersdorf)	<p>In Zeile 530 einfügen:</p> <p>sowohl Chancen als auch Risiken der Digitalisierung zu sehen. <u>Dafür müssen auch im digitalen Bereich außerschulische Lernorte und Kooperationspartner*innen selbstverständlicher Bestandteil von Schule werden.</u> Wie auch in anderen Bereichen</p>	Ü
L-01-531	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 16.11.2018)	<p>Von Zeile 531 bis 533 einfügen:</p> <p>ist es das Ziel von Bildung, mündige Bürger*innen zu erziehen, <u>die mit der Kompetenz ausgestattet sind, mit Medieninhalten kritisch umzugehen.</u> Schüler*innen müssen lernen, wie sie Medien gewinnbringend einsetzen können, aber auch, wie sie beispielsweise Unwahrheiten erkennen, <u>verschiedene und differenzierte Quellen finden und diese für ihre Meinungs- und Urteilsbildung nutzen</u> oder wie sie reagieren, wenn sie Cyber-Mobbing erleben. Der Einfluss</p> <p>Von Zeile 537 bis 538:</p> <p>Ungerechtigkeiten im Blick behalten: Schüler*innen aus <u>bildungsfernenbildungs (institutions)fernen</u> Familien werden auch beim digitalen Wissen schnell abgehängt. <u>(Stichwort "digitale Kluft").</u> Nicht alle Familien haben das Geld für mobile</p>	<p>531-533 Ü (dann Kontrolle durch Endredaktion)</p> <p>537-538 modÜ (Stichwort "digitale Kluft") bleibt; rest Endredaktion</p>

L-01-536	Karsten Dirk Gloger (Berlin-Kreisfrei KV)	<p>Von Zeile 536 bis 544:</p> <p>führen kann. Und auch im Hinblick auf die Digitalisierung müssen wir soziale Ungerechtigkeiten im Blick behalten: Schüler*innen aus bildungsfernen Familien werden auch beim digitalen Wissen schnell abgehängt. Nicht alle Familien haben das Geld für mobile Endgeräte, und selbst wenn es Töpfe gibt, aus denen diese dann finanziert werden können, ist das häufig ein Ausschlussmechanismus – denn Eltern wissen häufig nicht, dass sie ihr Kind in einer Laptopklasse anmelden können, obwohl sie das Geld für den Laptop nicht haben. Hier gilt es, Hürden abzubauen; mobile Endgeräte dürfen keine Voraussetzung für den Schulbesuch sein, vielmehr wollen wir Schulen nach und nach damit ausstatten, sodass Schüler*innen sie kostenlos nutzen können.</p> <p><u>Deshalb wollen wir Medienpädagogik und digitale Infrastruktur von Anfang an zusammen denken. Denn Digitalisierung ohne Medienpädagogik ist genauso wertlos wie eine gute Medienpädagogik ohne die entsprechende technische Infrastruktur. Im Hinblick auf die Digitalisierung unserer Schulen müssen wir auch soziale Ungerechtigkeiten im Blick behalten: Schüler*innen aus bildungsfernen Familien werden auch beim digitalen Wissen schnell abgehängt. Nicht alle Familien haben das Geld für mobile Endgeräte, und selbst wenn es Töpfe gibt, aus denen diese dann finanziert werden können, ist das häufig ein Ausschlussmechanismus – denn Eltern wissen häufig nicht, dass sie ihr Kind in einer Laptopklasse anmelden können, obwohl sie das Geld für den Laptop nicht haben. Hier gilt es, Hürden abzubauen; mobile Endgeräte dürfen keine Voraussetzung für den Schulbesuch sein, vielmehr wollen wir Schulen nach und nach damit ausstatten, sodass Schüler*innen sie kostenlos nutzen können.</u></p>	zurückgezogen
L-01-544	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 16.11.2018)	<p>In Zeile 544 einfügen:</p> <p>kostenlos nutzen können. <u>Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass an Schulen kostenlose opensource Software wie das Betriebssystem Linux verwendet wird.</u></p>	mod Ü: Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass an Schulen möglichst kostenlose opensource Software wie beispielsweise das Betriebssystem Linux verwendet werden kann.

L-01-545	Jörg Staudemeyer (Berlin-Kreisfrei KV)	<p>In Zeile 545 einfügen:</p> <p>Wir erwarten, dass die Senatsverwaltung die derzeitige Situation beendet, in der <u>es kein klares Gesamtkonzept gibt und</u> jede Schule</p> <p>Von Zeile 548 bis 549:</p> <p>Digitalisierungsentwicklungsplan vorlegen, <u>der den Weg weist zu einer anforderungsgerechten technischen Ausstattung der Bildungseinrichtungen und innerhalb der beteiligten Menschen, dem Aufbau der erforderlichen personellen Kompetenzen und der Entwicklung der fach- und allgemeindidktischen Grundlagen.</u> Innterhalb der Senatsverwaltung den soll der Bereich Digitalisierung der Schulen im Bildungswesen <u>gestärkt und</u> personell so ausstatten, <u>ausgestattet werden, dass sie die Vorhaben auch gegenüber den anderen beteiligten Stellen (Innenverwaltung, ITDZ) durchsetzen und zügig ausführen kann und</u> dass Schulen dort auch</p>	Ü
L-01-550	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 13.11.2018)	<p>Von Zeile 550 bis 552:</p> <p>Bildung für nachhaltige Entwicklung Gerade in Zeiten der allgegenwärtigen Digitalisierung ist es wichtig, dass wir Kindern die Möglichkeit geben, auch <u>Uns ist es wichtig, dass wir Kindern die Möglichkeit geben.</u> Umwelt und Natur greifbar zu erleben und zu erlernen.</p>	Ü

L-01-570	Bernd Schwarz (Berlin-Reinickendorf KV)	<p>In Zeile 570 einfügen:</p> <p>Naturbildungseinrichtungen wahrnehmen kann.</p> <p><u>Inklusion betrifft alle Kinder</u></p> <p><u>Wir bekennen uns zur UN-Behindertenrechtskonvention und denken „Inklusion“ gleichzeitig viel breiter. Es geht für uns nicht nur um die Idee, Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Regelschulen zu unterrichten – Inklusion bedeutet für uns vielmehr jedes Kind so zu nehmen, wie es ist, unabhängig von (zugeschriebenem) Migrationshintergrund, Namen, Religion, Äußerem, sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität, sozio-ökonomischem Hintergrund, Alter oder Behinderung.</u></p> <p><u>Eine inklusive Schule in einer inklusiven Gesellschaft wird immer ein Ziel bleiben, zu dem ein Weg führt, der auf Vorurteilsbewusstsein und der Wertschätzung von Vielfalt beruht und die Chancen und Möglichkeiten aller Schüler*innen individuell und zugleich generell in den Mittelpunkt stellt. Berlin ist auf diesem Weg schon einige wichtige Schritte gegangen. Rahmenlehrplan und Schulgesetz sind überarbeitet und es sind in allen Bezirken die Schüler*innen, Familien und Schulen gleichermaßen begleitenden Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentren (SIBUZ) eingerichtet worden. Es gibt Qualifizierungsprogramme für Schulen und Fortbildungskonzepte für Pädagog*innen. Die bisher vereinbarten 36 inklusiven Schwerpunktschulen sind mit mehr Personal ausgestattet und Kinder mit Autismus und besonderer geistiger, körperlicher oder motorischer Entwicklung lernen in gemischten Klassen. Hier können sehende und nicht sehende, hörende und nicht hörende Kinder miteinander lernen.</u></p> <p><u>Diversität ist selbstverständlicher Alltag, nur leider nicht überall gelebte pädagogische Praxis. Das Wahlrecht der Familien ist formal an allen Schulen eingeschränkt, nicht nur an Gymnasien. Viele Familien machen die Erfahrung, wegberaten zu werden. Sie sind mit hohen bürokratischen Hürden konfrontiert. Insbesondere Familien mit gesundheitlichen Belastungen, mit niedrigem Bildungs- oder Sozialniveau, mit Migrations- oder diversem kulturellen Hintergrund stolpern und scheitern eher an diesen Hürden.</u></p> <p><u>Und wenn Familien dennoch von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen und sich bspw.</u></p>	<p>mod Ü: Schule in der Vielfalt ist inklusiv</p> <p>Unsere Schülerschaft ist vielfältig und multikulturell. Aber unsere Schulen und das Personal in den Bildungseinrichtungen sind eher monokulturell und monolingual geprägt. Vielfalt kann zu Spannungen führen und oft werden diese durch soziale Unterschiede verstärkt. Das Resultat sind Schulen, die von einigen Familien, die es sich leisten können und wollen, gemieden werden. Nicht selten ziehen Familien aus ihren Kiezen weg, sobald die Kinder im Einschulungsalter sind. Das führt zu mehr Segregation und Spaltung. Gegen diesen Abwärtstrend gibt es kein Patentrezept, dennoch gelingt es vielen Schulen in sozial benachteiligten Gebieten mit Ganztagsbetreuung, Elterncafés, durch Eigenverantwortung und ähnliche Maßnahmen, die Entwicklung zu stoppen und gar umzukehren. Sie beweisen, dass Schulen überall gelingen können.</p> <p>Das Geheimnis ist eine gute Bildungsqualität und eine diversitätsorientierte Öffnung der Bildungseinrichtung. Vorurteilsbewusstsein und die Anerkennung der Vielfalt unserer Gesellschaft sind dafür unerlässlich. Zur Schule in Vielfalt gehören auch Pädagog*innen of Color und mit diversitätssensiblen Kompetenzen. Darum ist die Reform der Lehrkräfte- und Erzieherausbildung sowie der Rahmenpläne ein wichtiger Baustein zum Gelingen der Schule in Vielfalt. Die Realität der Einwanderungsgesellschaft muss sich in der Ausbildung, in den Rahmenplänen und im Unterricht klar widerspiegeln.</p> <p>Wir bekennen uns zur UN-Behindertenrechtskonvention und denken „Inklusion“ gleichzeitig viel breiter. Es geht für uns nicht nur um die Idee, Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Regelschulen zu unterrichten – Inklusion bedeutet für uns vielmehr jedes Kind so zu nehmen, wie es ist, unabhängig von sozialer oder ethnischer Herkunft, kultureller Traditionen, religiöser Überzeugung, sexueller Orientierung, geschlechtlicher Identität oder von Behinderungen. Berlin ist auf dem Weg zu einer inklusiven in einer inklusiven Gesellschaft schon einige wichtige Schritte gegangen. Rahmenlehrplan und Schulgesetz sind überarbeitet und es sind in allen Bezirken Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentren (SIBUZ) eingerichtet worden. Es gibt Qualifizierungsprogramme für Schulen und Fortbildungskonzepte für Pädagog*innen. Die bisher vereinbarten 36 inklusiven Schwerpunktschulen sind mit mehr Personal ausgestattet und Kinder mit Autismus und besonderer geistiger, körperlicher oder motorischer Entwicklung</p>
----------	--	---	--

L-01-570-2	Dirk Jordan und Sybille Volkholz (LAG Bildung)	<p>In Zeile 570 einfügen:</p> <p>Naturbildungseinrichtungen wahrnehmen kann.</p> <p><u>Inklusion betrifft alle Kinder</u> <u>Wir bekennen uns zur UN-Behindertenrechtskonvention und denken „Inklusion“ gleichzeitig viel breiter. Es geht für uns nicht nur um die Idee. Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Regelschulen zu unterrichten – Inklusion bedeutet für uns vielmehr jedes Kind so zu nehmen, wie es ist, unabhängig von sozialer oder ethnischer Herkunft, kultureller Traditionen, religiöser Überzeugung, sexueller Orientierung, geschlechtlicher Identität oder von Behinderungen.</u></p> <p><u>Eine inklusive Schule in einer inklusiven Gesellschaft wird immer ein Ziel bleiben, zu dem ein Weg führt, der auf der Wertschätzung von Vielfalt beruht und die Chancen und Möglichkeiten aller Schüler*innen individuell und zugleich generell in den Mittelpunkt stellt. Berlin ist auf diesem Weg schon einige wichtige Schritte gegangen. Rahmenlehrplan und Schulgesetz sind überarbeitet und es sind in allen Bezirken die Schüler*innen, Familien und Schulen gleichermaßen begleitenden Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentren (SIBUZ) eingerichtet worden. Es gibt Qualifizierungsprogramme für Schulen und Fortbildungskonzepte für Pädagog*innen. Die bisher vereinbarten 36 inklusiven Schwerpunktschulen sind mit mehr Personal ausgestattet und Kinder mit Autismus und besonderer geistiger, körperlicher oder motorischer Entwicklung lernen in gemischten Klassen. Hier können sehende und nicht sehende, hörende und nicht hörende Kinder miteinander lernen. Diversität ist selbstverständlicher Alltag, nur leider nicht überall gelebte pädagogische Praxis.</u></p> <p><u>Kinder und Jugendliche mit komplexen individuellen Lebenssituationen und Problemlagen müssen adäquat unterstützt werden. Dies erfordert tragfähige Strukturen und verlässliche Verfahrensregelungen für alle Verantwortlichen (Schulen, Jugend, Gesundheit, weitere Hilfe- und Unterstützungssysteme). Damit die Unterstützung gelingen kann, müssen die beteiligten Professionen fächer- und institutionenübergreifend zusammenarbeiten, gemeinsame Hilfeplanung stattfinden.</u></p>	erledigt durch mod Ü L-01-570
------------	--	---	-------------------------------

L-01-570-3	Özcan Mutlu (Berlin-Mitte KV)	<p>In Zeile 570 einfügen:</p> <p>Naturbildungseinrichtungen wahrnehmen kann.</p> <p>Schule in der Vielfalt ist inklusiv!</p> <p><u>Unsere Schülerschaft vielfältig und multikulturell. Aber unsere Schulen, die Rahmenpläne und das Personal in den Bildungseinrichtungen sind eher monokulturell und monolingual geprägt. Vielerorts führt Vielfalt zu Anspannungen und oft werden diese durch soziale Unterschiede verstärkt. Das Resultat sind Schulen die von bildungsnahen Eltern, insbesondere deutscher Herkunft gemieden werden. Oft ziehen Eltern aus ihren Kiezen weg, sobald die Kinder im Einschulungsalter sind. Das führt zu einem Abwärtstrend, welcher zu mehr Segregation und Spaltung führt. Gegen diesen Abwärtstrend gibt es kein Patentrezept, dennoch gelingt es aber vielen Schulen in sozialbenachteiligten Gebieten mit Ganztagsbetreuung, Elterncafes, durch Eigenverantwortung und ähnliche Maßnahmen, den Abwärtstrend zu stoppen und gar umzukehren. Sie beweisen, dass Schulen in sozialbenachteiligten Gebieten gelingen können. Das Geheimnis dieser Schulen ist eine gute Bildungsqualität, die Anerkennung von Vielfalt und eine Öffnung der Bildungseinrichtung. Die Anerkennung der Vielfalt unserer Gesellschaft ist dafür unerlässlich. Zur Schule in der Vielfalt gehören auch Lehrkräfte und Erzieher*innen mit interkulturellen Kompetenzen oder Migrationshintergrund. Darum ist die Reform der Lehrer*innen –und Erzieher*innenausbildung sowie der Rahmenpläne ein wichtiger Baustein zum Gelingen der Schule in der Vielfalt. Die Realität der Einwanderungsgesellschaft muss sich in den Rahmenplänen, im Unterricht und in der Lehrer*innen -und Erzieher*innenausbildung klar widerspiegeln.</u></p> <p><u>2009 hat die Bunderepublik die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ratifiziert und sich verpflichtet, ein inklusives Bildungssystem zu gewährleisten. Die Umsetzung dieser scheitert bis heute am fehlenden politischen Willen und am Zuständigkeitsgerangel zwischen Bund und Ländern. Auch in Berlin liegen noch viele Hindernisse auf dem Weg zu einer inklusiven Schule. Für uns ist die Schule in der Vielfalt inklusiv und hat dafür Sorge zu tragen, dass die Integration von Unterschieden flächendeckend gelingt. Sie muss auch das Wahrnehmen und Akzeptieren von Unterschieden fördern. Seit Jahren ist die gemeinsame Erziehung von Schüler*innen mit und ohne Behinderung vielerorts in Berlin erprobte Praxis. Wir müssen uns für die Ausweitung in der Fläche einsetzen und die dafür nötigen personellen und finanziellen Voraussetzungen schaffen. Auch hier muss die Regel gelten, dass das einzelne Kind mit seiner spezifischen Situation und seinen individuellen Bedürfnissen im Mittelpunkt aller Überlegungen steht. Die inklusive Schule trägt nämlich Verantwortung für alle ihre Schüler*innen. Sie ist eine Schule ohne Auslese und verzichtet auf Selektionsinstrumente.</u></p>	erledigt durch mod Ü L-01-570
------------	----------------------------------	---	-------------------------------

L-01-574	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 07.11.2018)	<p>In Zeile 574 einfügen:</p> <p>Vielfalt, Meinungsfreiheit und Menschenwürde eintreten. <u>Kinder und Jugendliche sind Träger*innen eigener Menschenrechte, so die UN-Kinderrechtskonvention und unsere tiefe Überzeugung. In diesem Sinne müssen Schulen befähigt sein, Kinder- und Menschenrechte als Richtschnur für junge Menschen und pädagogische Personal zu leben.</u></p>	Ü
L-01-574-2	Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)	<p>In Zeile 574 einfügen:</p> <p>Vielfalt, Meinungsfreiheit und Menschenwürde eintreten. <u>Schule ist ein demokratischer Ort, wenn Demokratie dort gelebt wird. Demokratie in der Schule muss daher den Hauptgegenstand von Schule, das Lernen, mit umfassen und schließt auch das Zusammenleben in der Schule ein. Demokratie in der Schule macht keinen Sinn, wenn sie nicht auch als Übungsfeld in der Gesellschaft verstanden und gestaltet wird und übt, verantwortlich zu handeln und selbständig zu leben.</u></p>	Ü
L-01-575	Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)	<p>In Zeile 575:</p> <p>Wir wollen deshalb <u>außerdem</u> den Schülervertretungen, den Bezirksschülerausschüssen sowie dem</p>	Ü

L-01-575-2	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 16.11.2018)	<p>In Zeile 575:</p> <p>Wir wollen deshalb den Schülervertretungen<u>Schüler*innenvertretungen</u>, den Bezirksschülerratsausschüssen<u>Bezirksschüler*innenausschüssen</u> sowie dem</p> <p>In Zeile 581 einfügen:</p> <p>Mitbestimmungsmöglichkeiten wie beispielsweise Schulparlamente einzuführen. <u>Auch wollen wir, dass Schüler*innen selbstverantwortlich und selbstbestimmt an der Konzeption und Gestaltung von Projekten und Klassenfahrten mitwirken.</u></p>	575 zurückgezogen 581 Ü
L-01-581	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 07.11.2018)	<p>In Zeile 581 einfügen:</p> <p>Mitbestimmungsmöglichkeiten wie beispielsweise Schulparlamente einzuführen. <u>Innerschulische Beratungszentren für Diversity und Inklusion können Materialien zu kultureller und sprachlicher, zu religiöser und weltanschaulicher, zu geschlechtlicher und sexueller, zu sozialer und ethnischer Vielfalt zur Verfügung stellen.</u></p>	mod Ü: Innerschulische Beratung für Diversity und Inklusion kann Materialien zu kultureller und sprachlicher, zu religiöser und weltanschaulicher, zu geschlechtlicher und sexueller, zu sozialer und ethnischer Vielfalt zur Verfügung stellen.
L-01-581-2	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung) (beschlossen am: 16.11.2018)	<p>In Zeile 581 einfügen:</p> <p>Mitbestimmungsmöglichkeiten wie beispielsweise Schulparlamente einzuführen. <u>Allgemein gilt: Schüler*innen sind an Schulen die größte Gruppe. Deshalb müssen sie in allen Gremien mindestens 50% der stimmberechtigten Personen stellen. Um ihrer Verantwortung gerecht werden zu können, müssen sie Zeit für die Einarbeitung in die zu besprechenden Themen bekommen und dabei aktiv von Lehrer*innen unterstützt werden.</u></p>	Zurückgezogen zugunsten von L-01-581-3

L-01-581-3	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)	<p>In Zeile 581 einfügen:</p> <p>Mitbestimmungsmöglichkeiten wie beispielsweise Schulparlamente einzuführen. <u>Allgemein gilt: Schüler*innen sind an Schulen die größte Gruppe. Deshalb müssen sie in der Schulkonferenz mindestens 50% der stimmberechtigten Personen stellen. Um ihrer Verantwortung gerecht werden zu können, müssen sie Zeit für die Einarbeitung in die zu besprechenden Themen bekommen und dabei aktiv von Lehrer*innen und Schulsozialarbeiter*innen unterstützt werden.</u></p>	Abstimmung
L-01-583	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 13.11.2018)	<p>Von Zeile 583 bis 584:</p> <p>diese Angebote bekannter zu machen und Lehrkräften <u>sowie Schüler*innen</u> auch den nötigen (zeitlichen) Freiraum zu geben, diese mit ihren Schüler*innen <u>gemeinsam</u> anzunehmen.</p>	Ü

L-01-584	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 16.11.2018)	<p>In Zeile 584 einfügen:</p> <p>geben, diese mit ihren Schüler*innen anzunehmen. <u>Für eine niedrigschwellige Beteiligung aller Schüler*innen fordern wir die Verankerung von wöchentlich zwei Stunden für den Klassenrat in jeder Klasse ab dem ersten Schuljahr im Berliner Schulgesetz.</u></p> <p><u>Um wahre Demokratiebildung zu ermöglichen gilt es auch die autoritären Strukturen des Unterrichts aufzubrechen. Dazu gehört ein alternatives Bewertungssystem, wie es bereits in vielen Schulen erprobt wurde. Ziffernoten erhöhen den Stresslevel aller Schüler*innen, dienen nur der Selektion der Kinder und geben keine objektive oder reflektierte Rückmeldung über individuelle Lernerfolge. Somit gehören sie langfristig abgeschafft und durch differenziertere Bewertungen und Rückmeldungen ersetzt. Der Senat soll ein alternatives Bewertungskonzept erarbeiten. Ein erster Schritt soll die Abschaffung der Noten bis zur 8. Klasse sein.</u></p> <p><u>Lehrer*innen sollen zukünftig mehr als Lernbegleitung verstanden werden, welche den Schüler*innen helfen den für sie bestmöglichen Lernweg zu gehen.</u></p> <p><u>Die Demokratisierung von Schule muss auch eine Stärkung von selbstbestimmtem Handeln beinhalten. Deshalb fordern wir, dass Schüler*innen eine größere Wahlfreiheit zwischen unterschiedlichen Themen, Fächern und Projekten gewährt wird. Wir wollen, dass Schule in Zukunft jahrgangsübergreifend und projektorientiert stattfindet.</u></p> <p><u>Damit Schüler*innen in der Schule gut aufpassen und viel lernen können ist die Voraussetzung eine gute geistige und körperliche Verfassung. Neben der Reduzierung des Stresslevels ist es also auch unsere Aufgabe die Kinder in ihrem natürlichen Biorhythmus leben zu lassen. Da dieser bei jedem Menschen und vor allem in der Pubertät sehr unterschiedlich sein kann werden die ersten und letzten Stunden des Schultages zu Gleitphasen werden, in denen Schüler*innen individuell an Aufgaben arbeiten können. Ob sie früher kommen oder gehen oder beide Phasen nutzen soll ihre Entscheidung sein.</u></p>	<p>ModÜ: Den Klassenrat halten wir für eine sinnvolle, niedrigschwellige Beteiligungsform aller Schüler*innen. Deshalb wollen wir, dass dafür in allen Klassenstufen dafür Zeit eingeräumt wird.</p> <p>Die autoritären Strukturen der Schule stehen im Widerspruch zum in den Rahmenlehrplänen formulierten Ziel der Selbstwirksamkeit. Wir wollen sie deshalb durch unterschiedliche Maßnahmen aufbrechen. So wollen wir zum Beispiel den Senat auffordern, ein alternatives Bewertungskonzept zu erarbeiten, da Ziffernoten kaum differenzierte Rückmeldung über individuelle Lernerfolge geben und häufig eher ein Stressfaktor sind und damit die Motivation von Schüler*innen schmälern statt sie zu fördern. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass in einem Schulversuch wie er beispielsweise auch in Baden-Württemberg durchgeführt wird, Gleitzeit für Schüler*innen getestet wird. So kann nicht nur die Eigenverantwortung gestärkt, sondern das Lernen auch dem individuellen Biorhythmus angepasst und damit effektiver werden.</p> <p>ACHTUNG - NOCH NICHT BESTÄTIGT</p>
----------	---	---	---

L-01-585	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 07.11.2018)	In Zeile 585: Das Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) gilt auch für die Berliner Schulen- Sie <u>Schulen</u> sollten	erledigt durch Ü 585-2
L-01-585-2	Bettina Jarasch und Sebastian Walter (KV Pankow / KV Tempelhof-Schöneberg)	In Zeile 585: Das <u>künftige</u> Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) gilt <u>wird</u> auch für die Berliner Schulen <u>gelten</u> . Sie sollten	Ü
L-01-587	Dirk Jordan u.a. (LAg Bildung)	Von Zeile 587 bis 590: gleichberechtigt lernen und heranwachsen können. Und das natürlich ungeachtet des (zugeschriebenen) Migrationshintergrundes, des Namens, der Religion, der „Hautfarbe“, des Äußeren, der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität, des sozio-ökonomischen Hintergrunds, des Alters oder einer Behinderung. Und das <u>natürlich unabhängig von sozialer oder ethnischer Herkunft, kultureller Traditionen, religiöser Überzeugung, sexueller Orientierung, geschlechtlicher Identität oder von Behinderungen.</u> Schule muss Entfaltungs-, Lernraum, aber	zurückgezogen

L-01-591	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 13.11.2018)	<p>In Zeile 591 einfügen:</p> <p>auch „Safe Space“ sein. <u>Eine sensible Sprache im Schulalltag ist dafür genauso unerlässlich wie eine Darstellung von Vielfalt im Lehrmaterial, die keine diskriminierenden Denkmuster reproduziert und festigt. Das Schulmaterial muss die Schüler*innen zum kritischen Reflektieren über gesellschaftliche Konstrukte und ihre eigenen Privilegien befähigen. Darüber hinaus fordern wir, dass Schulen fehlerfreundlicher werden. Gerade in den unteren Klassenstufen sollte ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass kein Kind mit Fähigkeiten geboren wird und dass (fast) alles erlernt werden kann. Um Diskriminierungen zu vermeiden, muss anerkannt werden, dass nicht alle Kinder die gleichen Möglichkeiten hatten, vor der Schule zu lernen. Die unterschiedlichen Wissensstände müssen durch spezielle Förderung ausgeglichen und so eine Chancengleichheit hergestellt werden.</u></p>	Ü
L-01-591-2	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung (beschlossen am: 16.11.2018)	<p>In Zeile 591 einfügen:</p> <p>auch „Safe Space“ sein. <u>Schulmaterialien enthalten oft strukturellen Rassismus wodurch Kinder unter anderem schon früh das hegemoniale Machtverhältnis, nach dem unsere Welt funktioniert, beigebracht bekommen. Wir fordern deshalb eine kritische Auseinandersetzung mit der Kolonialzeit und die Thematisierung von strukturellem Rassismus um Kindern eine Reflexion der heutigen Weltordnung zu ermöglichen.</u></p>	Ü, aber vor L-01-591

L-01-591-3	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 16.11.2018)	<p>In Zeile 591 einfügen:</p> <p>auch „Safe Space“ sein. <u>Damit sich Schüler*innen of Colour über ihre Rassismuserfahrungen - ohne Angst und ohne verurteilt zu werden - austauschen sowie bereits im früher Alter die zu ihnen passenden Copingstrategien gegen Rassismen entwickeln können, ist es unumgänglich, dass es an Schulen geschützte Empowerment-Räume gibt, die von professionellen Empowerment-Trainer*innen gestaltet werden.</u></p>	<p>modÜ: Damit sich Schüler*innen of Colour über ihre Rassismuserfahrungen - ohne Angst und ohne verurteilt zu werden - austauschen sowie bereits im früher Alter die zu ihnen passenden Copingstrategien gegen Rassismen entwickeln können, ist es unumgänglich, dass es an Schulen geschützte Empowerment-Räume gibt, und Empowermentstrategien in der Schulsozialarbeit eine wichtige Rolle spielen.</p>
------------	---	---	---

L-01-592	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 07.11.2018)	<p>Von Zeile 592 bis 597:</p> <p>Das LADG wird hier einen sinnvollen Beitrag leisten können, um den Diskriminierungsschutz an Schulen zu stärken. Uns genügt das aber noch nicht. Weitere Maßnahmen wie der Ausbau von Beratungs- und Unterstützungsangeboten oder die Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle als Ergänzung zur wertvollen Arbeit der Antidiskriminierungsbeauftragten der Bildungsverwaltung sind notwendig. Wir kämpfen weiter: für rassistuskritische Schulen, Schulen mit Courage und Schulen in Vielfalt!</p> <p><u>[ohne Absatz]</u> <u>und ein wichtiger Lebensort, wo Kinder und Erwachsene mit Respekt und Wertschätzung miteinander umgehen. Bei der Gewährleistung des Kinderschutzes nehmen die Schulen eine wichtige Rolle ein. Gewalt, Ausgrenzung, Mobbing dürfen nicht toleriert werden. Schüler*innen, Eltern und das Schulpersonal müssen ermutigt werden, hinzuschauen, zuzuhören und anzusprechen. Schulen müssen in die Lage versetzt werden, eine wirkungsvolle Präventionsarbeit zu leisten, aber auch passgenaue Unterstützungsangebote für die Opfer von Gewalt, sexualisierter Gewalt und Mobbing – ob Kinder oder Erwachsene – sicherzustellen. Hierfür brauchen Schulen zusätzliche Ressourcen für Fortbildungsangebote wie z. B. Sensibilisierungstrainings, um das pädagogische Personal zu befähigen, solche Vorfälle präventiv zu verhindern oder professionell zu erkennen und zu adressieren. Schließlich sind niedrigschwellige Anlauf- und Beratungstellen ebenso wichtig wie eine unabhängige Beschwerdestelle in Ergänzung zur wertvollen Arbeit der Antidiskriminierungsbeauftragten. R²G hat die Einrichtung von Krisenteams im Schulgesetz verpflichtend festgelegt. Die Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“ des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs begrüßen wir als ermutigende Unterstützung. Wir kämpfen weiter: für rassistuskritische Schulen, Schulen mit Courage und Schulen in Vielfalt!</u></p>	<p>mod. Ü. füge ein nach Z. 597: "Auch bei der Gewährleistung des Kinderschutzes nehmen die Schulen eine wichtige Rolle ein. Nicht nur Diskriminierung, auch Gewalt und Mobbing dürfen niemals toleriert werden. Schulen müssen in die Lage versetzt werden, eine wirkungsvolle Präventionsarbeit zu leisten und zugleich passgenaue Unterstützungsangebote für die Opfer von Gewalt, sexualisierter Gewalt und Mobbing sicherzustellen. Die dafür nötigen Ressourcen für entsprechende Fortbildungen und Sensibilisierungstrainings, wollen wir den Schulen zur Verfügung stellen. Es ist ein Schritt voran, dass Rot-Rot-Grün die Einrichtung von Krisenteams an Schulen verpflichtend festgelegt hat. Die Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“ des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs begrüßen wir als Ermutigung, unseren Weg fortzusetzen.“</p>
----------	---	--	--

L-01-596	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 16.11.2018)	<p>Von Zeile 596 bis 597:</p> <p>der Bildungsverwaltung sind notwendig. Wir kämpfen weiter: für rassismuskritische Schulen, Schulen mit Courage und Schulen in Vielfalt!</p>	Ü
L-01-599	Jonas Krone (Berlin- Steglitz/Zehlendorf KV)	<p>Von Zeile 599 bis 605 löschen:</p> <p>Um Schule gestalten zu können, ist es wichtig zu wissen, wie es um unsere Schulen bestellt ist. Das geht nur mit guter Forschung und der Erhebung von Daten über unsere Schulen. Mit der Einführung der Lernmittelbefreiung für alle wird uns ein wichtiger Indikator verloren gehen, mit dessen Hilfe es möglich ist, die soziale Mischung von Schulen und Klassen nachzuvollziehen. Wir wollen dieses Defizit künftig durch andere Indikatoren, zum Beispiel den Berlinpass, ersetzen und gleichzeitig weiter in die Forschung zu unseren Schulen investieren.</p>	Ü
L-01-605	Vito Dabisch u.a. (LAG Bildung)	<p>In Zeile 605 einfügen:</p> <p>investieren. <u>Dabei möchten wir eine Sozialberichterstattung Schule auf bezirklicher und Landesebene schaffen, die kontinuierlich die soziale Segregation zwischen Berliner Schulen auch auf Grundlage von Bildungshintergrund und Einkommen untersucht.</u></p>	Ü nach L-01-507

L-01-609	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 16.11.2018)	<p>In Zeile 609 einfügen:</p> <p>dass Kinder genau das bekommen.</p> <p><u>Endlich eine echte, bedarfsorientierte Deutschförderung an Schulen – und keine, die sich an der Phantasie-Kategorie „nichtdeutsche Herkunftssprache“ orientiert</u></p> <p><u>Wir fordern, dass alle Schüler*innen, unabhängig ihrer Herkunft und ihrer Fähigkeiten in anderen (Familien)Sprachen, zu einem geeigneten Zeitpunkt nach dem Schuleintritt an Tests teilnehmen, die ihren Sprachstand in der deutschen Sprache adäquat feststellen, um im nächsten Schritt entsprechend des Bedarfs der Schüler*innen ein Sprachförderkonzept für Deutsch als Zweitsprache finanziell zu fördern. Dabei muss die Senatsverwaltung für Bildung Sorge tragen, dass die hierfür vorgesehene finanzielle Zuwendung sowie die Lehrer*innen-Stunden ausschließlich für die Deutschförderung eingesetzt werden.</u></p> <p><u>Gemäß § 17 der Sekundarstufe I-Verordnung (Sek I – VO) sind Schulen angehalten, bei allein Schüler*innen, „deren Kommunikationssprache innerhalb der Familie nicht Deutsch ist“ und die „erkennen lassen, dass sie dem Unterricht nicht oder nur unzureichend folgen können“, den „Umfang der deutschen Sprachkenntnisse“ festzustellen, um „zusätzliche Sprachfördermaßnahmen“ vom Land gefördert zu bekommen. Sowohl dieser Paragraph der Verordnung als auch deren praktische Umsetzung sind aus folgenden Gründen problematisch: 1) Es gibt durchaus monolinguale Kinder, die sich ausschließlich auf Deutsch mit ihren Familien unterhalten und dennoch nicht den schulischen Erwartungen im Hinblick auf die Deutschkenntnisse entsprechen. Ihr Bedarf an sprachlicher Förderung wird laut § 17 Sek I – VO nicht in den Blick genommen. 2) Die Umsetzung des § 17 Sek I – VO erfolgt nicht flächendeckend entsprechend der hier aufgeführten Vorgaben: a) Es kommt unter Umständen vor, dass allein aufgrund von diskriminierenden Zuschreibungspraktiken Schüler*innen der Kategorie „nichtdeutsche Herkunftssprache“ zugeordnet werden – unabhängig ihres tatsächlichen sprachlichen Vermögens im Deutschen - allein basierend auf z.B. phänotypische Merkmale, des Namens, der familiären Migrationsgeschichte. b) Auch ist es nicht unüblich, dass die für den DaZ- Unterricht vorgesehenen Mitteln nicht eins zu eins auch in den DaZ- Unterricht, sondern z.B. in Vertretungsstunden fließen. Diese Praxis entspricht nicht dem Ziel des § 17 Sek I – VO.</u></p> <p><u>Weil Schulen explizite und implizite Erwartungen an die Sprachpraxis im Deutschen an die Schüler*innen stellen - auch in Fächern, in denen es nicht um die Sprache geht, ist es aus Gesichtspunkten der Bildungsgerechtigkeit notwendig, dass Schüler*innen durch eine geeignete, tatsächlich an ihren Bedarfen orientierte Förderung in der deutschen Sprache eine Kompensation erfahren – unabhängig von diskriminierenden Zuschreibungen.</u></p> <p><u>Sprachbildung in der deutschen und Familiensprache</u></p> <p><u>Berlin ist seit Jahrzehnten von Migration geprägt; Kinder, die die deutsche Sprache noch lernen und ausweiten möchten, kommen regelmäßig, immer wieder aufs Neue in den Berliner Klassen an. Die hierfür bereits existierenden Konzepte der Sprachbildung –inkludiert in Regelklassen – sollen endlich flächendeckend Anwendung finden. Darüber hinaus müssen Anreize geschaffen werden, dass genügend Menschen sich zu DaZ-Lehrkräften ausbilden lassen.</u></p> <p><u>Mehrsprachigkeit gehört zum Alltag der mittlerweile fast 50 % der Kinder. Diese Lebensrealität ist nach wie vor an Berliner Schulen nicht abgebildet. Wir fordern, dass</u></p>	<p>mod. Ü. nach Z. 497 " [als Überschrift] Für echte Chancengerechtigkeit braucht es echte, bedarfsorientierte Deutschförderung - und die Förderung von Mehrsprachigkeit</p> <p>Berlin ist seit Jahrzehnten von Migration geprägt; Kinder, die die deutsche Sprache noch lernen und ausweiten möchten, kommen regelmäßig, immer wieder aufs Neue in den Berliner Klassen an. Die hierfür bereits existierenden Konzepte der Sprachbildung – inkludiert in Regelklassen – sollen endlich flächendeckend Anwendung finden. Darüber hinaus müssen Anreize geschaffen werden, dass genügend Menschen sich zu DaZ-Lehrkräften ausbilden lassen.</p> <p>Mehrsprachigkeit gehört zum Alltag der mittlerweile fast 50 % der Kinder. Diese Lebensrealität ist nach wie vor an Berliner Schulen nicht abgebildet. Wir fordern, dass verschiedene Familiensprachen – entsprechend der Zusammensetzung der Klassen als ein Unterrichtsfach - ähnlich wie Fremdsprachen- notenrelevant angeboten und wertgeschätzt werden.</p> <p>Schulen haben explizite und implizite Erwartungen an Schüler*innen im Hinblick auf die Sprachpraxis im Deutschen - auch in Fächern, in denen es nicht um die Sprache geht. Wir wollen die fragwürdige Kategorie "nichtdeutsche Herkunftssprache" abschaffen. Denn: Es gibt einerseits auch monolinguale Kinder, die sich ausschließlich auf Deutsch mit ihren Familien unterhalten und dennoch nicht den schulischen Erwartungen im Hinblick auf die Deutschkenntnisse entsprechen; andererseits kommt es immer wieder vor, dass allein aufgrund von diskriminierenden Zuschreibungspraktiken Schüler*innen der Kategorie „nichtdeutsche Herkunftssprache“ zugeordnet werden – unabhängig ihres tatsächlichen sprachlichen Vermögens im Deutschen - allein basierend auf z.B. phänotypische Merkmale, des Namens, der familiären Migrationsgeschichte. Um allen Kindern Chancengerechtigkeit zu garantieren, müssen sie durch eine geeignete, tatsächlich an ihren individuellen Bedarfen orientierte Förderung in der deutschen Sprache eine Unterstützung erfahren – unabhängig von diskriminierenden Zuschreibungen.</p> <p>Wir fordern daher, dass alle Schüler*innen, unabhängig ihrer Herkunft und ihrer Fähigkeiten in anderen Sprachen, zu einem geeigneten Zeitpunkt nach Schuleintritt an Tests teilnehmen, die ihren Sprachstand in der deutschen Sprache adäquat feststellen, um im nächsten Schritt entsprechend des individuellen Bedarfs der Schüler*innen ein „Deutschförderkonzept“ zu erstellen. Die Finanzierung wird sich dann am individuellen Bedarf jeder einzelnen Schule festmachen. Dabei muss die Senatsverwaltung für Bildung dafür Sorge tragen, dass die hierfür vorgesehene finanzielle Zuwendung ausschließlich zur Deutschförderung eingesetzt wird.</p>
----------	---	---	---

L-02: Grün statt Grau			
L-02-001	Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht)	In Zeile 1 löschen: Grün statt Grau	zurückgezogen
L-02-002	Franziska Eichstädt-Bohlig (KV Charlottenburg)	In Zeile 2: Für ein Berlin, das <u>auch bei baulicher Verdichtung</u> aufblüht und immer-grüner wird	mod. Ü: "Berlin nachhaltig, sozial und ökologisch entwickeln"
L-02-002-2	Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht)	Nach Zeile 2 einfügen: <u>Für ein grüneres Berlin!</u>	erledigt durch: L-02-002
L-02-003	Martin Reents und Susanne Jahn (LAG Bauen)	Von Zeile 3 bis 6: Berlin wächst und wird immer dichter. Das bedeutet immer mehr Beton und weniger Platz. Denn alle Menschen <u>leben in der Stadt und</u> wollen wohnen, arbeiten und sich fortbewegen. Damit sie dies möglichst gesund und entspannt tun können, brauchen wir aber nicht nur mehr Gebäude, Straßen und Schienen, sondern vor allem auch gute Luft, sauberes Wasser, <u>Grün in der Stadt</u> und Räume <u>Freiflächen</u> zur Erholung.	Übernahme
L-02-005	Matthias Oomen (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	In Zeile 5: entspannt tun können, brauchen wir aber nicht nur mehr Gebäude, Straßen und Schienen <u>Verkehrswege</u> ,	mod. Ü: "Gebäude, Schienen und Straßen, ..."

L-02-006	Franziska Eichstädt-Bohlig, Daniela Billig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf und KV Pankow)	In Zeile 6 einfügen: sondern vor allem auch gute Luft, sauberes Wasser, <u>viel Grün</u> und Räume zur Erholung.	Übernahme
----------	--	--	-----------

L-02-007	Franziska Eichstädt-Bohlig, Daniela Billig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf und KV Pankow)	<p>Von Zeile 7 bis 17:</p> <p>In den letzten Jahren wurden hierfür prägende Entscheidungen getroffen. Es<u>Für die Lebensqualität und das Klima in unser Stadt</u> war es richtig, auf dem Gelände des Gleisdreiecks keine Autobahn, sondern einen Park zu bauen. Es war ebenso wichtig, den Mauerpark und das Tempelhofer Feld frei zu rethalten. Deshalb wehren<u>Dem einseitigen Ruf nach mehr BauenBauenBauen setzen wir uns dagegeneine Stadtentwicklung der Nachhaltigkeit entgegen, die Uhr zurückzudrehendie bauliche Verdichtung mit der Erweiterung und gute Entscheidungen aufzuhebenIntensivierung von Grün und Erholungsflächen verbindet. Alleine in den</u>Die derzeit geplanten 14 neuen Stadtquartieren können<u>Stadtquartiere mit</u> ca. 40.000 neuen Wohnungen entstehen<u>bieten die Chance, neue lebenswerte Kieze mit bezahlbarem Wohnraum und grünen Freiräumen zu schaffen, unter Beteiligung von landeseigenen Wohnungsunternehmen und Genossenschaften. Deshalb müssen sie zügig entwickelt werden und in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen vorrangig behandelt werden.</u> Die Nachverdichtung in den bestehenden Quartieren, sei es durch <u>Lückenbebauung</u>, Aufstockung auf Wohnhäusern, Dachgeschossausbau und Wohnungsbau über <u>Parkplätzen und Garagenhöfen</u>, Supermärkten oder Fachmärkten, bieten jetzt schon<u>bietet</u> ein <u>großes</u> Potential für vermutlich sogar weit über 100.000 neue Wohnungen. Für Bündnis 90/Die Grünen ist es zentral, dieses Potential jetzt zu nutzen, bestmöglich zu gestalten und grün darin mit wachsen zu lassen. Wir wollen, dass, was<u>Gleichzeitig wollen wir jetzt bauen- bestmöglichFreiflächen sichern und so grün wie möglich gestaltenqualifizieren. Das Tempelhofer Feld, So halten wir die am Stadtrand und am Rande eines Landschaftsschutzgebietes gelegene Elisabeth-Aue oder Kleingärten sind als Bauland für nicht gut geeignet. Ein erneutes Aufrufen von Randbereichen des Tempelhofer Feldes für eine Bebauung hat für uns keine Bauflächen</u><u>einen Volksentscheid zur Voraussetzung. Aus Teilen des Westkreuzareals wollen wir einen Westkreuzpark machen. Auch Kleingärten wollen wir weitestgehend von Wohnbebauung frei halten und zu den Stadtteilen hin öffnen, damit mehr Berliner*innen hier Grün genießen können.</u></p>	<p>mod. Ü.: "In den letzten Jahren wurden hierfür prägende Entscheidungen getroffen. Für die Lebensqualität und das Klima in unserer Stadt war es richtig, auf dem Gelände des Gleisdreiecks keine Autobahn, sondern einen Park zu bauen. Es war ebenso wichtig, den Mauerpark und das Tempelhofer Feld frei zu halten. Dem einseitigen Ruf nach „Bauen Bauen Bauen“ setzen wir eine Stadtentwicklung der Nachhaltigkeit entgegen, die die bauliche Verdichtung mit der Erweiterung und Intensivierung von Grün und Erholungsflächen verbindet. Die derzeit geplanten 14 neuen Stadtquartiere mit ca. 40.000 neuen Wohnungen bieten die Chance, neue lebenswerte Kieze mit bezahlbarem Wohnraum und grünen Freiräumen unter Beteiligung von landeseigenen Wohnungsunternehmen und Genossenschaften zu schaffen. Deshalb müssen diese Quartiere zügig entwickelt und vorrangig behandelt werden. Auch die Nachverdichtung in den bestehenden Quartieren durch Aufstockung auf Wohnhäusern, Dachgeschossausbau und Wohnungsbau über Parkplätzen, Garagenhöfen und Einkaufsmärkten, ebenso wie die Schließung offener Baulücken und andere Ergänzungen vorhandener Bebauungsstrukturen bietet ein großes Potential für neue Wohnungen. Für Bündnis 90/Die Grünen ist es zentral, dass die bauliche Verdichtung mit möglichst geringen Einbußen an unversiegelter Fläche und Grünbestand einhergeht und besonders die Innenstadtquartiere durch neue Begrünungsmaßnahmen entlastet werden. Wo neue Quartiere entstehen, wollen wir bei sparsamer Versiegelung ein Maximum an Wohnungen errichten. Statt Einfamilienhäuser und Flachbauten müssen mehrgeschossige Häuser die Regel sein, die immer einen Anteil an günstigem Wohnraum umfassen.</p> <p>Wir wollen das, was wir jetzt bauen, bestmöglich und so grün wie möglich gestalten. So halten wir die am Stadtrand und am Rande eines Landschaftsschutzgebietes gelegene Elisabeth-Aue als Bauland für nicht geeignet. Ein erneutes Aufrufen des Tempelhofer Feldes für eine Bebauung halten wir nicht für sinnvoll. Aus Teilen des Westkreuzareals wollen wir einen Westkreuzpark machen. Auch Kleingärten wollen wir weitestgehend von Bebauung freihalten und zu den Stadtteilen hin öffnen, damit mehr Berliner*innen hier Grün genießen können."</p>
----------	--	--	---

L-02-009	Martin Reents und Susanne Jahn (LAG Bauen)	<p>Von Zeile 9 bis 17:</p> <p>den Mauerpark und das Tempelhofer Feld zu retten. <u>Diese innerstädtischen Freiflächen sind von allergrößtem Wert für die Stadt, und sie tragen dazu bei, dass an anderen Orten der Neubau von Wohnungen möglich wird.</u> Deshalb wehren wir uns dagegen, die Uhr zurückzudrehen und gute Entscheidungen aufzuheben.</p> <p><u>Bis zu 200.000 neue Wohnungen sollen in Berlin bis 2030 entstehen, ein großer Anteil davon für Mieter*innen mit geringem oder mittlerem Einkommen.</u> Alleine in den derzeit geplanten 14 neuen Stadtquartieren <u>könnensind</u> ca. 40.000 neue Wohnungen <u>entstehengeplant.</u> <u>DieDer darüber hinaus erforderliche Wohnungsneubau geschieht durch</u> Nachverdichtung in den bestehenden Quartieren, sei es durch Aufstockung auf Wohnhäusern, Dachgeschossausbau und Wohnungsbau über Supermärkten oder Fachmärkten, <u>bieten jetzt schon ein Potential für vermutlich sogar weit über 100.000 neue Wohnungen aber auch die Schließung offener Baulücken und andere Ergänzungen vorhandener Bebauungsstrukturen.</u> Für Bündnis 90/Die Grünen ist es zentral, <u>dieses Potential jetzt zu nutzen, bestmöglich zu gestalten und grün darin dass die bauliche Verdichtung mit wachsen zu lassen möglichst geringen Einbußen an unversiegelter Fläche und Grünbestand einhergeht und besonders die Innenstadtquartiere durch neue Begrünungsmaßnahmen entlastet werden.</u> Wir wollen, <u>dass das</u>, was wir jetzt bauen, bestmöglich und so grün wie möglich gestalten.</p> <p><u>Durch den Verlust bisheriger Grünflächen dürfen keine bedeutenden stadtklimatischen oder sozialen Einbußen eintreten.</u> Das Tempelhofer Feld, die Elisabeth-Aue oder Kleingärten sind für uns <u>deshalb</u> keine Bauflächen.</p>	erledigt durch L-02-007:
L-02-014	Jun Chen (KV CharWilms)	<p>In Zeile 14 einfügen:</p> <p>vermutlich sogar weit über 100.000 neue Wohnungen. <u>Bei den Supermärkten und Discountern sollte berücksichtigt werden, dass sie nur im Rahmen einer Verkaufsflächenerweiterung den Wohnungsbau mittragen, was marktwirtschaftliche Folgen mit sich bringt.</u> Für Bündnis 90/Die Grünen ist es zentral,</p>	erledigt durch L-02-007

L-02-016	Andreas Otto und Daniela Billig (KV Pankow)	<p>Von Zeile 16 bis 17:</p> <p>lassen. Wir wollen, dass, was wir jetzt bauen bestmöglich und so grün wie möglich gestalten. Das Tempelhofer Feld, die Elisabeth-Aue oder Kleingärten sind für uns keine Bauflächen.</p> <p><u>Wo neue Wohngebiete entstehen, wollen wir bei sparsamer Versiegelung ein Maximum an Wohnungen errichten. Das erfordert ein Umdenken: Schluß mit Einfamilienhäusern und Flachbauten. Die Regel müssen mehrgeschossige Häuser sein, die immer einen Anteil an günstigem Wohnraum umfassen.</u></p> <p><u>Das Tempelhofer Feld, die Elisabeth-Aue oder Kleingärten sind für uns keine Bauflächen.</u></p>	erledigt durch L-02-007
L-02-017	André Schulze (Berlin-Neukölln KV)	<p>In Zeile 17 einfügen:</p> <p>Das Tempelhofer Feld, die Elisabeth-Aue oder Kleingärten sind für uns keine Bauflächen. <u>Wir haben den Volksentscheid 100 % Tempelhofer Feld unterstützt und stehen weiterhin zu seinem Ergebnis.</u></p>	erledigt durch L-02-007

L-02-018	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	<p>Von Zeile 18 bis 23:</p> <p>Wir wollen die Berliner Bäume in zwanzig Jahren nicht an einer Hand abzählen müssen. Grün soll man nicht suchen müssen wie die Nadel auf dem grauen Asphaltteppich. Und die Stadt darf nicht zur heißen Betonwüste werden, in der man im Sommer nicht mehr vor die Tür gehen kann. Wir wollen ein Berlin, das grünt und bis 2050 klimaneutral ist. In dem Vögel zwitschern und Bienen summen. Grünflächen für alle da sind, Flüsse zum Baden einladen und Bäume Schatten spenden.</p> <p><u>Wir wollen den Berliner Baumbestand nicht langsam schwinden sehen, sondern setzen uns für einen kräftigen Zuwachs dieser Schattenspende und Luftverbesserer ein. Denn die Stadt darf nicht zur heißen Beton- und Asphaltwüste werden, in der wir im Sommer nicht mehr vor die Tür gehen mögen. Wir wollen ein Berlin, das grünt und bis 2050 klimaneutral ist. In dem Grünflächen für alle da sind, Seen und Flüsse zum Baden einladen, Bäume uns beschatten, Vögel zwitschern und Bienen summen.</u></p>	<p>mod. Ü.: "Wir wollen den Berliner Baumbestand nicht langsam schwinden sehen, sondern kämpfen mit aller Kraft um den Bestand dieser Schattenspende und Luftverbesserer. Denn die Stadt darf nicht zur heißen Beton- und Asphaltwüste werden, in der wir im Sommer nicht mehr vor die Tür gehen mögen. Wir wollen ein Berlin, das grünt und bis 2050 klimaneutral ist. In dem Grünflächen für alle da sind, Seen und Flüsse zum Baden einladen, Bäume uns beschatten, Vögel zwitschern und Bienen summen."</p>
L-02-024	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	<p>In Zeile 24 einfügen:</p> <p>Die wachsende Stadt darf nicht nur vergrößert, sie muss <u>anspruchsvoll</u> gestaltet werden. Die</p>	Übernahme
L-02-026	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	<p>In Zeile 26 löschen:</p> <p>prägen. Was jetzt gebaut wird, bestimmt auch noch in 100 Jahren das Gesicht unserer Stadt.</p>	zurückgezogen
L-02-029	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	<p>In Zeile 29:</p> <p>Das ist nicht nur grüne Vision, sondern vor allem eine Frage der Gerechtigkeit. Denn nur<u>Nur</u></p>	zurückgezogen

L-02-030	Franziska Eichstädt-Bohlig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)	<p>In Zeile 30:</p> <p>eine grüne Stadt ist eine gerechte Stadt. Niemand <u>Seit dem Dieselskandal ist unübersehbar, dass die Feinstaubbelastung auch in Berlin vielerorts zu hoch ist. Aber niemand</u> sollte so wohnen müssen, dass er bei</p>	mod. Ü.: "Seit dem Dieselskandal ist unübersehbar, dass die Feinstaub- und Stickoxidbelastung auch in Berlin vielerorts zu hoch ist. Aber niemand soll so wohnen müssen ..."
L-02-030-2	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	<p>In Zeile 30:</p> <p>eine grüne Stadt ist eine gerechte Stadt. Niemand sollte <u>Denn niemand soll</u> so wohnen müssen, dass er bei</p>	erledigt durch L-02-30
L-02-032	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	<p>Von Zeile 32 bis 33:</p> <p>Grünfläche sollte – unabhängig vom Geldbeutel – keinen Tagesausflug entfernt sein, sondern nur einen Fußmarsch <u>leicht zu Fuß erreichbar sein</u>. Wohnungen müssen nicht nur günstig sein, sie müssen auch in einem</p>	Übernahme
L-02-036	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	<p>In Zeile 36:</p> <p>Zudem braucht auch die wachsende Stadt <u>auch öffentliche</u> Räume, in denen sich ihre Bewohnerinnen und Bewohner</p>	zurückgezogen
L-02-038	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	<p>In Zeile 38:</p> <p>dass öffentliche Flächen so genutzt werden, dass sie <u>Grün- und Erholungsflächen</u> frei zugänglich sind und möglichst</p>	Übernahme
L-02-040	Franziska Eichstädt-Bohlig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)	<p>In Zeile 40 löschen:</p> <p>angesichts immer beengter Wohnverhältnisse auch zentral für den sozialen Zusammenhalt der</p>	Erledigt durch L-02-040-2

L-02-040-2	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	In Zeile 40: angesichts immer teilweise beengter Wohnverhältnisse auch zentral für den sozialen Zusammenhalt der	Übernahme
L-02-041	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	In Zeile 41 löschen: Stadt —und im besten Falle sogar essbar.	zurückgezogen
L-02-045	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	In Zeile 45: heute nicht stärker kühlen, gehen leiden wir morgen <u>inzunehmend an den Auswirkungen</u> der extremen Hitze ein . Kühlende Grünflächen,	Übernahme
L-02-047	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	In Zeile 47 löschen: sondern lebensnotwendig in der sich erhitzenden Stadt . Wenn wir die Stadt heute nicht	zurückgezogen
L-02-047-2	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	In Zeile 47: sondern lebensnotwendig in der sich erhitzenden Stadt. Wenn wir die <u>Flächen in der</u> Stadt heute nicht <u>rasch</u>	Übernahme
L-02-051	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	In Zeile 51 einfügen: Jahre zu bauen. Wir müssen die <u>gesamte</u> Stadt so gestalten, dass alle Menschen hier dauerhaft gut	Übernahme

L-02-056	Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht)	In Zeile 56: Grün denken <u>planen</u> – von Anfang an	Übernahme
L-02-057	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	Von Zeile 57 bis 58: Berlin braucht mehr Wohnungen, Schulen, Büro- und Gewerbeflächen, <u>Fuß-</u> Rad- und <u>Fußwege</u> <u>Schienenwege</u> , ja sogar mehr <u>auch zusätzliche</u> Straßen und Brücken <u>für die Erschließung neuer Quartiere</u> – das ist allen klar. Aber nur wir Grüne achten auch darauf, dass	Übernahme
L-02-057-2	Matthias Oomen (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	Von Zeile 57 bis 59: Berlin braucht mehr Wohnungen, Schulen, Büro- und Gewerbeflächen, Rad- und Fußwege, <u>Bahnstrecken</u> , ja <u>vielleicht in sehr ungünstigen Einzelfällen</u> sogar mehr Straßen und Brücken – das ist allen klar. Aber nur wir Grüne achten auch darauf, dass unsere Stadt gleichzeitig mehr Nah- und Erholungsgebiete, mehr Bäume und Stadtgrün bekommt. [Leerzeichen]	erledigt durch L-02-057
L-02-058	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	Von Zeile 58 bis 59: mehr Straßen und Brücken – das ist allen klar. Aber nur wir Grüne achten auch darauf, dass unsere Stadt gleichzeitig mehr Nah- und Erholungsgebiete <u>Naherholungsgebiete</u> , mehr Bäume und Stadtgrün bekommt.	mod. Ü.: "Aber nur wir Grüne achten darauf, dass unsere Stadt auch gleichzeitig mehr Naherholungsgebiete, mehr Bäume und Stadtgrün bekommt."
L-02-061	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	In Zeile 61 löschen: zusammen. Ist Beton erst einmal getrocknet, hält er lange und steht sehr fest. Deshalb	zurückgezogen

L-02-062	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	<p>Von Zeile 62 bis 63:</p> <p>denken wir sind bei jedem Bau-Planungsvorhaben Grün und Naherholung nicht nur von Anfang an mitmitzuplanen, sondern erwarten, dass es auch direkt umgesetzt wird <u>umzusetzen</u>. Nur so schaffen wir es, dass Berlin</p>	Übernahme
L-02-063	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	<p>Von Zeile 63 bis 64:</p> <p>sondern erwarten, dass es auch direkt umgesetzt wird. Nur so schaffen wir es, dass <u>für Berlin nicht grau wird, sondern immer weiter grün aufblüht mit einem Zuwachs an Bebauung auch vielfältiges Grün mitwächst</u>. Dabei spielt der Biotopflächenfaktor</p>	zurückgezogen
L-02-065	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	<p>Von Zeile 65 bis 68:</p> <p>(BFF) eine große Rolle, denn dabei geht es eben nicht nur darum einen Baum irgendwo zu pflanzen, sondern gezielt die Biotope und Grünflächen der Stadt qualitativ weiter zu entwickeln. Wir wollen, dass dieser verpflichtend eingesetzt wird, um ökologisch hochwertige Flächen zu stärken. als Instrument, um ökologische Maßnahmen und Ausgestaltung bei Bauvorhaben direkt einzufordern. Wir wollen, dass dieser verpflichtend eingesetzt wird.</p>	<p>mod. Ü.: "Dabei spielt der Biotopflächenfaktor (BFF) eine große Rolle, als Instrument um ökologische Maßnahmen auf Baugrundstücken direkt einzufordern. Der BFF bezeichnet den Flächenanteil des Grundstücks, der durch Bepflanzung oder anderweitige Maßnahmen dem Naturhaushalt dienen muss. Wir wollen den BFF generell zur Verpflichtung machen."</p>
L-02-068	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	<p>Nach Zeile 68 einfügen:</p> <p><u>Wir haben uns vorgenommen, auch die Vorschriften der Berliner Bauordnung zur Begrünung, Entsiegelung und ökologisch wirksamen Ausgestaltung von Grundstücksflächen und Gebäuden sowie die Abstandsflächenregelung zu novellieren. Dadurch soll Grünentwicklung, Freiflächenerhalt und Klimaschutz bei Neubauvorhaben besser durchsetzbar werden.</u></p>	<p>mod. Ü.: "Wir haben uns vorgenommen, auch die Vorschriften der Berliner Bauordnung zur Begrünung, Entsiegelung und ökologisch wirksamen Ausgestaltung von Grundstücksflächen und Gebäuden sowie die Abstandsflächenregelung zu novellieren. Dadurch sollen Grünentwicklung, Freiflächenerhalt und Klimaschutz bei Neubauvorhaben besser durchsetzbar werden."</p>

L-02-068-2	Jun Chen (KV Charlottenburg- Wilmersdorf)	<p>In Zeile 68 einfügen:</p> <p>Flächen zu stärken.</p> <p><u>Zudem sollen die Bezirke dazu angehalten werden, insbesondere für die stark verdichteten Innenstadtquartiere mit einer Unterversorgung an Grün- und Freiräume Landschaftspläne mit einem BFF festzusetzen.</u></p>	erledigt durch L-02-065
L-02-069	Joachim Schmitt (Berlin- Charlottenburg/Wil mersdorf KV)	<p>Von Zeile 69 bis 71:</p> <p>Entscheidend <u>dafür für die Grünentwicklung</u> ist, dass die Bezirke in die Lage versetzt werden, das Grünflächeninformations- und -managementsystem (GRIS) besser zu nutzen und mit Informationen zu befüllen. Denn mithilfe <u>der Kenntnisse aus</u> dieser grafischen Darstellung öffentlicher Grün- und</p>	Übernahme
L-02-073	Joachim Schmitt (Berlin- Charlottenburg/Wil mersdorf KV)	<p>In Zeile 73 einfügen:</p> <p>jeder Kiez in seiner Einzigartigkeit <u>besser</u> geschützt und weiterentwickelt werden. Weitere</p>	Übernahme
L-02-079	Joachim Schmitt (Berlin- Charlottenburg/Wil mersdorf KV)	<p>In Zeile 79:</p> <p>Der dann mögliche Gesamtblick auf die Stadt – auch auf <u>das Verhältnis und die Flächenkonkurrenz Zuordnung</u> von Grünflächen</p>	Übernahme

L-02-088	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	<p>In Zeile 88: mitgedacht<u>mitgeplant</u> werden.</p> <p>Von Zeile 90 bis 91: auch das Stadtgrün einsehbar<u>die Entwicklung des Stadtgrüns transparent</u> wird. Das<u>Die bezirkliche Entwicklungsplanung</u> BEP soll als lokale Planung<u>mit Öffentlichkeitsbeteiligung</u> wieder aktiviert werden.</p>	Übernahme
L-02-092	Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht)	<p>In Zeile 92: Grüne Potenziale nutzen <u>Grün in der wachsenden Stadt</u></p>	mod. Ü.: "Grüne Potenziale für die wachsende Stadt nutzen!"
L-02-094	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	<p>Von Zeile 94 bis 97: lassen. Wo notgedrungen Grün weichen muss, bestehen wir auf Ausgleich. Und zwar <u>für innerstädtische Grünverluste</u> nicht in Brandenburg<u>entfernter Stadtrandlage oder im Umland</u>, sondern <u>wirksam</u> vor Ort. Möglichkeiten gibt es genug: Dachgärten, Entsiegelung, die Begrünung von Fassaden und Hinterhöfen gehören woanders ganz selbstverständlich zum Stadtbild. Das wollen wir auch für Berlin – und zwar nicht nur in ausgewählten Ecken,</p>	mod. Ü.: "Wo notgedrungen Grün weichen muss, bestehen wir auf Ausgleich. Und zwar nicht am Stadtrand oder in Brandenburg, sondern vor Ort. Möglichkeiten gibt es genug: Dachgärten, Entsiegelung, die Begrünung von Fassaden und Hinterhöfen. Das wollen wir auch für Berlin – und zwar nicht nur in ausgewählten Ecken,"

L-02-099-2	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	<p>Von Zeile 99 bis 104:</p> <p>Das grüne Potenzial unserer Stadt muss genutzt werden. Straßen, <u>HinterhöfePlätze</u>, <u>Blockdurchwegungen</u>, Wirtschaftswege, Bahntrassen oder Kanalufer: Unser Ziel ist <u>eine gesamtstädtische Grünverbindung à la New York</u> <u>ein gesamtstädtisches Netz von Grünverbindungen</u> : „grün-blaue Bänder“, <u>begehbare Uferwege</u>, <u>Begegnungszonen</u> <u>Uferwegeverbindungen</u>, <u>begrünte Straßenräume</u>, <u>Grünzüge</u>, Biotopverbundräume und andere grüne Infrastrukturen wollen wir ausbauen. Gärten, Sportplätze und Parks von sozialen Einrichtungen wie Schulen sollen <u>möglichst</u> für alle zugänglich sein. <u>Wohnungen sollen auch auf Supermärkten, Parkplätzen vor allem dort, wo sonst ein Mangel an nahen Grün- und Parkhäusern gebaut werden</u> <u>Freiflächen besteht</u>.</p>	Übernahme
L-02-106	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	<p>Von Zeile 106 bis 110:</p> <p>sind nicht nur für Autos da. Wir werden das Straßenland fair verteilen, begrünen und die Aufenthaltsqualität mit Begegnungszonen und Verkehrsberuhigung steigern. Wir wollen in der ganzen Stadt Flächen ankaufen, um neues Stadtgrün zu schaffen. Dafür schaffen wir den Berliner Bodenfonds, mit dem wir Grundstücke, unter anderem auch für mehr Stadtgrün, ankaufen werden. <u>Wir werden die Verkehrsflächen fair verteilen, den Straßenraum stärker begrünen und die Aufenthaltsqualität mit Begegnungszonen und Verkehrsberuhigung steigern. Wir wollen geeignete Flächen für die Sicherung und Entwicklung von Stadtgrün ankaufen. Auch hierfür schaffen wir den Berliner Bodenfonds.</u></p>	mod. Ü. : "Wir werden die Verkehrsflächen fair verteilen, den Straßenraum stärker begrünen und die Aufenthaltsqualität mit Begegnungszonen und Verkehrsberuhigung steigern. Wir wollen geeignete Flächen für die Sicherung und Entwicklung von Stadtgrün ankaufen. Auch hierfür schaffen wir den Berliner Bodenfonds."

L-02-110	Matthias Oomen (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	<p>In Zeile 110 einfügen:</p> <p>ankaufen werden.</p> <p><u>Bei der Umgestaltung des Berliner Straßennetzes wollen wir die Rolle der Straßenbäume in Stadtklima und Stadtbild stärken. Deshalb wollen wir konsequent überall dort, wo dies baulich vertretbar ist, graue Chausseen in grüne Alleen verwandeln. Wir werden in vollversiegelten Straßen Parkplätze im Straßenquerschnitt aufheben und auf den dadurch freigewordene Flächen Bäume anpflanzen. Wir wissen, dass hierdurch der Parkdruck ansteigt. Dies betrachten wir aber als eigenständigen politischen Wert, denn steigender Parkdruck wirkt als Korrektiv bei der Wahl von Verkehrsmitteln.</u></p>	<p>mod. Ü. : "Bei der Umgestaltung des Berliner Straßennetzes wollen wir die Rolle der Straßenbäume für Stadtklima und Stadtbild stärken. Deshalb wollen wir, wo dies baulich vertretbar ist, graue Chausseen begrünen. "</p>
L-02-112	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	<p>Von Zeile 112 bis 114:</p> <p>Biotopflächen entwickeln kann und diese erst im Nachhinein durch die verschiedensten Bauherr*innen refinanziert werden. So beschleunigen wir diesen Prozess enorm. Der Ausbaus der Malchower Auelandschaft ist hier das beste Beispiel. <u>vorab entwickeln kann und diese erst im Nachhinein durch verschiedene Bauherr*innen refinanziert werden. Der Ausbaus der Malchower Auelandschaft ist hierfür ein Beispiel.</u> Durch dieses</p>	<p>mod. Ü.: "vorab entwickeln kann und diese erst im Nachhinein durch verschiedene Bauherr*innen refinanziert werden. So beschleunigen wir diesen Prozess enorm. Der Ausbaus der Malchower Auelandschaft ist hierfür ein Beispiel."</p>

L-02-117	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	Von Zeile 117 bis 122: dass Ausgleichsflächen immer Vorrang vor Strafzahlungen haben. Und sie müssen vor Ort geschaffen werden, statt irgendwo in Brandenburg. Denn die Berliner*innen können zum Durchatmen nicht jedes Mal die Stadt verlassen. Dem Konzept der besseren Qualifizierung von Ausgleichsflächen stehen wir verhandlungsbereit gegenüber. Dazu gehört auch, dass Flächen entsiegelt und Versickerungs- und Verdunstungsflächen ausgebaut werden, damit uns auch bei starken Regenfällen das Wasser nicht bis zum Hals steht. <u>und -Maßnahmen vor Ort immer Vorrang vor Kompensationszahlungen haben. Auch der besseren Qualifizierung von Ausgleichsflächen stehen wir aufgeschlossen gegenüber. Dazu gehört auch, dass Flächen entsiegelt und Versickerungs- und Verdunstungsflächen ausgebaut werden, um schädliche Folgen bei starken Regenfällen zu mindern.</u>	Übernahme
----------	---	---	-----------

L-02-123	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	<p>Von Zeile 123 bis 125:</p> <p>Mit der Charta <u>für das Berliner Stadtgrün</u> hat die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz eine Debatte über ein grünes Berlin eingeleitet. Wir werden so gemeinsam mit der ganzen Stadt eine Strategie zum Schutz und Ausbau unserer Grünflächen, Oasen und <u>Vernetzung</u> der grünen Infrastruktur</p> <p>Von Zeile 129 bis 131:</p> <p>Landschaftsprogramm, Strategie biologische Vielfalt) <u>und den Klimaschutz (z.B. STEP Klima konkret)</u> ist eine gute Grundlage. Entscheidend ist nun, dass über die Charta die vielen guten Planwerke und Strategien mit Leben gefüllt werden und durch konkreten Maßnahmen das Stadtgrün über die nächsten Dekaden gesichert <u>dauerhaft bewahrt und gestärkt</u> wird.</p>	Übernahme
L-02-135	Franziska Eichstädt-Bohlig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)	<p>Nach Zeile 135 einfügen:</p> <p><u>Wir setzen uns dafür ein, daß insbesondere in allen Innenstadtbezirken flächendeckend Landschaftspläne zum Biotopflächenfaktor gemacht werden (sog. BFF-Landschaftspläne)</u></p>	mod. Ü.: "Wir setzen uns dafür ein, dass der Biotopflächenfaktor insbesondere für Innenstadtbezirke flächendeckend wirksam wird."
L-02-135-2	Matthias Oomen (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	<p>Nach Zeile 135 einfügen:</p> <p><u>Wir werden einen Teil der Parkplätze in der Stadt aufheben und Stadtklima und Stadtbild durch mehr Straßenbäume deutlich aufwerten.</u></p>	mod. Ü.: "Wir bauen Berlin lebenswert und nachhaltig um. Begrünung, Bäume, Rad- und Fußwege oder Begegnungszonen, dafür werden wir auch einen Teil der Parkplätze aufheben müssen."

L-02-139	Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht)	In Zeile 139: Grün bauen – für Mensch, <u>Natur</u> und <u>TierKlima!</u>	Übernahme
L-02-139-2	Martin Reents und Susanne Jahn (LAG Bauen)	In Zeile 139: Grün bauen – für Mensch, <u>Natur</u> und <u>TierKlima</u>	Übernahme
L-02-145	Joachim Schmitt (Berlin- Charlottenburg/Wil mersdorf KV)	In Zeile 145: Fledermäuse und Gebäudebrüter sowie Lichtquellen, die <u>unschädlich für</u> Insekten <u>keinen Schaden zufügen sind,</u>	zurückgezogen
L-02-148	Marla Celine Karnabach (Berlin- Tempelhof/Schön eberg KV)	In Zeile 148 einfügen: gut mit Rad, Bus und Bahn erreichbar sein und Komfort für Fußgänger*innen bieten. <u>Außerdem wollen wir Habitate für Bienen schaffen. Auf Mittelinseln und auf diversen Grünflächen sollen bienenfreundliche Pflanzen gesät, sowie so genannte Holzkisten gestellt werden. Solche Holzkisten weisen einen niedrigen Pflegeaufwand auf und Bienen legen dort von allein ihre Waben an. Dem, vor allem innerstädtischen, Bienensterben kann so entgegengewirkt werden.</u>	mod. Ü.: "Außerdem wollen wir bienenfreundliche Habitate schaffen in dem wir vermehrt bienenfreundliche Pflanzen sähen und Nistplätze und Bienenstöcke für Bienen aller Art schaffen."
L-02-149	Martin Reents und Susanne Jahn (LAG Bauen)	In Zeile 149 einfügen: Wir werden <u>das Klima schützen und</u> Berlin an den Klimawandel anpassen. Daher setzen wir beim Bau neuer Gebäude	Übernahme

L-02-160	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	<p>Von Zeile 160 bis 161:</p> <p>Und wir setzen uns dafür ein, dass es in Quartieren genügend Grün-und Grünflächen für alle-menschlichen <u>Erholung, Bewegung</u> und tierischen-Bedürfnisse-gibt <u>Begegnung gibt, die uns mit ihrer Vegetation und als Lebensraum für Tiere auch Gelegenheit zur Naturerfahrung bieten</u>. Parks und Grünflächen steigern nicht nur die</p>	<p>mod. Ü.: "Und wir setzen uns dafür ein, dass es in Quartieren genügend Grünflächen für Erholung, Bewegung, Begegnung und Naturerfahrung gibt. Diese sollen auch Platz für standortnahe Vegetation und Lebensraum für Tiere bieten."</p>
L-02-166	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	<p>Von Zeile 166 bis 167:</p> <p>Stadtquartier auch neue Parks entstehen <u>angelegt werden</u> und auf jedem bei <u>neue gebaute Haus ein Stadtgarten</u> gebauten Häusern <u>Dachbegrünung erfolgt</u> oder eine-Dachbegrünung <u>Stadtgärten entstehen</u>. Denn Gründächer erfüllen viele Funktionen, eine davon ist die</p>	<p>Übernahme</p>
L-02-167	Taylan kurt (KV Mitte)	<p>In Zeile 167 einfügen:</p> <p>eine Dachbegrünung. <u>Ebenso wollen wir die Dächer öffentlicher Gebäude begrünen, denn die öffentliche Hand hat hier eine Vorbildfunktion</u>. Denn Gründächer erfüllen viele Funktionen, eine davon ist die</p>	<p>Übernahme</p>

L-02-170	Matthias Oomen (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	In Zeile 170 einfügen: Großstadtseele und schaffen Raum zur Begegnung. <u>Gleichzeitig wollen wir den Flächenverbrauch reduzieren, denn Fläche gehört zu den knappsten Gütern unserer Stadt. Deshalb setzte wir uns für eine Flexibilisierung des Maßes der baulichen Nutzung ein. Wir wollen die bestehenden Regelungen zur Grundflächenanzahl (GRZ) zwar beibehalten, erwarten aber bei Geschossflächenzahl (GFZ) und Baumassenzahl (BMZ) mehr Freiheiten nach Augenmaß und Vernunft. So wollen wir mehr Nutzung bei gleicher Fläche ermöglichen. Die Zuständigkeiten hierfür liegen beim Bund, deshalb werden wir hier im Bundesrat tätig werden.</u>	zurückgezogen
----------	--	---	---------------

L-02-176	Daniela Billig (Berlin-Pankow KV)	<p>In Zeile 176:</p> <p>durchdachte Planung. Die ideale <u>neuen Stadtquartiere müssen mehr Bedürfnisse und Anforderungen erfüllen als bisher. Vernetzte Mobilität, kleinteiliges, wohnortnahes Gewerbe, Klimaschutz und klimagerechte Energieversorgung, günstiges Wohnen, soziale Infrastruktur- Schule, Kita, Nachbarschaftseinrichtungen- dazu gute Architektur und vor allem genug Grün - wenn wir das Eine gegen das Andere ausspielen, setzen wir die Zukunft jeden Quartiers und damit Berlins als Ganzes aufs Spiel. Wir bleiben bei einer neuen/ alten Berliner Mischung, die es lokal zu verhandeln gilt. Deshalb nehmen wir die Herausforderung an, allen Ansprüchen gerecht zu werden. Dafür braucht es einerseits eine enorme Kreativität und andererseits eine gut durchdachte Planung für die neuen Stadtteile und für die Weiterentwicklung der bestehenden Quartiere. Eine</u> Plattform dafür ist die <u>eine</u> internationale Bauausstellung (IBA),</p> <p>In Zeile 179 einfügen:</p> <p>soziale und demokratische Stadtstruktur der Zukunft ermöglichen. <u>Hier können wir insbesondere unter dem Motto „Behutsame Stadtverdichtung“ zeigen, wie die bauliche Verdichtung mit der Erweiterung von Grün und kleinteiliger Bepflanzung Hand in Hand gehen kann. An beispielhaften Quartieren können auch Ideen und nötige Strukturen für die neue regelmäßige Entwicklung der Stadt dabei in der Umsetzung erprobt werden.</u></p>	zurückgezogen
----------	---	--	---------------

L-02-179	Matthias Oomen (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	<p>In Zeile 179 einfügen:</p> <p>soziale und demokratische Stadtstruktur der Zukunft ermöglichen.</p> <p><u>Aber auch bestehende Stadtquartiere stehen in unserem Fokus: Viele Baufelder wurden in den vergangenen Jahren durch die Auswüchse der autogerechten Stadt zerschnitten und ihr Wohnwert wurde dabei durch Lärm und räumliche Trennung ruiniert. Dabei sind Wohnqualitäten für zehntausende Menschen verloren gegangen. Wir wollen diese Qualitäten durch verkehrlichen Rückbau und durch baulichen Lärmschutz zurückgewinnen und damit viele Wohnquartiere wieder zu den attraktiven Wohnstätten gestalten, die sie früher schon einmal waren.</u></p>	<p>mod. Ü.: "Wir wollen mehr Wohnqualität indem wir die Auswüchse der autogerechten Stadt zurückbauen. Durch verkehrlichen Rückbau oder baulichen Lärmschutz werden wir so Wohnquartiere wieder zu attraktiven Wohnstätten machen."</p>
L-02-182	Andreas Otto und Daniela Billig (KV Pankow)	<p>Nach Zeile 182 einfügen:</p> <p><u>Die Wohnungsbaugenossenschaften in Berlin sind Vorreiter in Fragen des ökologischen Bauens und Sanierens. Und sie sind eine unterstützenswerte Bewegung von unten. Deshalb müssen in den neuen Stadtquartieren neben landeseigenen Gesellschaften und Baugruppen immer auch Genossenschaften beteiligt werden. Das Bauprojekt Michelangelostraße kann dabei ein Leuchtturmprojekt sein. Zusätzlich zu den Wohnungen der Wohnungsbaugesellschaften wollen wir dort einen Genossenschaftscampus mit 1.000 Wohnungen errichten.</u></p>	<p>mod. Ü.: Füge nach Zeile 155 ein: "Gerade die Wohnungsbaugenossenschaften in Berlin sind Vorreiter in Fragen des ökologischen Bauens und Sanierens. Deshalb müssen in den neuen Stadtquartieren auch Genossenschaften beteiligt werden. Das Bauprojekt Michelangelostraße kann dabei ein Leuchtturmprojekt sein, auf dem auch ein Genossenschaftscampus mit 1.000 Wohnungen entstehen soll."</p>

L-02-182-2	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	<p>In Zeile 182:</p> <p>für Mensch und TierNatur bieten und mit ökologischem Baumaterial erbaut werden.</p> <p>In Zeile 189:</p> <p>Von Beginn an mussmüssen die Verkehrsanbindung durch ÖPNV, gute Rad und Fußwege mitgeplant</p>	Übernahme
L-02-184	Matthias Oomen (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	<p>Nach Zeile 184 einfügen:</p> <p><u>Wir wollen mehr Freiheit und Vernunft beim Maß der baulichen Nutzung. Hierfür werden wir uns im Bundesrat einsetzen.</u></p>	zurückgezogen
L-02-190	Daniela Billig (Berlin-Pankow KV)	<p>Nach Zeile 190 einfügen:</p> <p><u>Wir wollen eine Internationale Bauausstellung veranstalten, die die verschiedenen Ansprüche verbindet und effektiv die Planung und den Bau von Wohnungen und Quartieren in einer Stadt der Zukunft voran bringt</u></p>	zurückgezogen
L-02-190-2	Matthias Oomen (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	<p>In Zeile 190 einfügen:</p> <p>und autofreie Kieze geschaffen werden. <u>Wichtig ist für uns, dass diese Angebote bereits vor Erstbezug zur Verfügung stehen, um Neuanschaffungen privater Pkw von Anfang an zu vermeiden, auch wenn damit evtl. betriebswirtschaftliche Anfangsverluste verbunden sind.</u></p>	<p>mod. Ü.: füge nach 170 ein: "Auch die Verkehrsanbindung muss von Beginn an mit geplant werden. Sei es ÖPNV, Rad- oder Fußwege, entscheidend ist, dass diese Angebote bereits vor Erstbezug zur Verfügung stehen, um Neuanschaffungen privater Pkw von Anfang an zu vermeiden. Mögliche betriebswirtschaftliche Anfangsverluste im ÖPNV nehmen wir dabei in Kauf."</p>

L-02-190-3	Matthias Oomen (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	<p>Nach Zeile 190 einfügen:</p> <p><u>Wir werden die teilweise schlimmen Folgen der autogerechten Stadt zurückbauen und mindern. Dadurch werden aus vielen verlärmten und abgehängten Wohnlagen wieder attraktivere Wohnlagen.</u></p>	zurückgezogen
L-02-194	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	<p>In Zeile 194:</p> <p>Berliner Kieze. Gerade für einkommensschwache und arme Menschen <u>Menschen mit geringem Einkommen und</u>, die weder einen Garten noch</p>	Übernahme
L-02-203	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	<p>Von Zeile 203 bis 204:</p> <p>Für uns ist entscheidend <u>wichtig</u>, dass diese Sauberkeit im öffentlichen Raum weiter verbessert, die naturnahe Pflege <u>Gestaltung</u> und H <u>Pflege</u> der Parks aber nicht vernachlässigt werden. Eine kompakte Stadt</p> <p>Von Zeile 209 bis 210 löschen:</p> <p>ausgestattet werden. Denn das Modellprojekt zur Reinigung der Parks hat gezeigt: Gute Qualität gibt es nicht umsonst. Durch den deutlich erhöhten Einsatz von Geld und Personal</p>	<p>mod. Ü.: Von Zeile 203 bis 204:</p> <p>"Für uns ist wichtig, dass Sauberkeit im öffentlichen Raum weiter verbessert, die naturnahe Gestaltung und Pflege der Parks aber nicht vernachlässigt werden. Eine kompakte Stadt"</p> <p>Von Zeile 209 bis 210 löschen und ersetzen durch:</p> <p>"ausgestattet werden. Denn das Modellprojekt zur Reinigung der Parks hat gezeigt: Gute Qualität gibt es nicht umsonst. Durch den deutlich erhöhten Einsatz von Geld und Personal"</p>
L-02-207	Franziska Eichstädt-Bohlig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)	<p>In Zeile 207 einfügen:</p> <p>mitsprechen können. <u>Wir werben alle Berliner*innen und alle Gäste der Stadt, mit unseren Grünanlagen achtsam und pfleglich umzugehen.</u> Ebenso ist wichtig, dass die Straßen- und Grünflächenämter in den</p>	Übernahme

L-02-211	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	<p>Von Zeile 211 bis 215:</p> <p>können schnell sichtbare Erfolge erzielt werden. Für größere Parkanlagen fordern wir die Einführung von Park-Rangern, die sich vergleichbar zu einem Hausmeister um Parks oder Seenwälder kümmern, diese kennen und weiterentwickeln. Für Naturschutzgebiete setzen wir hier parallel auf Natur-Ranger. Im direkten Kontakt mit den Besucher*innen und Nutzer*innen werden sie wertvolle Vermittlungsarbeit leisten können. Für größere Grünanlagen unterstützen wir die Einführung von Park-Rangern, die sich im Kontakt mit den Besucher*innen um intensiv genutzte Parks oder Seeufer kümmern und bei Nutzungskonflikten vermitteln können. Für Naturschutzgebiete setzen wir hier parallel auf Natur-Ranger. Auch die Einführung von Parkräten,</p>	Übernahme
L-02-238	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	<p>Von Zeile 238 bis 239:</p> <p>übernehmen kann, muss die zuständige Senatsverwaltung prüfen und dafür sorgen, dass die zuständige Stelle finanziell und personell entsprechend ausgestattet wird. <u>soll geprüft werden.</u></p>	zurückgezogen
L-02-253	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	<p>In Zeile 253 einfügen:</p> <p>Wir werden für die Pflege und Reinigung der Parks mehr investieren und <u>sie</u> besser</p> <p>In Zeile 255:</p> <p>Wir fordern <u>unterstützen</u> die Einführung von ParkRangern und Parkräten.</p>	Übernahme INKLUSIVE NEUSORTIERUNG DER GLIEDERUNG

L-02-267	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	<p>In Zeile 267:</p> <p>bitter nötig. Denn sei es der<u>durch den</u> Orkan Xavier im Herbst 2017 oder die Jahrhunderthitze 2018,</p> <p>In Zeile 275:</p> <p>Jahre erhöhen und eine Baumleitplanung erheben<u>einführen</u>. Baumfällungen müssen wo möglich vermieden</p> <p>Von Zeile 278 bis 279:</p> <p>Sollten Baumfällungen nicht zu vermeiden sein, müssen Ausgleichspflanzungen in der Stadt<u>möglichst standortnah</u> vorgenommen werden. Bei jeder Fällung<u>Über Baumfällungen</u> muss die Bevölkerung offen und transparent aufgeklärt</p>	Übernahme
L-02-282	Ruben Joachim (Berlin-Pankow KV)	<p>Von Zeile 282 bis 285 löschen:</p> <p>Oasen und wichtige Biotopverbindungen. Wir wollen sie erhalten und schützen.- Deshalb fordern wir für Kleingärten auf landeseigenen Flächen einen Schutz bis mindestens 2030 und eine langfristige Strategie, wie auch sie vor einer zu leichtfertigen Inanspruchnahme bewahrt werden können.Pauschalen Forderungen, die Kleingärten zugunsten des Wohnungsbaus zu</p>	zurückgezogen
L-02-282-2	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	<p>In Zeile 282:</p> <p>Oasen und wichtige Biotopverbindungen. Wir wollen sie erhalten und schützen. Deshalb fordern<u>unterstützen</u></p>	Übernahme

L-02-295	Marla Celine Karnabach (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV)	In Zeile 295 einfügen: wir auch eine Parzellenteilung von großen Gärten. <u>Um der Wohnungsnot entgegenzutreten soll geprüft werden, ob Kleingärten in gewollten Fällen gemietet oder gekauft werden können. Viele Menschen wohnen bereits in Kleingärten und mieten nebenbei eine Wohnung die das ganze Jahr über leer steht. Auch das Abreißen wird dadurch erheblich erschwert, da eine Wohnung grundrechtlichen Schutz erfährt. Das Argument jene Gärten für das Entgegenreten der Wohnungsnot in Berlin abzureißen wäre geschwächt.</u>	zurückgezogen
L-02-297	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	In Zeile 297: Kiefernwälder <u>zügiger</u> in <u>naturnahe</u> Laubmischwälder renaturieren <u>umgestalten</u> . Auch diese Wälder sind ein Schatz für die	mod. Ü.: "Kiefernwälder zügiger zu naturnahe Laubmischwälder renaturieren. Auch diese Wälder"
L-02-308	Ruben Joachim (Berlin-Pankow KV)	Von Zeile 308 bis 309 löschen: Wir werden Kleingärten erhalten und schützen und ihnen eine rechtliche Sicherheit geben.	zurückgezogen
L-02-308-2	Franziska Eichstädt-Bohlig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)	In Zeile 308 einfügen: Wir werden <u>möglichst viele</u> Kleingärten erhalten und schützen und ihnen eine rechtliche Sicherheit	zurückgezogen
L-02-310	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	In Zeile 310: Wir werden die Berliner Stadtwälder zu <u>naturnahen</u> Laubmischwäldern renaturieren <u>umgestalten</u> und sowohl für	mod. Ü.: "Wir werden die Berliner Stadtwälder zu naturnahen Laubmischwäldern renaturieren und sowohl für"

L-02-312	Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	<p>Von Zeile 312 bis 314:</p> <p>Heute entscheiden wir, ob Berlin auch morgen noch lebenswert ist – und zwar für Mensch, Tier und Umwelt! Deshalb müssen wir Bauen und Pflanzen. Ohne Grün geht es nicht! Denn wir wollen ein Berlin, das Grün ist, statt Grau.</p> <p><u>Heute entscheiden wir, wie lebenswert Berlin auch morgen noch ist. Mit dem Blick auf Mensch, Natur, Umwelt und Klimaschutz müssen wir bauen, pflanzen und pflegen. Damit Berlin beim Wachsen noch grüner wird.</u></p>	<p>mod. Ü.: "Heute entscheiden wir, ob Berlin auch morgen noch lebenswert ist – und zwar für Mensch, Natur und Umwelt! Deshalb müssen wir Bauen und Pflanzen. Ohne Grün geht es nicht! Denn wir wollen ein Berlin, das Grün ist, statt Grau."</p>
L-02-314	Georg Kössler (KV Neukölln)	<p>Nach Zeile 314 einfügen:</p> <p><u>Umweltgerechtigkeit steigern</u> <u>Ungleiche Qualität, räumliche Verteilung und ein unterschiedlicher Zugang zu Umweltressourcen verschärfen soziale Ungleichheit. Saubere Luft, Nachtruhe, wohnungsnaher Grünflächen und ein angenehmes Mikroklima sind in den Wohnquartieren ungleich verteilt. Das hat relevante gesundheitliche Auswirkungen. Unsere Stadt hat laut Berliner Umweltgerechtigkeitsatlas noch immer viele Orte, die vier- und fünffach belastet sind. Hier leben Menschen mit geringem Einkommen, die Luft ist schmutzig, es ist laut, im Sommer staut sich die Hitze und die nächsten Grünflächen sind zu weit entfernt. Das ist ungerecht und wir Grüne wollen hier ganz konkret Verbesserungen in der Stadt herbeiführen und die Anzahl fünf- und vierfach belasteten Gebiete in Berlin deutlich zu verringern.</u></p> <p><u>Der wissenschaftliche Basisbericht zu Umweltgerechtigkeit im Land Berlin liegt mit Broschüren, Veranstaltungen und anderen Informationsmaterialien fertig vor. Nun kommt es darauf an, die Stadtgesellschaft über die Ergebnisse zu informieren und die zuständigen Fachämter in die Lage zu versetzen, den Handlungsbedarf umzusetzen. Allen Dienststellen muss er als Grundlage für eine handlungsorientierte sozialräumliche Bau-, Stadtentwicklungs- und Umweltpolitik bereitgestellt werden.</u></p> <p><u>Ob Wasserbrunnen, grüne Oasen, Bäume und Baumscheiben oder Fahrradwege: Investitionen in Klimaanpassung, Stadtgrün und Umweltverbund sollten vor allem dort stattfinden, wo die Menschen gesundheitlich und sozial besonders stark belastet sind. Die Ursachen der gesundheitlichen Umweltbelastungen sollen reduziert und die Verbesserung von mehrfach belasteten Orten in den kommenden Jahren systematisch umgesetzt werden.</u></p> <p><u>Schon heute engagieren sich Verwaltung und Initiativen in den Berliner Kiezen für mehr Umweltgerechtigkeit - auch wenn es nicht immer drauf steht. Dennoch bedarf es eines einer gesamtstädtischen Lenkung, damit in den drei- bis fünffach belasteten Quartieren prioritär Maßnahmen erfolgen, auch wenn es dort keine aktive Bürgerinitiative gibt.</u></p>	<p>mod. Ü. : Füge nach 122 ein:</p> <p>"Saubere Luft, Nachtruhe, wohnungsnaher Grünflächen und ein angenehmes Mikroklima sind in den Wohnquartieren ungleich verteilt. Das hat relevante gesundheitliche Auswirkungen. Unsere Stadt hat laut Berliner Umweltgerechtigkeitsatlas noch immer viele Orte, die vier- und fünffach belastet sind. Hier leben Menschen mit geringem Einkommen, die Luft ist schmutzig, es ist laut, im Sommer staut sich die Hitze und die nächsten Grünflächen sind zu weit entfernt. Das ist ungerecht und wir Grüne wollen hier ganz konkret Verbesserungen in der Stadt herbeiführen und die Anzahl fünf- und vierfach belasteten Gebiete in Berlin deutlich zu verringern.</p> <p>Ob Wasserbrunnen, grüne Oasen, Bäume und Baumscheiben oder Fahrradwege: Investitionen in Klimaanpassung, Stadtgrün und Umweltverbund sollten vor allem dort stattfinden, wo die Menschen gesundheitlich und sozial besonders stark belastet sind. Schon heute engagieren sich Verwaltung und Initiativen in den Berliner Kiezen für mehr Umweltgerechtigkeit - auch wenn es nicht immer drauf steht. Dennoch bedarf es einer gesamtstädtischen Lenkung, damit in den drei- bis fünffach belasteten Quartieren prioritär Maßnahmen erfolgen, auch wenn es dort keine aktive Bürgerinitiative gibt. Bestehende Konzepte der Städtebauförderung sind daher um den verpflichtenden Aspekt der Umweltgerechtigkeit zu ergänzen und dieser ist als Kriterium in alle Förderprogramme aufzunehmen."</p>

SÄA1: KV Mitte			
SÄA1-012	KV Friedrichshain-Kreuzberg (beschlossen am: 13.11.2018)	In Zeile 12: unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens sechs <u>sieben</u> Wochen einzuladen.	Übernahme
SÄA1-037	Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV)	In Zeile 37: (5) Anträge müssen fünf Wochen <u>33 Tage</u> vor der Landesmitgliederversammlung vorliegen und werden den	Abstimmung
SÄA1-039	Bernd Schwarz (Berlin-Reinickendorf KV)	In Zeile 39: gemacht. Änderungsanträge müssen 40 <u>8</u> Tage vor der LMV vorliegen und werden den	Übernahme
SÄA1-039-2	KV Friedrichshain-Kreuzberg (beschlossen am: 13.11.2018)	In Zeile 39: gemacht. Änderungsanträge müssen 40 <u>sechs oder acht</u> Tage vor der LMV vorliegen und werden den	erledigt durch SÄA1-039
SÄA1-039-3	KV Neukölln (beschlossen am: 13.11.2018)	In Zeile 39: gemacht. Änderungsanträge müssen 40 <u>6</u> Tage vor der LMV vorliegen und werden den	Abstimmung
SÄA1-039-4	KV Mitte (beschlossen am: 13.11.2018)	In Zeile 39: gemacht. Änderungsanträge müssen 40 <u>8</u> Tage vor der LMV vorliegen und werden den	erledigt durch SÄA-039

SÄA1-041	KV Friedrichshain-Kreuzberg (beschlossen am: 13.11.2018)	<p>In Zeile 41 einfügen:</p> <p>zugänglich gemacht. Über die Behandlung nicht fristgerecht gestellter Anträge <u>und Änderungsanträge</u> entscheidet</p>	Übernahme
SÄA1-064	KV Friedrichshain-Kreuzberg (beschlossen am: 13.11.2018)	<p>In Zeile 64 einfügen:</p> <p>mindestens 6 Wochen. <u>Bei besonderer Dringlichkeit kann die Frist verkürzt werden.</u> ³Sie muss einberufen werden, wenn</p>	mod. Ü.: " mindestens 7 Wochen. Bei besonderer Dringlichkeit kann die Frist verkürzt werden. Sie kann einberufen werden, wenn"
V-02-072	Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV)	<p>Nach Zeile 72 einfügen:</p> <p><u>Doch die ertrinkenden Geflüchteten im Mittelmeer können nicht auf die Unterstützung dieser Bundesregierung warten. Wir fordern deshalb den Berliner Senat auf, die Finanzierung für ein Seenotrettungsschiff im Mittelmeer mit allen verbundenen Kosten zu übernehmen oder sich zumindest daran zu beteiligen. Zur Umsetzung kann auch auf die Expertise der vorhandenen Seenotrettungsorganisationen zurückgegriffen werden, von denen sich einige den Betrieb der Seenotrettungsschiffe nicht dauerhaft leisten können. Falls eine Finanzierung über den Landeshaushalt rechtlich nicht möglich ist, setzen wir uns für eine Finanzierung aus gemeinnützigen Fördermitteln beispielsweise der Lotto Stiftung Berlin ein.</u></p>	mod. Ü.: "Doch die ertrinkenden Geflüchteten im Mittelmeer können nicht auf die Unterstützung dieser Bundesregierung warten. Wir fordern deshalb den Berliner Senat auf, die Finanzierung für ein Seenotrettungsschiff im Mittelmeer mit allen verbundenen Kosten zu übernehmen oder sich zumindest daran zu beteiligen. Zur Umsetzung kann auch auf die Expertise der vorhandenen Seenotrettungsorganisationen zurückgegriffen werden, von denen sich einige den Betrieb der Seenotrettungsschiffe nicht dauerhaft leisten können."

V-02-072-2	Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV)	<p>Nach Zeile 72 einfügen:</p> <p><u>Darüber hinaus fordern wir den Berliner Senat auf Rechtsgutachten über alle Möglichkeiten in Auftrag zu geben, mit denen sich das Land Berlin gezielt an der Aufnahme von Geflüchteten aus der Mittelmeerregion zu beteiligen kann. Insbesondere die Frage wie ohne Einvernehmen des Bundesinnenministers der bekundete Wille zur Aufnahme durch den Senat umgesetzt werden kann, soll geprüft werden. Außerdem soll untersucht werden, wie Kommunen und Bundesländer dazu beitragen können das gescheiterte Dublin-System durch kreative Vorschläge solidarischer zu gestalten, bis ein neues praktikables System gefunden wurde. Vorstellbar ist der Ankauf kleinerer Grundstücke oder von Schiffen an Häfen, sodass die Verantwortung für eine solidarische Verteilung der Geretteten bereits durch den Ort des Anlandens organisiert werden kann.</u></p>	<p>mod. Ü.: "Darüber hinaus fordern wir den Berliner Senat auf Rechtsgutachten über alle Möglichkeiten in Auftrag zu geben, mit denen sich das Land Berlin gezielt an der Aufnahme von Geflüchteten aus der Mittelmeerregion beteiligen kann. Insbesondere die Frage wie ohne Einvernehmen des Bundesinnenministers der bekundete Wille zur Aufnahme durch den Senat umgesetzt werden kann, soll geprüft werden. Außerdem soll untersucht werden, wie Kommunen und Bundesländer dazu beitragen können das gescheiterte Dublin-System durch kreative Vorschläge solidarischer zu gestalten, bis ein neues praktikables System gefunden wurde."</p>
V-02-194	Markus Schopp KV Mitte	<p>In Zeile 194 einfügen:</p> <p>Umstände wie extreme Kälte und Obdachlosigkeit <u>oder Trennung von Familien.</u></p>	Übernahme
V-05-011	Wolfgang Höckh (KV Tempelhof-Schöneberg)	<p>Von Zeile 11-14:</p> <p>Rot-Rot-Grün hat dafür schon einiges getan, aber es braucht mehr: -Das Regelsystem ist noch längst nicht so aufgestellt, dass es die besonderen Bedarfe auffangen kann.- Das Asylbewerberleistungsgesetz schließt zudem Geflüchtete von psychosozialer Versorgung weitgehend aus. <u>Durch die elektronische Gesundheitskarte wird die Versorgungslücke für Asylbewerber*innen ein Stück weit geschlossen. Aber das Regelsystem ist noch längst nicht so aufgestellt, dass es die besonderen Bedarfe auffangen kann.</u></p>	Übernahme.

V-05-016	Marla Karnabach (KV Tempelhof-Schöneberg)	<p>In Zeile 16:</p> <p>und es kaum niedergelassene Psychotherapeutinnen und-therapeuten <u>Psychotherapeut*innen</u> mit Kenntnissen in den</p>	Übernahme
V-05-021	Marla Karnabach (KV Tempelhof-Schöneberg)	<p>In Zeile 21 einfügen:</p> <p>Gewalt, <u>denn das Erlebnis der Flucht ist für die meisten Menschen mit einem Trauma verbunden.</u> weiter stärkt und ergänzt als auch das bezirkliche Regelsystem für den</p>	<p>mod. Ü.: füge in Zeile 4 nach "gemacht" ein: "Schon das Erlebnis der Flucht selbst ist für viele Menschen mit einem Trauma verbunden."</p>
V-05-022	Marla Karnabach (KV Tempelhof-Schöneberg)	<p>In Zeile 22:</p> <p>diversitätssensiblen Umgang mit Patientinnen und Patienten <u>Patient*innen</u> mit Fluchterfahrung öffnet und</p> <p>In Zeile 25:</p> <p>aller Berlinerinnen und Berliner <u>Berliner*innen</u> weiter öffnen.</p>	Übernahme

V-05-032	Marla Karnabach (KV Tempelhof-Schöneberg)	<p>In Zeile 32:</p> <p>Die Fachstellen des Berliner Netzwerks für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge<u>Geflüchtete</u> für</p> <p>In Zeile 35:</p> <p>werden, bei Krisensituationen auch in Flüchtlings<u>Geflüchteten</u>- und ASOG-Unterkünften aufsuchende</p> <p>In Zeile 59:</p> <p>Den Betreiber*innen von Flüchtlingsunterkünften<u>Unterkünften für geflüchtete Menschen</u> soll ermöglicht werden, auch</p>	<p>mod. Ü.: " In Zeile 32:</p> <p>"Die Fachstellen des Berliner Netzwerks für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge für"</p> <p>In Zeile 35:</p> <p>"werden, bei Krisensituationen auch in Geflüchteten- und ASOG-Unterkünften aufsuchende"</p> <p>In Zeile 59:</p> <p>"Den Betreiber*innen von Unterkünften für geflüchtete Menschen soll ermöglicht werden, auch"</p>
V-05-060	Kai Oehring (KV Berlin-Mitte)	<p>In Zeile 60 löschen:</p> <p>Psychotherapeut*innen und Psychotherapeut*innen für Kinder und Jugendliche</p>	Übernahme.
V-05-074	Marla Karnabach (KV Tempelhof-Schöneberg)	<p>Nach Zeile 74 einfügen:</p> <p><u>Als Übergangslösung sollen unverzüglich und regelmäßig, zum Beispiel ein Mal in der Woche, Gruppentherapien unter Aufsicht von Psychotherapeut*innen mit einschlägigen Sprachkenntnissen in jeder Geflüchtetenunterkunft angeboten werden. Stehen solche Therapeut*innen nicht zur Verfügung, kann neben Psychotherapeut*innen ohne Sprachkenntnisse auch zumindest ein*e Übersetzer*in anwesend sein.</u></p>	<p>mod. Ü.: füge ein in Zeile 66 nach "gerecht": "Denkbar sind auch regelmäßige Gruppenangebote von Psychotherapeut*innen mit gemeinsamen Dolmetscher*innen in den Einrichtungen.</p>
V-07-100	Taylan kurt (KV mitte)	<p>In Zeile 100:</p> <p>von Pflegebedürftigen und Pflegeeinrichtungen verhindern, <u>Zwangsräumungen von Pflegebedürftigen aussetzen.</u> neue Wohnformen, wie z.B.</p>	Übernahme

V-07-100-2	Fatos Topac (LAG Gesundheit, Soziales)	<p>In Zeile 100 einfügen:</p> <p>von Pflegebedürftigen und Pflegeeinrichtungen <u>durch landesweite Vorgaben</u> verhindern, neue Wohnformen, wie z.B.</p>	Übernahme
V-07-260	Wolfgang Schmidt (LAG Gesundheit und Soziales)	<p>Von Zeile 260 bis 266:</p> <p>Die Volksinitiative „Pflegernotstand stoppen“ macht <u>Bündnis 90/Die Grünen begrüßen die Initiative "Für gesunde Krankenhäuser" zum Volksentscheid, da sie</u> auf die unzumutbaren Arbeitsbedingungen in der Pflege aufmerksam, was wir begrüßen. <u>Jedoch und fordert sie nur bessere Arbeitsbedingungen für die</u> Pflege in Krankenhäusern aufmerksam macht. Ihre Forderungen decken <u>Der formale Weg des Volksentscheides kann</u> nur einen Aspekt der notwendigen Reformen in der Pflege abdecken. Tatsächlich <u>Wird eine verbindliche Personalregelung auf die gesamte Pflege ausstrahlen und den Beruf wieder attraktiver machen oder</u> besteht die Gefahr, dass durch gesetzliche Vorgaben bei der Personalausstattung bei gleichbleibendem Fachkräfteangebot lediglich das schon vorhandene aber zu knappe Personal im in und außerhalb der Betrieb umgeschichtet wird; wodurch ? <u>Dadurch kann</u> es wiederum zu Engpässen an anderer Stelle käme. Stattdessen <u>kommen Wir</u> brauchen wir</p>	<p>mod. Ü.: "Bündnis 90/Die Grünen begrüßen die Initiative "Für gesunde Krankenhäuser", da sie auf die unzumutbaren Arbeitsbedingungen in der Pflege aufmerksam macht. Der formale Weg des Volksentscheides kann nur einen Aspekt der notwendigen Reformen in der Pflege -nämlich die Krankenhauspflege- abdecken. Tatsächlich besteht die Gefahr, dass durch gesetzliche Vorgaben bei der Personalausstattung bei gleichbleibendem Fachkräfteangebot lediglich das schon vorhandene aber zu knappe Personal in und außerhalb der Betriebe umgeschichtet wird. Dadurch kann es wiederum zu Engpässen an anderer Stelle kommen. Wir brauchen verbindlich"</p>

V-07-271	Wolfgang Schmidt (LAG Gesundheit und Soziales)	<p>Von Zeile 271 bis 272:</p> <p>Das Volksbegehren Pflegenotstand sucht leider keine Lösungen für<u>Wir wissen, dass die Initiative zum Volksentscheid "Für ein gesundes Krankenhaus" bei ihrem Antrag den ambulanten und Heimbereich auf Grund des Koppulungsverbot</u>es unberücksichtigt lassen mussten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Bedingungen für alle Bereiche der</p>	<p>mod. Ü.: "Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Bedingungen für alle Bereiche der Pflege, inklusive der Ambulanten und Heimpflege verbessert werden. Denn nur dann werden wir menschenwürdige Bedingungen für alle Pflegenden und Pflegebedürftigen schaffen können."</p>
V-08-050	Ruben Joachim (Berlin-Pankow KV)	<p>Von Zeile 50 bis 52:</p> <p>Fliegerviertel. Das Land Berlin soll darüber<u>Darüber</u> hinaus nur Herstellern<u>sollen geeignete Maßnahmen getroffen werden, um Hersteller</u> von Navigationssoftware Daten zur Verfügung stellen, die sich <u>nicht</u> an die Maßgabe halten, keine Routen oder Auslastungen in Wohngebieten darzustellen, <u>zu sanktionieren</u>.</p>	<p>mod. Ü.: "Fliegerviertel. Darüber hinaus sollen geeignete Maßnahmen getroffen werden, um Hersteller*innen von Navigationssoftware für KfZ, die sich nicht an die Maßgabe halten, keine Routen oder Auslastungen in Wohngebieten darzustellen, zu sanktionieren."</p>
V-08-059	Matthias Oomen (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)	<p>Nach Zeile 59 einfügen:</p> <p><u>Alle Verkehrsteilnehmer*innen, aber insbesondere Kinder, haben einen Anspruch auf die Durchsetzung der Sicherheit in den Straßen. Deshalb werden wir GRÜNE uns dafür einsetzen, Geschwindigkeitsüberschreitungen und Parkverstöße in sensiblen Kreuzungsbereichen zukünftig deutlich stärker zu überwachen und Verstöße deutlich häufiger zu ahnden. Wir werden hierfür im Land und in den Bezirken mehr Personal und Mittel zur Verfügung stellen.</u></p>	<p>mod. Ü.: "Alle Verkehrsteilnehmer*innen, aber insbesondere Kinder, haben einen Anspruch auf die Durchsetzung der Sicherheit in den Straßen. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, Geschwindigkeitsüberschreitungen und Parkverstöße in sensiblen Kreuzungsbereichen zukünftig deutlich stärker zu überwachen und Verstöße deutlich häufiger zu ahnden. Wir werden hierfür im Land und in den Bezirken mehr Personal und Mittel zur Verfügung stellen."</p>

V-09-011	Sebastian Walter und Harald Moritz (KV Tempelhof-Schöneberg / KV Treptow-Köpenick)	<p>In Zeile 11:</p> <p>nur für Menschen mit einer körperlichen Behinderung <u>Mobilitätseinschränkungen</u> unabdingbar, sie stellt auch eine</p>	Übernahme
V-09-034	Sebastian Walter und Harald Moritz (KV Tempelhof-Schöneberg / KV Treptow-Köpenick)	<p>Von Zeile 34 bis 49 löschen:</p> <p>Wir wollen, dass der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) zukünftig alleiniger zuständiger Vertragspartner mit zuständigen Eisenbahninfrastrukturunternehmen wird. Die reine Durchführung des Betriebs ist hierbei von der Beauftragung des Haltes rechtlich zu trennen. Hierfür ist dem VBB eine eigene, transparente Kostenstelle einzurichten. Das Stationspreissystem ist neu zu vereinbaren, dabei ist unter anderem der zuverlässige Betrieb von Personenaufzügen mit klaren und verbindlichen Qualitätsansprüchen zu formulieren. Der VBB soll diese Qualitätsansprüche kontrollieren und umsetzen. Gleichzeitig sind Konventionalstrafen zu vereinbaren, die fällig werden, wenn diese Qualitätsansprüche verletzt werden. Um zu vermeiden, dass in der Summe der Gesamtbilanz einzelne Problembahnhöfe statistisch verschwinden, obwohl an ihnen sehr wohl keine zuverlässige Barrierefreiheit gewährleistet wird, sind diese Qualitätsansprüche nicht in Paketen zu formulieren. Wir wollen zukünftig sicherstellen, dass es sich für Eisenbahninfrastrukturunternehmen nicht finanziell lohnt, an Wartungs- und Reparaturleistungen zu sparen. Über diese Vorgänge wollen wir Transparenz herstellen. Dies wird in einem VBB-Qualitätsbericht erfolgen, der detailliert die Leistungen und Schlechtleistungen an einzelnen Bahnhöfen und Haltepunkten veröffentlicht.</p>	erledigt durch V-09-050

<p>V-09-050</p>	<p>Sebastian Walter und Harald Moritz (KV Tempelhof-Schöneberg / KV Treptow-Köpenick)</p>	<p>Von Zeile 50 bis 59:</p> <p>Selbstverständlich sehen wir das Land Berlin auch an den Stellen in der Pflicht, an denen Eigenbetriebe, wie bspw. die BVG, Personennahverkehr in Eigenregie anbieten und Zugänge über Aufzüge vorgesehen sind. Wir wissen, dass auch hier an manchen Stellen deutlicher Verbesserungsbedarf besteht. Deshalb werden wir zukünftig ebenfalls einen Qualitätsbericht erstellen und in diesem Qualitätsbericht – analog zum angestrebten Verfahren bei Regional- und S-Bahnhöfen – für jeden einzelnen, mit Aufzug oder mehreren Aufzügen erschlossenen Bahnhof oder Haltepunkt detaillierte Leistungen und Schlechtleistungen veröffentlichen. So werden wir sicherstellen, dass sich kein Infrastrukturbetreiber gegenüber unseren Eigenbetrieben benachteiligt sieht und Qualitäten über das gesamte Stadtgebiet miteinander vergleichbar sind.</p> <p><u>Wir wollen zukünftig sicherstellen, dass es sich für Eisenbahninfrastrukturunternehmen nicht finanziell lohnt, an Wartungs- und Reparaturleistungen zu sparen.</u></p> <p><u>Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass Transparenz über die Zuverlässigkeit und Funktionsfähigkeit der Aufzüge an Bahnhöfen und Haltepunkten der Eisenbahninfrastrukturunternehmen, aber auch der BVG hergestellt wird. Störungen innerhalb festgelegter kurzer Fristen behoben werden müssen und Sanktionen bei Nichteinhaltung dieser Fristen erfolgen.</u></p>	<p>mod. Ü.: "Wir wollen zukünftig sicherstellen, dass es sich für Eisenbahninfrastrukturunternehmen nicht finanziell lohnt, an Wartungs- und Reparaturleistungen zu Lasten der Barrierefreiheit zu sparen. Dabei sind verbindliche Qualitätsansprüche zu formulieren. Konventionalstrafen die im Rahmen des Stationspreissystems fällig werden, sind zu prüfen, wenn diese Qualitätsansprüche verletzt werden.</p> <p>Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass Transparenz über die Zuverlässigkeit und Funktionsfähigkeit der Aufzüge an Bahnhöfen und Haltepunkten der Eisenbahninfrastrukturunternehmen, aber auch der BVG, hergestellt wird.</p> <p>Deshalb soll der VBB Qualitätsberichte für alle mit mindestens einem Aufzug versehenen Verkehrsstationen erstellen. Störungen sollen innerhalb kurzer Fristen behoben werden und Sanktionen bei Nichteinhaltung dieser Fristen erfolgen."</p>
<p>D-01-002 + D-01-007</p>	<p>Taylan Kurt (KV Mitte)</p>	<p>s. Tischvorlage 3</p>	<p>Abstimmung (im Paket, da Ersetzungsantrag)</p>

D-02-010	Daniela Ehlers, Emma Sammet, Louisa Hattendorf (Kv Lichtenberg, Abteilung Grüne Jugend, Abteilung Grüne Jugend)	In Zeile 10: Schutz der Bürger*innen Berliner*innen und stellen überproportionale Eingriffe in die Bürger*innenrechte Grund- und Freiheitsrechte	
D-02-017	Daniela Ehlers, Emma Sammet, Louisa Hattendorf (Kv Lichtenberg, Abteilung Grüne Jugend, Abteilung Grüne Jugend)	In Zeile 17 einfügen: Videoüberwachung kann für uns deshalb maximal eine anlassbezoge <u>zeitlich klar</u> <u>begrenzte</u> Ergänzung für eine gute	Übernahme
D-02-018	Daniela Ehlers, Emma Sammet, Louisa Hattendorf (Kv Lichtenberg, Abteilung Grüne Jugend, Abteilung Grüne Jugend)	In Zeile 18 einfügen: Sicherheitsstrategie sein. Anlasslose Grundrechtseingriffe <u>und Verdachtsunabhängige</u> <u>Kontrollen</u> durch die Polizei lehnen wir ab.	Übernahme
D-02-022	Daniela Ehlers, Emma Sammet, Louisa Hattendorf (Kv Lichtenberg, Abteilung Grüne Jugend, Abteilung Grüne Jugend)	In Zeile 22: Schutz der Bevölkerung Berliner*innen effektiv gewährleistet werden kann. Wir setzen auf eine gu	
D-02-030	Daniela Ehlers, Emma Sammet, Louisa Hattendorf (Kv Lichtenberg, Abteilung Grüne Jugend, Abteilung Grüne Jugend)	Von Zeile 30 bis 31: die Grundrechte sämtlicher Bürger*innen Menschen eingegriffen wird. Wirksame Polizeiarbeit begrenzt das Überwachen von unbescholtenen Bürger*innen Berliner*innen auf das unbedingt Erforderliche. Wir werden	

D-02-033	Daniela Ehlers, Emma Sammet, Louisa Hattendorf (Kv Lichtenberg, Abteilung Grüne Jugend, Abteilung Grüne Jugend)	In Zeile 33 einfügen: setzen wir beispielsweise auf folgende Maßnahmen: risikobehaftete Orte <u>und</u> <u>Angsträume</u> müssen besser	Übernahme
D-02-036	Daniela Ehlers, Emma Sammet, Louisa Hattendorf (Kv Lichtenberg, Abteilung Grüne Jugend, Abteilung Grüne Jugend)	In Zeile 36: Deradikalisierung und Prävention, da nur so ein wirksamer Schutz der <u>Bevölkerung</u> <u>Berliner*innen</u> erreicht In Zeile 44: die Polizei genug Ressourcen für den Schutz der <u>Bevölkerung</u> <u>Menschen</u> hat; Ressourcen die aufgrund der	
D-02-051	Daniela Ehlers, Emma Sammet, Louisa Hattendorf (Kv Lichtenberg, Abteilung Grüne Jugend, Abteilung Grüne Jugend)	In Zeile 51 einfügen: werden, um faktenorientiert über Maßnahmen und Konzepte reden <u>zu können und</u> <u>grundsätzlich über die Notwendigkeit einer Ausweisung solcher Orte mit zusätzlichen</u> <u>Maßnahmen entscheiden</u> zu können. <u>Verdachtsunabhängige Kontrollen lehnen wir in</u> <u>der ganzen Stadt ab, da diese vorallem zu Racial Profiling und anderen</u> <u>vorurteilsbasierten Eingriffen führen.</u>	Übernahme